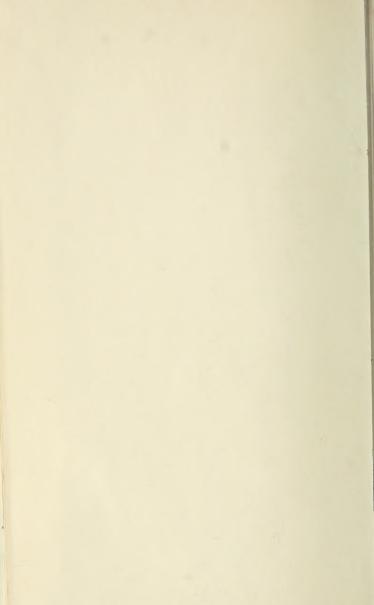


Digitized by the Internet Archive in 2010 with funding from University of Toronto





1878

Verfassung

der



Desterreichischen Monarchie.

VIII. B 459

Rebst einem Anhange:

Das ftaiserliche Diplom vom 20. Oktober 1860 und ein Artikel der Wiener Jeitung vom 27. Sebruar 1861.

Wien.

Aus der k. k. Hof- und Staatsdruckerei.

1861.



Inhalt.

		Seite					
Kaiferliches Patent von 26. Februar 1861							
Gr	undgeset über die Reichs-Vertretung	VI.					
	Landes=Ordnungen und Landtags=Wahl-						
ordnungen.							
Fur	das Erzherzogthum Gesterreich unter der Enns:						
	Landes-Ordnung	15					
für	das Ergherzogthum Defterreich ob der Enns:						
	Landes-Ordnung	37					
	Landtags-Wahlordnung	52					
Für	das Herzogthum Salzburg:						
	Landes-Dronung	73 88					
Cii.	Landtags-Wahlordnung	00					
Fut	die gefürstete Grafschaft Cirol: Landes-Ordnung	109					
	Landrags-Wahlordnung	124					
£ür	das Cand Vorarlberg:						
	Landes-Dronung	145					
	Landtags-Wahlordnung	159					
Für	das Herzogthum Steiermark:						
	Landes-Ordnung	175 189					
für	das Herzogthum Karnthen:	100					
Sur	Landes-Ordnung	211					
	Landtags-Wahlordnung	226					
für	das Herzogthum Krain:						
15	Landes-Dronung	247					
	Landtags-Wahlordnung	262					

		@	beite
für das guftenland, d. i. für die reichsunmittelbare S	tadi	t	
Trieft mit ihrem Gebiete, für die gefürftete Graffe	hafi		
Gorg und Gradisha und für die Markgraffchaft 3ftr	ien :		
Landes-Drdnung			283
Landtags-Wahlordnung			298
für das Königreich Dalmatien:			
Landes-Ordnung			319
Landtags-Wahlordnung			334
für das Königreich Böhmen:			
Landes-Ordnung			355
Landrags-Wahlordnung		-	369
für die Markgraffchaft Mähren:			399
Landes-Ordnung			413
	•		110
für das herzogthum Ober- und Nieder-Schleften:			104
Landes-Dronung			435 450
Landtags-Wahlordnung			450
Für das Königreich Galigien und Lodomerien sammt	der	11	
Großherzogthume Krakau:			
Landes-Dronung		•	471
Landtags-Wahlordnung			485
Für das Herzogthum Dukowina:			
Landes-Drdnung			507
			522
Landtags-Wahlordnung		*	
Kaiferliches Patent vom 26. Februar 1861, woi lösung des ständigen und verstärften Reichsrathes verf	mit	bie	Auf:

sehung eines Staatsrathes angeordnet und das Statut für letteren fundgemacht wird.

Statut für den Staatsrath.

Unhang.

Kaiferliches Manifest vom 20. October 1860.

Gin Artifel ber Wiener Zeitung vom 27. Februar 1861.

Wir Franz Joseph der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Sesterreich; König von Jungarn und Pöhmen, König der Lombardei und Venedigs, von Palmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Lodomerien und Mirien, König von Jerusalem ze.; Erzherzog von Gesterreich; Großherzog von Coscana und Krakau; Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steher, Kärnthen, Krain und der Dukowina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesten, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwiß und Jator, von Ceschen, Friaul, Ragusa und Bara; gesürsteter Graf von Habsburg und Cirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Briren; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausih und in Istrien; Graf von Hohenembs, Leldkirch, Pregenz, Sonnenberg ze.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschaft Serbien ze. ze.

Nachdem Wir in Unserem zur Regelung der staatsrechtlichen Berhältnisse der Monarchie am 20. Detober 1860 erlassenen Diplome, auf Grundlage der pragmatischen Sanction und frast Unserer Machtvollkommenheit, zu Unserer eigenen und se auch zur Nichtschnur Unserer gesetzlichen Nachsolger in der Negierung, zu beschließen und zu verordnen gesunden haben, daß das Necht Gesetz zu geben, abzuändern und aufzuheben, nur unter Mitwirkung der Landtage, beziehungsweise des Neichsrathes ausgeübt werden wird, und in Erwägung, daß dieses Necht, um in's Werk gesetzt werden zu können, einer bestimmten Ordnung und Form der Ausübung bedarf, erklä-

A

ren, verordnen und verfünden Wir nach Anhörung Unieres Ministerrathes:

I.

Mücksichtlich der Zusammensetzung des zur Neichsvertretung berusenen Neichsrathes und des ihm in Unserem Diplome vom 20. Detober 1860 vorbehaltenen Nechtes der Mitwirtung bei der Gesetzebung, genehmigen Wir das beiliegende Gesetziber die Neichsvertretung und verleihen ihm hiemit für die Gesammtheit Unserer Königreiche und Länder die Kraft eines Staats-Grundgesetze.

II.

In Bezug auf Unsere Königreiche Ungarn, Kroatien und Slawonien, sowie auf Unser Großfürstenthum Sieben-bürgen, haben Wir in Absicht auf die Wiederherstellung der früheren Landesversassungen im Einflange mit Unserem erwähnten Diplome und innerhalb der in demselben sestigeisten Gränzen, mittelst Unserer Handschreiben vom 20. October 1860 bereits die geeigneten Verfügungen getroffen.

III.

Für Unsere Königreiche:

Böhmen,

Dalmatien,

Galizien und Lodomerien mit den Serzogthümern Auschwitz und Zator und dem Großherzogthume Krakau;

Unfere Erzherzogthümer:

Defterreich unter ber Enns, und

Defterreich ob der Enns;

Unfere Bergogthamer:

Krain,

Bufowina;

Unfere Markgrafichaft:

Mähren;

Unfer Herzogthum:

Dber- und Nieder-Schlesien;

Unsere Martgrafschaft Istrien sammt den gefürsteten Grafschaften Görz und Gradista und der Stadt Triest mit ihrem Gebiete; und

jur das Land Vorarlberg

finden Wir, um die Rechte und Freiheiten der getrenen Stände dieser Königreiche und Länder nach den Verhältnissen und Bedürsnissen der Gegenwart zu entwickeln, umzu
bilden, und mit den Interessen der Gesammtmonarchie in
Einflang zu bringen, die beiliegenden Landesordnungen und
Bahlordnungen zu genehmigen und verleihen jeder einzelnen
für das betreffende Land die Kraft eines Staats-Grundgesehes.

Iedoch fann, nachdem Bir über die staatsrechtliche Stellung Unseres Königreiches Dalmatien zu Unseren Königreichen Aroatien und Slawonien noch nicht endgiltig entschieden haben, die für Unser Königreich Dalmatien erlassene Landesvordnung dermal noch nicht vollständig in Wirksamfeit treten.

IV.

Um die, mit den Patenten vom 20. October 1860 für Unjere Herzogthumer Steiermarf, Karnthen und Salzburg, dann für Unjere gefürstete Grafichaft Tirol erlassenen Statute mit jenen Bestimmungen in Gintlang zu bringen, welche in

den am heutigen Tage von Uns genehmigten Landesvertrugen gen grundfählich aufgenommen sind; um den Landesvertretungen der Eingangs erwähnten Länder jene ausgedehnteren Besugnisse zu gewähren, die Wir den Vertretern der übrigen Kronländer zu bewilligen Uns bestimmt gefunden haben; um endlich Unsere unterm 3. Jänner 1861 über das Wahlrecht erlassenen Verfügungen auch in Steiermark, Kärnthen, Salzeburg und Tirol gleichmäßig zur Ausführung zu bringen: haben Wir in Erweiterung und Umänderung der bereits erlassenen Landesstatute die beiliegenden neuen Landesordnungen für Steiermark, Kärnthen, Salzburg und Tirol zu genehmigen befunden.

V.

Indem Wir in Betreff Unseres sombardisch-venetianischen Königreiches Unserem Staatsminister zugleich den Auftrag ertheilen, Uns eine auf gleichen Grundsähen ruhende Landesverfassung im geeigneten Zeitpuncte vorzulegen, übertragen Wir mittlerweile den Congregationen des Königreiches, als seiner dermal bestehenden Vertretung, das Necht, die bestimmte Zahl von Mitgliedern in den Reichsrathzu entsenden.

VI

Nachdem theils durch die vorausgängigen Grundgesete, theils durch die wieder ins Leben gerusenen, theils durch die mittelst der neuen Grundgesetze geschaffenen Verfassungen das Fundament der staatsrechtlichen Verhältnisse lusseres Reiches sestgestellt, und insbesondere die Vertretung Unserer Völker gegliedert, auch ihre Theilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung geordnet ist, — so verkünden Wir

hiemit diesen ganzen Inbegriff von Grundgesetzen als die Versassung Unseres Reiches, wollen und werden unter dem Schutze des Allmächtigen diese hiemit seierlich verfündeten und angelobten Normen nicht nur selbst unverbrüchlich besolgen und halten, sondern verpflichten auch Ilusere Nachfolger in der Regierung sie unverbrüchlich zu besolgen, zu halten, und dies auch bei ihrer Thronbesteigung in dem darüber zu erlassenden Manifeste anzugeloben. Wir ertlären hiemit auch den seiten Entschluß, sie mit all' Unserer kaiserlichen Macht gegen jeden Angriff zu schirmen und darauf zu sehen, daß sie von Zedermann besolgt und gehalten werden.

VII.

Wir befehlen, daß dieses Patent sammt den mittelst desselben verfündeten Staats-Grundgesehen über die Reichs- und Landesvertretung in der Form kaiserlicher Diplome ausgesertigt, in Unserem Haus. Sof- und Staatsarchive, sowie auch seiner Zeit das Grundgeseh über die Reichsvertretung nebst den für jedes Land bestimmten besonderen Grundgesehen in den Archivenlinserer Königreiche und Länder niedergelegt und ausbewahrt werden.

Gegeben in Unserer Saupt- und Residenzstadt Wien am sechsundzwanzigsten Tebruar im Sintausend achthundert einundsechzigsten, Unserer Reiche im dreizehnten Jahre.

Franz Joseph m. p. (

Erzherzog Rainer m. p.

Rechberg m. p. Meesern m. p. Degenfeld m. p. Schmerling m. p. Casser m. p. Plener m. p. Wickenburg m. p. Pratobevera m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung: Mansonnet m. p.

Grundgeseh über die Reichsvertretung.

§. 1.

Bur Reichsvertretung ift der Reichsrath berufen.

Der Reichsrath besteht aus dem Herrenhause und dem Hause der Abgeordneten.

S. 2.

Mitglieder des Herrenhauses find durch Geburt die großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses.

§. 3.

Erbliche Mitglieder des Herrenhauses sind die großjährigen Säupter jener inländischen, durch ausgedehnten Gutsbesit hervorragenden Adelsgeschlechter, denen der Kaiser die erbliche Reichsrathswürde verleiht.

§. 4.

Mitglieder des Serrenhauses vermög hoher Kirchemvürde find alle Erzbischöfe und jene Bischöfe, welchen fürstlicher Rang zufommt.

§. 5.

Der Kaiser behält sich vor, ausgezeichnete Männer, welche sich um Staat oder Kirche, Bissenschaft oder Kunft verdient gemacht haben, als Mitglieder auf Lebensdauer in das Herrenhaus zu berufen.

§. 6.

In das Haus der Abgeordneten kommen durch Wahl dreihundert dreiumdvierzig Mitglieder, und zwar in der für die

	gelnen Königreiche und Länder auf folg	jende Art festge-				
jeyten Zahl:						
jür	das Königreich Ungarn					
3)	das Königreich Böhmen					
57	das lombardisch-venetianische Königreich					
37	das Königreich Dalmatien					
32	das Königreich Kroatien und Elawonien					
17	das Königreich Galizien und Lodomerien					
	mit den Herzogthümern Auschwitz und					
	Bator und dem Großherzogthume Krafau	achtunddreißig,				
37	das Erzherzogthum Desterreich unter der					
	Emis	achtzehn,				
17	das Erzherzogthum Desterreich ob der					
	Emis	zehn,				
19	das Herzogthum Salzburg	drei,				
3)	das Herzogthum Steiermarf	dreizehn,				
17	das Herzogthum Kärnthen					
3)	das Herzogthum Krain	sedié,				
1)	das Herzogthum Bufowina	fünf,				
1)	das Großfürstenthum Siebenbürgen .	sechsundzwanzig,				
1)	die Markgrafschaft Mähren	zweiundzwanzig,				
12	das Herzogthum Ober- und Niederschlesien	sedis,				
1)	die gefürstete Grafichaft Tirol und Vorarl.					
	berg	zwölf,				
מ	die Markgrafschaft Istrien sammt					
	der gefürsteten Grafschaft Görz und					
	Gradisfa und der Stadt Triest mit					
	ihrem Gebiete	sedis.				
1						

S. 7.

Die für jedes Land festgesetzte Bahl der Mitglieder wird von seinem Landtage durch unmittelbare Wahl entsendet.

Die Wahl hat durch absolute Stimmenmehrheit in der Art zu geschehen, daß die nach Maßgabe der Landesordnungen auf bestimmte Gebiete, Städte, Körperschaften entfallende Zahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses aus den Landtagsmitgliedern derselben Gebiete, derselben Städte, derselben Körperschaften hervorgehen.

Der Kaiser behält sich vor, den Vollzug der Wahl unmittelbar durch die Gebiete, Städte und Körperschaften anzuordnen, wenn ausnahmsweise Verhältnisse eintreten, welche die Beschickung des Hauses der Abgeordneten durch einen Landtag nicht zum Vollzuge kommen lassen.

\$. 8.

Der Kaiser ernennt die Präsidenten und Vicepräsidenten aus den Mitgliedern jedes Hauses.

Die übrigen Functionare hat jedes Haus selbst zu wählen.

§. 9.

Der Reichsrath wird vom Raiser alljährlich einberufen.

§. 10.

Der Wirkungsfreis des gesammten Neichsrathes umfaßt nach dem Art. II des Diploms vom 20. October 1860 alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche sich auf Nechte, Pflichten und Interessen beziehen, die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlich sind.

Solche find namentlich!

- a) Alle Angelegenheiten, welche sich auf die Art und Beise, sowie auf die Ordnung der Militärpflicht beziehen;
- b) alle Angelegenheiten, welche die Regelung des Geld-, Eredits-, Münz- und Zettelbankwesens, die Zölle und Handelssachen, die Grundsätze des Post-, Gisenbahn- und Telegraphenwesens betreffen;
- e) alle Angelegenheiten der Reichsfinanzen überhaupt; insbesondere die Boranschläge des Staatshaushaltes, die Prüfung der Staatsrechnungsabschlüsse und der Resultate der Finanzgebarung; die Aufnahme neuer Anleihen, die Convertirung bestehender Staatsschulden, die Veräußerung, Umwandlung, Velastung des unbeweglichen Staatsvermögens, die Erhöhung bestehender und die Einführung neuer Steuern, Abgaben und Gefälle.

Die Steuern, Abgaben und Gefälle werden nach den bestehenden Gesetzen eingehoben, in solange diese nicht verfassungsmäßig geändert werden.

Die Staatsschuld ist unter die Controle des Reichs-rathes gestellt.

§. 11.

Gegenstände der Gesetzgebung, welche allen Königreichen und Ländern, mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone, gemeinsam sind, gehören nach dem III. Artifel des Diploms vom 20. Detober 1860 zum versassungsmäßigen Wirfungsfreise des Meichsrathes ohne Zuziehung der Mitglieder aus den Ländern der ungarischen Krone

Zu diesem engeren Reichsrathe gehören demnach, mit Ansnahme der im §. 10 aufgezählten Angelegenheiten, alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht ausdrücklich durch die Landesordnungen den einzelnen im engeren Reichsrathe vertretenen Landtagen vorbehalten sind.

Dasselbe gilt auch rücksichtlich solcher den Landtagen vorbehaltener Gegenstände in dem Falle, wenn die gemeinsame Behandlung von dem betreffenden Landtage beautragt wird.

Bei vorkommenden Zweifeln rücksichtlich der Competenz des engeren Reichsrathes in gemeinsamen Gesetzgebungsangelegenheiten gegenüber der Competenz eines einzelnen, im engeren Reichsrathe vertretenen Landtages, entscheidet auf Antrag des engeren Reichsrathes der Kaiser.

§. 12.

Gesetzesvorschläge gelangen als Regierungsvorlagen an den Reichsrath.

Auch diesem steht das Necht zu, in Gegenständen seines Wirkungsfreises (§§. 10 und 11) Gesehe vorzuschlagen. Zu allen solchen Gesehen ist die Uebereinstimmung beider Häuser und die Sanction des Kaisers erforderlich.

§. 13.

Wenn zur Zeit, als ber Reichsrath nicht versammeltist, in einem Gegenstande seines Wirkungskreises dringende Maßregeln getroffen werden mussen, ist das Ministerium verpflichtet, dem nächsten Reichsrathe die Gründe und Ersolge der Verfügung darzulegen.

S. 14.

Zueinem giltigenVeschlusse des gesammten und beziehungsweise des engeren Reichstrathes ist in jedem Hause die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden ersorderlich.

Anträge auf Aenderungen in diesem Grundgesetze erfordern in beiden Säusern eine Mehrheit von wenigstens zwei Dritteln der Stimmen.

§. 15.

Die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten haben von ihren Wählern keine Instructionen anzunehmen.

§. 16.

Alle Mitglieder des Reichsrathes haben ihr Stimmrecht personlich auszuüben.

§. 17.

Die Function der aus einem Lande in das Haus der Abgeordneten entsendeten Mitglieder erlischt mit dem Tage des Insammentrittes eines neuen Landtages.

Gie fonnen wieder in das Abgeordnetenhaus gewählt merden.

Benn ein Mitglied mit Tod abgeht, die persönliche Fähigkeit verliert, oder danernd verhindert ist, Mitglied des Neichsrathes zu sein, so ist eine neue Wahl vorzunehmen.

§. 18.

Die Vertagung des Meichsrathes, sowie die Auflösung des Sauses der Abgeordneten erfolgt über Verfügung des Kaisers Im Falle der Auflösung wird im Sinne des §. 7 neu gewählt.

§. 19.

Die Minister, Hoftanzler und Chefs der Centralstellen sind berechtiget, an allen Berathungen Theil zu nehmen, und ihre Vorlagen persönlich oder durch einen Abgeordneten zu vertreten.

Sie muffen auf Berlangen jedesmal gehört werden.

Das Recht, an der Abstimmung Theil zu nehmen, haben sie, in soferne sie Mitglieder eines Hauses sind.

§. 20.

Die Sigungen beider Säuser des Reichsrathes find öffentlich.

Jedem Hause steht das Necht zu, ausnahmsweise die Deffentlichkeit auszuschließen, wenn es vom Präsidenten oder wenigstens zehn Mitgliedern verlangt und vom Hause nach Entsernung der Zuhörer beschlossen wird.

§. 21.

Die näheren Bestimmungen über ben Geschäftsgang, den wechselseitigen und den Außenverfehr beider Säuser werden durch die Geschäftsordnung geregelt.

Landes-Ordnung

und

Landtags=Wahlordnung

für bas

Erzherzogthum Oesterreich unter der Enns.

Lande8 = Ordnung.

Erftes Bauptstück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Erzherzogthum Desterreich unter der Enns wird n Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirkungskreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus sechsundsechzig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Fürsterzbischofe von Wien und dem Bischofe von St. Polten;
- b) dem Rector magnificus der Wiener Universität; dann Desterreich unter ber Enns.

e) aus dreinndsechzig gewählten Abgeordneten, und zwar:

I. aus fünfzehn Abgeordneten des großen Grund besites;

II. aus achtundzwanzig Abgeordneten der durch bie Bahlordnung bezeichneten Städte und Märkte, und der Sandels- und Gewerbefammer;

III. aus zwanzig Abgeordneten ber übrigen Gemeinden des Erzherzogthumes Desterreich unter der Enns.

8. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landmarschall und bessen Stellvertreter.

S. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Erzherzogthum Desterreich unter der Enns.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landmarschalls und bessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Die Wahlen der Ageordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, so wie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagemitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Sinbernfung in der Megel jährlich Sinmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Haupt- und Nesidenzstadt Wien zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Trene und Gehorsam, Beobachtung der Gesehe und gewissenhaste Erfüllung ihrer Pflichten in die Sände des Landmarschalls an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landmarschail eröffnet den vom Kaiser einberusenen Landtag, er führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Veendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Austrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

S. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Bor-

fitze des Landmarschalls aus sechs aus des Mitte der Landtagsversammlung gewählten Mitgliedern.

Der Landmarschall erneunt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Mitglied des Landesausschusses wird durch die von der Wählerelasse des großen Grundbesitzes (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Ein Mitglied durch die von der Wählerelasse der Städte und Märkte und der Handels- und Gewerbekammer (§.3, II.) gewählten Abgeordneten, und Ein Mitglied durch die von der Wählerelasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Mitglieder werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede folche Bahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wah zwischen jenen beiden Personen vorzunchmen, welche bei der zweiten Bahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben

Bei Stimmengleichheit entscheidet Das Los.

S. 13.

Tür jedes Ausschukmitglied wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersaymann gewählt.

Wenn ein Ausschußmitglied, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, ober auf

längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersatzmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußmitgliedes gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für das bleibend abgängige Ausschußmitglied eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsbauer der Mitglieder des Landesaussichnsses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, so wie im Falle der Ausschung des Landtages noch so lange sort, dis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Anstritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Mitglieder bes Landesausschusses find verpflichtet, ihren Aufenthalt in Wien zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Hauptflück.

Wirfungsfreis der Landesvertretung

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ansähung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des faiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Ar. 226 M. G. B. mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung sestgesetzt Zahl von achtzehn Mitgliedern in das Saus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hanjes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

S. 17.

Gesetzenichläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Mecht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist bie Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlassung von Sesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Alls Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln botirten Wohlthätigfeits auftalten;

- 4. des Voranschlages und der Nechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich ber Landeseinnahmen aus ber Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeseredits, als
 - b) rücksichtlich ber ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. ber Kirchen- und Echulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsseistung, dann der Verpflegung und Cinquartierung des Secres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürsnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

8. 19.

Der Landtag ift berufen:

- 1. zu berathen und Antrage zu ftellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Ginrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorichtäge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Negierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Erzherzogthumes Desterreich unter der Enns bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landeswitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürsen der kaiserlichen Genehmigung.

S. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Berpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Erzherzogthumes Desterreich unter der Enns mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirtsamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Jonde und Anstalten des Landes ersorderlichen Mittel, in soserne die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Iwede Zuschläge zu ben birecten landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente bergelben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer

directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen ber faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirfende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Stenersachen, namentlich in Vetreff der Umlegung, Einhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Stenern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Shstemisstrung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse bei zugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Auhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung
zu ertheilenden Instructionen.

H. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Unstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse, dem Landtage Mechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Land tag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzu berathen.

S. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Lan des zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Necht der Aufnahme in ständische Austalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landmarschalle und zwei Mitglie dern des Landesausschusses zu sertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Verordneten-Collegiums oder des ständischen Ausschusses zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Borbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinvichtung der für die Landessvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Alemter und Organe bestimmten Mänmlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

S. 32.

Die näheren Weisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Sinflusnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesetzen vorbehalten.

Drittes Fanytdück.

Bon der Beichäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landmarichalle angeordnet, eröffnet und geschlossen.

S. 34.

Die Landtagefigungen find öffentlich.

Ausnahmsweise fann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Borsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor ben Landtag:

- a) entweder als Megierungsvorlagen durch den Landmarichall;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Anträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landmarschalle schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Gesichäftstreises des Landtages liegen, sind durch den Landmarschall von der Verathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landmarschall bestimmt die Meihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Berhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter des Erzherzogthumes Desterreich unter der Enns oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Mecht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind. Wenn die Absendung von Mitgliedern der Megierungsbehörden wegen Erthei-

lung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig ober wünschenswerth erscheint, hat fich ber Landmarichall an die Lorftände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beichlußfassung in dem Landtage ist die Unweienheit von mehr als der Sälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Unwesenden ersorderlich.

Bei Stimmengleichheit ift der in Berathung gezogene Untrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Birrtheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ift in der Megel mündlich; nach dem Ermeffen des Lorigenden kann solche auch durch Aufsteben und Sitzenbleiben stattsfünden.

Wahlen oder Beiegungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sigungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der genflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

\$. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines andern Kronlandes in Verkehr treten; auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

S. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigfeit eines Beschlusses ist die Unwesenheit von wenigstens vier Ausschusmitgliedern erforderlich.

Der Landmarschall ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesansschunk darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verfehr treten und nur in den ihm über tragenen Verwaltungsangelegenheiten Anndmachungen erlassen.

Deputationen dürfen vom Landesausschuffe nicht ange nommen werben.

Landtags-Wahlordnung.

1. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

S. 1.

Jur die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes bildet das ganze Erzherzogthum Tester reich unter der Enns Einen Wahlbezirk.

Die Wähler haben in Einem Wahlkörper funfzehn Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ift Wien.

§. 2.

dur die Wahl der Abgeordneten der Städte und Märfte als folche bilben:

die Reichshauptstadt Wien, acht Wahlbezirke, ferner

- a) Wiener Reuftadt, Ginen Wahlbezirk;
- b) Bruck an der Leitha, Hainburg, Schwechat, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- c) Klesterneuburg, Tuln, Königstetten, zusammen Ginen Wahlbezirt;
- d) Baden, Mödling, Perchtolosdorf, Gumpoldskirchen, zufammen Ginen Wahlbezirk;
- e) Neunfirchen, Pottendorf, Ebenfurth, zusammen Einen Wahlbezirk;
- f) St. Pölten, Herzogenburg, Mölf, Pochlarn, zusammen Ginen Wahlbezirf;

- g) Waidhofen an der Abbs, St. Peter, Seitenstetten, Amftetten, Ibbs, Scheibbs, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- h) Kornenburg, Stockerau, Oberhollabrunn, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- i) Mistelbach, Feldsberg, Poisdorf, Zistersdorf, Laa, zu-fammen Ginen Wahlbezirk;
- k) Krems, Stein, Mautern, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- l) Horn, Eggenburg, Ret, Meissau, Langenlois, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- m) Baidhofen an der Thava, Großsiegharts, Litschau, Zwettl, Beitra, zusammen Einen Bahlbezirk.

Als selbstständige Wahlbezirke der Stadt Wien werden die durch das Gemeindestatut dieser Stadt vom 9. März 1830 im §. 2 abgegränzten acht Gemeindebezirke festgesett.

§. 3.

Wien und Wiener Neuftadt find die Wahlorte der bezüglichen Wahlbezirke.

In jedem aus mehreren Ortschaften gebildeten Wahlbezirke ist die im S. 2 bei der Fesischung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ortschaft der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

\$. 4.

Von den im §. 2 angeführten zwanzig Wahlbezirken hat der den Gemeindebezirk der inneren Stadt Wien bildende Wahlbezirk fünf Landtagsabgeordnete, und jeder andere Wahlbezirk Ginen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbegirkes bilden Ginen Wahlkörper.

Die Handels und Gewerbefammer in Wien hat vier Landtagsabgeordnete zu mählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersakmänner der Kanmer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Hieging, Sechshaus, Mödling, Burkersborf, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 2. Klosterneuburg, Tuln, Gernals, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 3. Brud an der Leitha, Hainburg, Schwechat, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 4. Wiener Neuftadt, Gbreichsdorf, Gutenstein, Baben, Pottenstein, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- 5. Reunkirchen, Gloggnit, Aspang, Kirchschlag, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 6. St. Pölten, Mölf, Herzogenburg, Abenbrugg, Neulengbad), Hainfeld, Lilienfeld, Kirchberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 7. Scheibbs, Mang, Gaming, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 8. Waidhofen an der Ybbs, St. Peter, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 9. Amstetten, Saag, Ibbs, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- 10. Korneuburg, Stockerau, Wolferscorf, zusammen Einen Wahlbezirk;

- 11. Großenzersdorf, Marchegg, Maken, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 12. Mistelbach, Laa, Feldsberg, Zistersdorf, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 13. Oberhollabrunn, Haugsdorf, zusammen Einen Wahl-bezirk;
- 14. Krems, Mautern, Spitz, Langenlois, Gföhl, Perfenbeng, Pöggstall, Kirchberg am Wagram, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 15. Zwettl, Großgehrungs, Weitra, Ottenschlag, Allentsteig, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 16. Horn, Ret, Ravelsbach, Eggenburg, Geras, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 17. Waidhofen an der Thava, Naabs, Dobersberg, Litschau, Schrems, zusammen Einen Wahlbezirk.

§. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 6 bei Festschung sedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 8.

Die im §. 6 unter 6., 12. und 14. aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei, die übrigen Wahlbezirke je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Ginem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Märkte) bilden Ginen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten der Wählerclasse des großen Grundbesites sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besißer jener landtäslichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens zweihundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesthern eines zur Wahl berechtigen ben landtäflichen Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besit zweier oder mehrerer landtäflicher Güter, deren Jahresschuldigkeit an landessürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens zweihundert Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berech tigenden landtäslichen Gütern besinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte find burch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen

Gemeindestatute oder dem Gemeindegesete vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz dieser Städte und Märkte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören und im dritten Wahlkörper in Wien wenigstens zwanzig Gulden und in den anderen Städten und Märkten mindestens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Mahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Zede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Ginwohner Ginen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünfhundert erzeben, haben, wenn sie zweihundert fünfzig oder darüber betragen, als fünfhundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Rr. 170 R. G. B.

zur Bahl der Gemeinderepräsentang berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Zeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Negel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerclasse des großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtiget sein und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesitzes mahlberechtiget ist, darf in feinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 2 genannten Städte und Märkte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und Märkte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 16.

Alls Landiagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- h) dreißig Jahre alt ist;
- e) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse des Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Märkte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Lestimmungen der vorausgehenden SS. 9 bis 14 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbefammer.

§. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen werden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- c) Personen, über beren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs oder Vergleichsverbandlung dauert, und

nach Veendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Märkte und der Handels= und Gewerbekammer, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

S. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch bie Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Erzherzogthumes Desterreich unter der Enns bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich ber Wählerclasse des großen Grundbesthes durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Märkte und ber

Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bilbenden Gemeinden zu verlaufbaren.

\$. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlförper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlförpers ist von dem zu deren Anfertigung berufenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszufertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlkörper des großen Grundbesitzes ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Wiener Zeitung, unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 23.

Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Necht zusteht, dis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesiges von Amtswegen vorzunehmen.

\$. 24.

Sobald diese Wählerliste nach erfolgter Entscheidung über Die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtig gestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationsfarten ausge-

fertigt, welche die fortlausende Nummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande Desterreich unter der Enns wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden; die außerhalb Desterreich unter der Enns wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Wiener Zeitung aufzusordern.

\$. 25

Die Liste der Wähler in jeder der im §. 2 angeführten Ortschaften ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu versassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Ortschaft untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten sie Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung dieser Wählerlisten haben die bei ber letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Jede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigseit der Landtagswählerlisten der Städte und Märkte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Lag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Märkte, welche nicht ber Wahlort sind, mussen bem Vorstande bes politischen Umtes

am Sibe des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde
der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 27.

Wenn mehrere Städte und Märkte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Sike des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Märkte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammen zu stellen, und in doppelter Aussertigung fur die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte) auf Grund der bei der letzten Bolkszählung ermittelten einbeimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 13 die Auzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzusetzen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtig gestellten Listen Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verfassen und vorzulegen.

\$. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den

Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen, und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu segen, die wahlberechtigten Gemeinde glieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahleommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahleommissär die Wahleommission bildet.

§. 31.

Die Wahl ber Wahlmänner hat am bestimmten Wahl tage zur sestgeseten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Nücksicht auf die Jahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachselgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahl männer zu wählen sind.

Bur Giltigkeit der Wahl der Wahlmanner ist die absolute-Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §\$. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren,

und wenn sich nicht die Nothwendigseit einer Neuwahl, die sogseich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsieher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Umtvort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzufenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahlen der Candtagsabgeordneten.

§. 35.

Die Leitung ber in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlförper des großen Grundbesitzes aus vier von den Wahlberechtigten und brei vom Statthalter aus der Mitte berselben ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlförper in Wien aus bem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter, aus drei von ihm beigezogenen Gemeinderäthen und aus drei anderen vom Statthalter bestimmten Wahlberechtigten dieser Stadt;
- 3. für jeden Wahlförper der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Wahlberechtigten;
- 4. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern selbst ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern ersolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesehten Stunde zur Vornahme der Wahl einzustinden.

An dem Tage der Wahl zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsihenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

In Wien sind der Bürgermeister oder die von ihm bestellten Stellvertreter Vorsitzende der Wahlcommissionen.

§. 38.

Der Vorsigende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlerdnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang dei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrückssichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten

§. 39.

Wenn Zemand ver dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt bamit, baß die Mitglieder Bahleommission, in soferne sie wahlberechtiget find, ibre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommission die Wähler in der Reihensolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Ausruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

S. 41.

Zeder zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Joentität eines Bählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahleommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 43.

Zede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubrifen des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen. Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet segleich die Wahlcommission ohne Zulaffung des Recurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommissien mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächzisolgenden Tag verscheben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 46.

Sobald alle anwesenden Bähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahleommission die Stimmgebung für geschlessen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichnis von der Wahleommission und dem Wahleommissär zu unterzeichnen und mit der Serutinirung sogleich zu beginnen. Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsigenden der Wahleommission sogleich bekannt zu geben.

\$. 47.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausftellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Serutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofell geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commission unterschrieben, gemeinschaftlich

unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzäh lungslisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschlußt versehen, und dem landessürstlichen Commissär zur Ginsendung an den Statthalter übergeben.

§. 51.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn ge langten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Aussichtießungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Gertificat berechtiget den gewählten Abgeordneten zum Gintritte in den Landtag und begründet insolange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht. (§ 31 der Landesordnung).

V. Schlufibestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode konnen Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landes-

ordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechssährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Liertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Orittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Ab geordneten des Reichsrathes zu entsendenden achtzehn Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachsolgender Weise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus den nach §. 3, a) und b) der Landesordnung zu Birilstimmen berechtigten drei Mitgliedern und aus den fünssehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen füns Mitglieder;
- 2. aus den zwölf Abgeordneten der Reichshauptstadt Wien vier Mitglieder;
- 3. aus den vier Abgeordneten der Handels- und Gewerbe fammer Ein Mitglied;
- 4. aus den acht Abgeordneten der im §. 2 der Landtage-Bahlordnung unter a), b), c), d), e), h, i), l) aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder;

- 3. Aus ben vier Abgeordneten ber eben baselbst unter f'), g), k), m) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 6. aus den eilf Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlerdnung unter 1, 2, 3, 4, 5, 10, 11, 12, 13, 16 aufgeführten Wahlbezirke drei Mitglieder:

7. aus den neun Abgeordneten der eben bort unter 6, 7, 8, 9, 14, 15, 17 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorsiehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ordnung

und

Landtage = Wahlordnung

für bas

Erzherzogthum Gesterreich ob der Enns.

Landes=Ordnung.

Erftes Panptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Erzherzogthum Desterreich ob der Enns wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirkungskreife ber Landesvertretung gehörigen Befugniffe werden entweder durch den Landtag selbst, oder burch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus fünfzig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Bischofe von Ling, dann
- b) aus neunundvierzig gewählten Abgeordneten, und zwar:

Defterreich ob ber Enns.

- I. aus zehn Abgeordneten des großen Grundbefiges;
- II. aus zwanzig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbefammer;
- III. aus neunzehn Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Erzherzogthumes Desterreich ob der Enns.

S. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellver treter.

S. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Erzherzogthum Desterreich ob der Enns.

S. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf feche Jahre festgesett.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgeben oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben. Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

S. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürsen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich Einmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Linz zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesehe und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Sände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsits in den Bersammlungen und leitet die Berhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während ber regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Unordnung neuer Wahlen aufgelöst werden. Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsiße des Landeshauptmannes aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Mitgliedern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Mitglied des Landesausschusses wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesitzes (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Ein Mitglied durch die von der Wählerclasse der Städte und Industrialorte und der Handelsund Gewerbefammer (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten und Ein Mitglied durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Mitglieder werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Rommt bei der ersten und zweiten Wahlhandsung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jedes Ausschußmitglied wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersahmann gewählt.

Wenn ein Ausschußmitglied, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Jod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußmitgliedes gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für das bleibend abgängige Ausschußmitglied eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Mitglieder des Landesaussichusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange sort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Mitglieder bes Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Ling zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Söhe der Landtag bestimmt.

Zweites Dauptflück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ansübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Mr. 226 M. G. B. mitzuwirfen und hat die durch §. 6 des Grundgesesses über die Reichsvertretung sestgesetzt Jahl von zehn Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsvrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Beise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu mählenden Mitglieder des Saufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung fest gestellt.

\$. 17.

Gesetesvorichläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesange-legenheiten Gesetz vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesege ift die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Antrage auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch ben Kaiser oder durch ben Landtag abgelehnt worden find,

fonnen in derselben Seffion nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigfeitsanstalten;
- 4. des Boranschlages und der Nechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinfichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benügung des Landeseredits, als
 - b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen ber allgemeinen Gesehe in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Borspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Herres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ift berufen:

- 1. gu berathen und Antrage gu ftellen
- a) über kundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Nathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domesticals) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Sigenthum des Erzherzogthumes Desterreich ob der Enns bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammbermögens mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlaftungsfond des Erzherzogthumes Defterreich ob der Enns, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Ansbringung der zur Erfüllung seiner Birksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes ersorderlichen Mittel, in soserne die Einkünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Sinhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschlieft über die Shstemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beisengebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener, er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Muhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

H. Wirkungskreis des Landesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesverwögens, der Landessonde und Anstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Veamten und Diener. Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Mechenschaft zu geben und Anträge in Landesaugelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats, und Präsentationsrechte, das Borschlags, oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stippendien, das Necht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden find von dem Landeshauptmanne und zwei Mitgliedern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Verordneten- und Ausschußsoder Landescollegiums zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aushören.

8. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Borbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Acmter und Drgane bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulaffung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beijungen über die dem Landesausichmise zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Augelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesehen vorbehalten.

Drittes Nauptdück.

Bon der Befchäftsbehandlung.

S. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten in Situngen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne augeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagssitzungen sind öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Negierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) ober als Vorlagen des Landesausschuffes ober eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschuffes;
- e) ober durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschnüberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftskreises des Landtages liegen, sind durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

S. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Megierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Berhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter bes Erzherzogthumes Desterreich ob der Enns oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Necht, im Landtage zu erscheinen und sederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Setheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorftände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschluffassung in dem Landtage ist die Unwesenheit von mehr als der Sälste der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschluffes bie absolute Stimmenmehrheit ber Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzuschen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsihenden kann solche auch durch Aufstehen und Sihenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sigungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

S. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines andern Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erkassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mit glied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorlänfig erwirkte kaiser liche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigfeit eines Beschlusses ist die Amwesenheit von wenigstens vier Ausschußmitgliedern ersorderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den be stehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unwerzüglich der Allerhöchsten Schlußsassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landlage, aus dem er hervorgegangen, in Berkehr treten und nur in den ihm übertragenen Berwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtag&=Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

S. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe bes großen Grundbesitzes bildet das ganze Erzherzogthum Desterreich ob der Enns Einen Wahlbezirk.

Die Wähler haben in einem Wahlkörper zehn Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ist Ling.

§. 2.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte und Induftrialorte bilden die Landeshauptstadt Ling Einen Wahlbezirk, die Städte:

- a) Steper, b) Bels, c) Ried, je Ginen Wahlbegirk;
- d) Urfahr, Ottensheim, Steheregg, Gallneukirchen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- e) Grein, Perg, Tragwein, Pregarten, Mauthhausen, St. Georgen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- f) Freistadt, Leonfelden, Ober-Neukirchen, Zwettl, Weißenbach, Königswiesen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- g) Rohrbach, Neufelden, Lembach, Haslach, Ligen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- h) Efferding, Aschach, Baizenkirchen, Neumarkt, Haag, Grieskirchen, zusammen Einen Bahlbezirk;
- i) Böklabruck, Böklamarkt, Frankenmarkt, Lambach, Schwanenstadt, Mondsee, St. Georgen, zusammen Einen Wahlbezirk;

- k) Gmunden, Ifchl, Hallstadt, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 1) Kirchborf, Windisch : Garsten, Michelborf, Steinbach, Grünburg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- m) Enns, Weher, Sierning, Hall, Kremsmünster, St. Florian, Neuhofen, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - n) Braunau, Mauerkirchen, Mattighofen, Altheim, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - o) Schärding, Raab, Beuerbach, Engelhartszell, zusammen Einen Wahlbezirk;

§. 3.

Linz, Steher, Wels und Nied sind die Wahlorte der bezüglichen Wahlbezirke. In jedem aus mehreren Ortschaften gebildeten Wahlbezirke ist die im §. 2 bei der Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ortschaft der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

S. 4.

Von den im §. 2 angeführten fünfzehn Wahlbezirken hat der Wahlbezirk der Stadt Linz drei Landtagsabgeordnete, und jeder andere Wahlbezirk Einen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Bahlbezirkes bilden Ginen Bahlkörper.

§. 5.

Die Handels- und Gewerbekammer in Linz hat drei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner der Kammer den Wahlkörper zu bilden.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bit den die politischen Bezirke:

- 1. Ling (Umgebung), Ottensheim, Urfahr, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 2. Grein, Pregarten, Mauthhausen, Perg, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 3. Freistadt, Weißenbach, Leonfelden, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 4. Rohrbach, Neufelben, Lembach, Haslach, Aigen, zu-fammen Ginen Wahlbezirk;
- 5. Wels, Efferding, Griesfirchen, Waizenkirchen, Lambach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 6. Böflabruck, Frankenmarkt, Schwanenstadt, Mondsee, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 7. Omunden, Sicht, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 8. Stever, Wever, Kremsmünster, St. Florian, Neube-fen, Enns, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 9. Kirchdorf, Grünburg, Windisch-Garsten, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 10. Ried, Obernberg, Saag, zusammen Einen Wahlbezirk,
- 11. Schärding, Raab, Engelszell, Penerbach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 12. Braunau, Mauerkirchen, Mattighofen, Wildshut, zu- sammen Einen Wahlbezirk.

\$. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Land gemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sit des politischen

Bezirksamtes bes im §. 6 bei Gestsetzung jedes Wahlbezirkes zuerft angeführten politischen Bezirkes ber Wahlort.

§. 8.

Die im §. 6 unter 4, 5, 6, 8, 10, 11 und 12 aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei, die übrigen Wahlbezirke je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeerdneten berechtigten Städte und Märkte) bilden Ginen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten ber Wählerelasse bes großen Grund besitzes sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landtästlichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landessürstlichen Mealsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Einhundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10. ·

Unter mehreren Mitbefigern eines zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gutes kann nur derzenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besit zweier oder mehrerer landtäslicher Güter, deren Zahresschuldigkeit an landessürslichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtigt ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden Landtäflichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Industrialorte sind durch directe Wahl aller jener, nach den besonderen Gemeindestatuten oder dem Gemeindegesetz vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz dieser Städte und Industrialorte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören und im dritten Wahlkörper mindestens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewäh ser ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Bahlbezirkes hat auf je fünschundert Einwehner Einen Bahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwehnerzahl durch fünschundert ergeben, haben, wenn sie zweihundertfünfzig oder darüber betragen, als fünschundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundertsfünfzig betragen, unberücksichtigt zu entsallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde find durch jene nach dem Gemeindegesche vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglie der zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern ben ersten und zweiten Wahlförper bilben;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Jeber Wähler kann sein Wahlrecht nur in Ginem Wahlbezirke und in ber Regel nur perfönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerelasse tes großen Grundbesites ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtigten und er darf nur Ginen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesites waht berechtiget ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im § 2 genannten Städte und Industrialorte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter ber Wählerelassen ber Städte und Industrialorte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 16.

Alls Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) breißig Jahre alt ift;
- e) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Industrialorte oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

S. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Situlichkeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über beren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs oder Vergleichsverhandlung dauert und nach Veendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Negel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festschung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbekammer, und end-

lich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch bie Lanbeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Erzherzogthumes Desterreich ob der Enns bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich ber Wählerclasse bes großen Grundbesitzes durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Industrialorte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlerdnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berusenen Organe in-Evidenz zu erhalten und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlförper des großen Grundbesitzes ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Linzer Zeitung, unter Anberaumung einer vierzehn tägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Neclamationsfrist, zu verlautbaren.

Neclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Michtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betressenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Necht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesihes von Amtswegen vorzunehmen.

S. 24.

Sobald diese Wählerliste nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgefertigt, welche die fortlaufende Rummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande Oesterreich ob der Enns wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb Oesterreich ob der Enns wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Linze Zeitung aufzusordern.

§. 25.

Die Lifte der Wähler in jeder der im §. 2 angeführten Ortschaften ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu versassen und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Ortschaft untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Vestätigung der Nichtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung dieser Wählerlisten haben die bei ber letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Zebe nach bem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte und Industrialorte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Industrialorte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

S. 27.

Wenn mehrere Städte und Industrialorte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Borstand des politischen Amtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Industrialorte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgesubrien Städte und Industrialorte auf Grund der bei der letzten

Belkszählung ermittelten einheimischen Bewölferung nach Verschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzuseten, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung befannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und verzulegen.

§. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Berzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Verladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindeverstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 31.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur sestigesetzten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungs orte ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachselgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Umwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl ber Wahlmänner ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die soulausende Nummer der Bezirkstiste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtags abgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Umis ort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirks amtes am Sibe des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Beisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlbertes hat die Listen der Wahlmanner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmanner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Landtagsabgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper des großen Grundbesites aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Statthalter aus der Mitte derselben ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahltörper in Ling und Steper aus bem Bürgermeister ober dem von ihm bestellten Stellvertreter, aus drei von ihm beigezogenen Gemeinderäthen und aus drei anderen vom Statthalter bestimmten Wahlberechtigten dieser Städte:
- 3. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte und Industrialorte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm

bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliebern ber Gemeinbevertretung bes Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernamten Wahlberechtigfen;

4. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlkommissär und aus vier von den Wahlmännern selbst ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aussorderung zu gelten, sich ohne sede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der sestgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

S. 37.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte, wird die Wahlhand lung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen über nimmt.

§. 38.

Der Vorsigende der Wahlcommission hat den versammet ten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Gigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklaren und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten

derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 39.

Wenn Zemand vor dem Veginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Ersordernist des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder Bahleommission, in soserne sie wahlberechtiget sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommissien die Wähler in der Neihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerlifte eingetragen find, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

\$. 41.

Zeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Berson zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlförper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat seder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

S. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Bahleommission ohne Zulassung eines Recurses.

§. 43.

Jede Abstimmung wird in die hiezu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung beforgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Berzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifü gung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoden oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

S. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissäon und dem Wahlcommissäon und dem Bahlcommissäon. Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

S. 47.

Bur Giltigkeit ber Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift bie absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu zie hen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Bahl haben die Bahler fich auf jene Berfenen zu beschränken, die beim zweiten Serutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die refatir meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Perso nen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählen den Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

\$. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landessürstlichen Commissär unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschlichen und dem landessürstlichen Com missär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

§. 51.

Der Statthalter hat nach Einfichtnahme ber an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der im §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag, und begründet in solange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, die das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an ben Lan desausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landeserdnung).

V. Schlufbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Lan desordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

Anhang zur Candes-Ordnung.

J.

Die Vertheilung der vom Landtage in das haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsendenden zehn Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachsolgender Beise sestgestellt. Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Viril stimme berechtigten Mitgliede und aus den zehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen zwei Mitglieder;
- 2. aus den drei Abgeordneten der Landeshauptstadt Ling Ein Mitglied;
- 3. aus den drei Abgeordneten der Handels- und Gewerbe-kammer Ein Mitglied;
- 4. aus den sieben Abgeordneten der im $\S.2$ der Landtags-Wahlordnung unter a), d), e), f), g), l), m) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- ${\bf 3},$ aus den sieben Abgeordneten der eben daselbst unter ${\bf b}_0,$ ${\bf c}_0,$ ${\bf h}_0,$ ${\bf i}_0,$ ${\bf k}_0,$ ${\bf n}_0,$ o) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 6. aus den zehn Abgeordneten der im §. 6 der Land tags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4, 3, 8, 9 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;
- 7. aus den neun Abgeordneten der eben dort unter 6, 7, 10, 11, 12 aufgeführten Wählbezirke zwei Mitglieder.

H.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Neichsrathes und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Neichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ordnung

und

Landtags=Wahlordnung

für bas

Herzogthum Salzburg.

Landes = Ordnung.

Erftes Pauptflück.

Bon der Landesbertretung überhaupt.

§. 1.

Das Herzogthum Salzburg wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirkungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus sechsundzwanzig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Fürsterzbischofe von Salzburg, dann
- b) aus fünfundzwanzig gewählten Abgeordneten, und zwar:

7

- I. aus fünf Abgeordneten bes großen Grundbefiges;
- II. aus zwölf Abgeordneten der durch die Wahlord nung bezeichneten Städte und Märfte und der Handels- und Gewerbefammer;
- III. aus acht Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Herzogthumes Salzburg.

S. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung bes Landtages aus deffen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogthum Salzburg.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und bessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre sestgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage können von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Lod abgehen, oder die zur Bählbarkeit erforderliche Gignung verlieren, werden neue Bahlen ausgeschrieben. Gewesene Landtagsmitglieder können wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen, und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich Einmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Salzburg zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsis in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Veendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Bahlen aufgelöst werden. Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsige des Landeshauptmannes aus vier aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Mitgliedern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Mitglied des Landesausschusses wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesitzes (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Ein Mitglied durch die von der Wählerclasse der Städte und Märfte und der Handels- und Gewerbefammer (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten und Sin Mitglied durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Das vierre Mitglied wird von der ganzen Landesver- sammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede folde Wahl geschicht burch absolute Mehrheit ber Stimmenden.

Rommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheibet bas Los.

Für jedes Ausschußmitglied wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersahmann gewählt.

Wenn ein Aussichusmitglied, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschlüßgeschläfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschnsmitgliedes gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für das bleibend abgängige Ausschußmitglied eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Mitglieder des Landesausschusses und der Ersatzmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagesperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, dis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Mitglieder bes Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in ber Stadt Salzburg zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Hanptflück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

S. 16.

Der Landtag ist berufen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des faiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Mr. 226 M. G. B. mitzuwirfen, und hat die durch §. 6 des Grundgesetz über die Meichsvertretung sestgesetzte Zahl von drei Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Meichsvrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

S. 17.

Gesehesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen. Zu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers ersorderlich.

Anträge auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden find,

fonnen in derselben Seision nicht wieder vorgebracht werden.

S. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigfeitsan- stalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landescredits, als
 - b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Lan besausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesethe in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Rirden- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsleiftung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Bohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Alnträge zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Ginrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Nathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Herzogthumes Salzburg bildenden Landesvermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichlüffe, welche eine Veräußerung, bleibende Belaftung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und das Credits und Schuldenwesen des Landes, und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Candesfond und ben Grundentlastungsfond bes Herzogthumes Salzburg, mit

genauer Beachtung der gesetslichen Zwede und Widmungen biefer Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soserne die Sinkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derfelben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegeset oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung., Sinhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Systemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestel-

lenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Berforgungsgenusse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Landesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats. und Präsentationsrechte, das Worschlags. oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Necht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Mit-

gliedern des Landesausichuffes zu fertigen und mit dem Landesfiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der nen eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 31.

Die näheren Weisungen über die dem Landesaussichusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einslußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde und Steuergesehen vorbehalten.

Drittes Nauptstück.

Bon der Geichäftsbehandlung.

§. 32.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sipungen zu verhandeln und zu er-ledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 33.

Die Landtagssitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 34.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landes-
- h) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Landes hauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 35.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 36.

Der Landeschef des Herzogthumes Salzburg oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und sederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Auftlärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

S. 37.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Amwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Amwesenden erforderlich.

Vei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

Salzburg.

§. 38.

Die Stimmgebung ist in ber Megel mundlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattsinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 39.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 40.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines andern Kronlandes in Berkehr treten, auch darf derselbe keine Aundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirfte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

S. 41.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen. Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens drei Ausschufmitgliedern erforderlich. Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Aussührung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchten Schlußfassung im Wege des Landeschess zu unterziehen.

§. 42.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen burfen vom Landesansschusse nicht angenommen-werden.

Lundtags-Wahlordnung.

1. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Glaffe des großen Grundbesitzes bildet das ganze Herzogthum Salzburg Einen Wahlbezirk.

Die Wähler haben in Einem Wahlkörper fünf Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ift bie Stadt Salzburg.

§. 2.

Für die Wahl der Abgeordneten ber Städte und Märkte als folche bilden:

die Landeshauptstadt Salzburg Ginen Wahlbezirk; die Städte:

- a) Hallein, b) Rabstadt, je Ginen Wahlbezirk, bann
- e) Neumarkt, Seekirchen, Strafwalchen, Oberndorf, zusammen Einen Wahlbezirk;
- d) Golling, Abtenau, Ruchl, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- e) St. Johann, Werfen, Hofgastein, St. Beit, Wagrain. zusammen Einen Wahlbezirk;
- f) Zell am See, Salfelden, Mitterfill, Lofer, Tarenbach, zufammen Ginen Wahlbezirk;
- g) Tamsweg, St. Michael, Mauteendorf zusammen Einen Bahlbezirk.

\$. 3.

Salzburg, Sallein und Nadstabt find bie Wahlorte der bezüglichen Wahlbezirke.

In jedem aus mehreren Ortschaften gebildeten Wahlbezirke ist die im §. 2 bei der Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ortschaft der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

8. 4.

Von den im §. 2 angeführten acht Wahlbezirken hat Salzburg drei Landtagsabgeordnete, und jeder andere Wahlbezirk Einen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 5.

Die Handels- und Gewerbekammer in Salzburg hat zwei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner der Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Salzburg (Umgebung), Neumarkt, Hallein, Obernberf, Mattsee, Thalgau, Golling, Abtenau, St. Gilgen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 2. Berfen, St. Johann, Gastein, Rabstabt, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 3. Zell am See, Lofer, Salfelben, Mitterfill. Taxenbach. zusammen Ginen Bahlbezirk;

4. Tamsweg, St. Michael, zusammen Einen Wahl-

§. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 6 bei Festsetung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 8.

Von dem im §. 6 unter 1. aufgeführten Wahlbezirke sind dem Den Wahlbezirken sub 2. und 3. je zwei Abgeordnete, von dem Wahlbezirke sub 4. Ein Abgeordneter zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Ginem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Märkte) bilden Ginen Wahlförper.

II. Don dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großiährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener Güter, deren Zahresschuldigkeit an landessürstlichen Nealsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Ginhundert Gulben beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbestgern eines zur Bahl berechtigenben Gutes kann nur berjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besitz zweier oder mehrerer Güter, beren Zahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden Güter, in beren Besits eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesestlichen oder gesellschaftlichen Normen berufen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besondern Gemeindestatute oder dem Gemeindegesche vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Bahl der Gemeinderepräsentanz dieser Städte und Märkte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern zum erffen und zweiten Wahlförper gehören und im dritten Wahlförper mindeftens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;

I:) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer personlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl ber Abgeordneten ber Landgemeinden hat burch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Zede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu mählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünfhundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünfzig oder darüber betragen, als fünfhundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, unverücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

\$. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach tem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. Bzur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeinde glieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern den ersten und zwei ten Wahlkörper bilden;
- 1.) in Gemeinden mit weniger als brei Wahlforpern Die ersten zwei Drittheile aller nach ber Bobe ihrer Jahres.

schuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer personlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Zeber Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Negel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerelasse bes großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtiget sein, und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesiges wahlberechtiget ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der in §. 2 genannten Städte und Märkte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städie und Märkte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes.

§. 16.

Als Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) österreichischer Staatsbürger;
- b) breißig Jahre alt ist;
- e) im Bollgenuffe ber burgerlichen Rechte fich befindet, und

d) in einer Wählerclasse des Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Märkte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ist.

Diese Erfordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

§. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens ober Vergehens, ober einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Nebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Nebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer ber unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über beren Bermögen der Concurs eröffnet oder das Bergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs oder Bergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Berhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Landeschefs, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorden vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festschung des Wahltages hat berart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Märkte und der Handels und Gewerbekammer, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Herzogthumes Salzdurg bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerclasse des großen Grundbesites durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Märkte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen bieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu beien Anfertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlkörper des großen Grundbesitzes ist vom Landeschef anzusertigen und durch Ginschaltung in die Salzburger Zeitung, unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reela mationsfrist, zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Trift erfolgen, find als verspätet zurückzuweisen.

§. 23.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Michtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Landeschef zu entschieden, dem auch das Necht zusteht, dis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbosspes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald diese Wählerliste nach erselgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Neclamationen richtig gestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertiget, welche die fortlausende Nummer der Wählerliste,

ben Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande Salzburg wohnen, find ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb Salzburg wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Salzburger Zeitung aufzufordern.

§. 25.

Die Liste ber Wähler in jeder ber im §. 2 angeführten Ortschaften ist von beren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu versassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Ortschaft untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung bieser Wählerlisten haben die bei ber letten Renwahl ber Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Jede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte und Märkte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Drt, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Zaliburg.

Die Wählerlisten jener Stäbte und Märkte, welche nicht ber Wahlort sind, mussen bem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 27.

Wenn mehrere Städte und Märkte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Borstand des politischen Amtes am Site des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Märkte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammen zu stellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28.

Behufs ber Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 ausgeführten Städte und Märkte) auf Grund der bei der letten Volkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzusepen, und dem Gemeindeverstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtig gestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Vestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und rorzulegen.

§. 29.

Der Borstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Ginlangen des Berzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen, und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Berzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit so wie die geschehene Borladung der Bähler zu bestätigen, und das Berzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu überzeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 31.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage, zur sestigeschten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachsolgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Zeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen find.

Bur Giltigkeit der Wahl der Wahlmanner ist die absolute Mehrheit ber Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei ber ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche die fortlaufende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

Der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper des großen Grundbesiges aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Landeschef aus der Mitte derselben ernannten Gliedern;
- 2. für den Wahlkörper der Stadt Salzburg aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter, aus drei von ihm beigezogenen Gemeinderäthen und aus drei anderen vom Landeschef bestimmten Wahlberechtigten dieser Stadt;
- 3. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahleommissär ernannten Bahlberechtigten;

4. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern selbst ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesetzen Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

§. 37.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte, wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsigenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst der vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit ersorderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang dei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier lleberzeugung ohne alle eigennüßige Mebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 39.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Erforderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder der Wahlcommission, in soserne sie wahlberechtiget sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Neihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenen Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 41.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Berson zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordneie, so hat seder Wähler so viele Namen zu nennen als Abgeordneie zu wählen sind.

8. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung fiber die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 43.

Zede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahleenmissär der Wahleenmissen beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahleenmissen in dem zweiten Berzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

S. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

Ueber die Giltigkeit ober Ungiltigkeit einzelner Wahlftimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

S. 45.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu beftimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umftände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

\$. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ift von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Serutinirung sogleich zu beginnen.

Das Nefultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 47.

Bur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine folche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Zede Stimme, welche beim britten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschlichen und dem landesssürstlichen Commissär zur Einsendung an den Landeschef übergeben.

§. 51.

Der Landeschef hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahleertisseat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtiget ben gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher bieselben zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 30 der Landesordnung).

Bei der ersten nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden Wahl sind die sämmtlichen Wahlacten unmittelbar dem Landtage behufs dieser Entscheidung zu übergeben.

V. Schlugbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 37 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Albgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden drei Mitglieder auf die einzelnen Gediete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Virilstimme berechtigten Mitgliede, den fünf Abgeordneten des großen Grundbesiges, den sieben Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter a) bis einschließig g) ausgeführten Wahlbezirke und den acht Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlordnung unter 1 bis einschließig 4 aufgeführten Wahlbezirke, zusammen zwei Mitglieder;
- 2. aus den drei Abgeordneten der Stadt Salzburg und den zwei Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer, zusammen Ein Mitglied.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Neichsrathes und sind nach den Vestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Neichsvertretung zu behandeln.

=600

Landes-Drdnung

und

Landtags = Wahlordnung

fur bie

gefürstete Grafschaft Cirol.

Landes = Ordnung.

Erftes Bauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Die gefürstete Grafichaft Tirol wird in Landesange-legenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2..

Die zum Wirfungefreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus achtundsechzig Mitgliedern, nämlich:

Tirel.

- a) dem Fürsterzbischofe von Salzburg, und
- b) den Fürstbischöfen von Trient und Brigen;
- e) dem Rector magnisseus der Universität in Innsbruck;
- d) aus vierundsechzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus vier Abgeordneten, deren Einen die Aebte von Wilten, Stams und Ficht aus ihrer Mitte; Einen der Probst von Neustift, der Abt von Marienberg und der Prior von Grieß auß ihrer Mitte; Einen der Landescomthur des deutschen Ordens, der Probst von Botzen und der Probst von Innichen auß ihrer Mitte wählen und auß Einem Bertreter des Probstes von Arco und des Erzpriesters von Roveredo, je nach Uebereinkommen in der Person des einen oder anderen derselben;
 - II. aus zehn Abgeordneten des adeligen großen Grundbeines;
 - III. aus sechzehn Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Orte und der Handelsund Gewerbefammern;
 - IV. aus vierunddreißig Abgeordneten der übrigen Gemeinden der gefürsteten Grafichaft Tirol.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten

auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für die gefürstete Grafschaft Tirol.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Bählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit erforderliche Cignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich Sinmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Innsbruck zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaifer Treue und Gehorfam, Beobachtung

der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Cidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Veendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Austrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsige des Landeshauptmannes aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisigern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerelasse des adeligen großen Grundbesiges (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerelasse der Städte und Orte und der Handels- und Gewerbefammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten und Einer durch die von der Wählerelasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Landesausschußbeisitzer werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede solche Bahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jeden Ausschußbeisiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersahmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisiger, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersammann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisigers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisüger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersatmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, dis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beifiger des Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Innsbruck zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landes. mitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Nauptflück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Nr. 226 R. G. B. mitzuwirfen, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzsüber die Reichsvertretung sestgesetzte Jahl von zehn Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgeseyes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu mählenden Mitglieder des Saufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung sestigeftellt.

8. 17.

Besiehesvorichläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Necht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen. Zu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers ersorderlich. Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigfeits. anstalten;
- 4. des Boranschlages und der Mechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landescredits, als
 - b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
 - II. Die Mitwirfung bei der Regelung des Landesvertheidigunge- und Schießstandswesens;

- III. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
 - 3. der Borspannsleistung, dann der Berpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich
- IV. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Anträge zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Borichläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag jorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum der gefürsteten Grafichaft Tirol bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichluffe, welche eine Beräußerung, bleibende Belaftung oder eine Berpfändung des Stammbermögens mit fich bringen, bedürfen der faiferlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes, und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond der gefürsteten Grafschaft Tivol mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Birtsamfeit für Landeszwecke, für das Bermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einfünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürsen der faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegeset oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Ginflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Sinhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschlicht über die Shstemisstung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleiftung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Borschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ftandische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschuffe geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte der bisherigen ständischen Activität zu besorgen, so weit dieselben nicht an andere Organe übergeben oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Draane bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zu-lassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschuffe aufommenden Geschäfte und über die Urt ihrer Besorgung

bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesehen vorbehalten.

Drittes Hauptstück.

Bon der Gefchäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagssitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Borsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen burch den Landeshauptmann;
- b) oder als Borlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- c) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Borlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder muffen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt, und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Gesichäftsfreises des Landtages liegen, find durch den Landeshauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Berhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter ber gefürsteten Grafschaft Tirol oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenstwerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Unwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mit-

Tirol.

glieder und zur Giltigfeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Amwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Julegung der Sitzungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Berkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Soflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigfeit eines Beschlusses ift die Unwesenheit von wenigstens vier Ausschußbeisitzern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtiget und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verfehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtag&-Wahlordnung.

1. Von den Wahlbezirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des adeligen großen Grundbesitzes bildet die gefürstete Grafschaft Tirol Einen Wahlbezirk.

Die Wähler haben in Einem Wahlkörper zehn Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Innsbruck.

§. 2.

Für die Bahl ber Abgeordneten ber Städte und Orte bilben:

Die Landeshauptstadt Innsbruck Einen Wahlbezirk; die Städte:

- a) Trient, b) Bogen, und c) Noveredo jede Einen Wahlbezirk; ferner
- d) Hall, Rattenberg, Kigbichl, Kufstein, Schwaß, zusammen Einen Wahlbezirk;
- e) 3mft, Bils, Reutte, Landeck (Angedair), zufammen Einen Bahlbezirk;
- f) Briren, Sterzing, Klausen, Bruned, Lienz, Innichen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- g) Meran, Glurns, Kaltern, Tramin, zusammen Einen Wahlbezirk;
- h) Riva, Ala, Arco, Mori, zusammen Ginen Wahlbezirk;

- i) Levico, Pergine, Borgo, zusammen Einen Wahlbezirk;
- k) Mezzolombardo, Cles, Fondo, Lavis, Cavalese, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 3.

Die Landeshauptstadt Innsbruck und die Stadt Trient, sowie jene Städte, welche für sich allein einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus mehreren Ortschaften gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Paragraphe bei der Testsetzung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ort der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 4.

Die Städte Innsbruck und Trient haben je zwei, die übrigen durch §. 2 festgesetzten städtischen Wahlbezirke je Einen Landtagsabgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 5.

Die handels- und Gewerbekammern zu Innsbruck, Bogen, Roveredo haben je Einen Landtagsabgeordneten zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmanner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilben die politischen Bezirke:

- 1. Junsbruck (Umgebung), Mieders, Steinach, Telfs, zu- fammen Ginen Wahlbezirk;
 - 2. Imft, Silz, Reutte, zusammen Ginen Wahlbezirk;

- 3. Landeck, Ried, Nauders, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 4. Sall, Schwaß, zusammen Ginen Wahlbegirt;
- 5. Rattenberg, Kufftein, Fügen, Zell, zus. Einen Wahlbez.;
- 6. Kipbichl, Hopfgarten, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 7. Bogen (Umgebung), Neumarkt, Kaltern, Sarnthal, Kastelruth, Klausen, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 8. Briren, Sterzing, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 9. Bruneck, Taufers, Enneberg, Buchenftein, Ampezzo, Welsberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 10. Lienz, Windisch-Matren, Sillian, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 11. Meran, Schlanders, Glurns, Paffenr, Lana, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 12. Trient (Umgebung), Lavis, Cembra, Civezzano, Bezzano, Pergine, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 13. Cavaleje, Fajja, Primör, zujammen Ginen Bahlbezirf;
 - 14. Borgo, Strigno, Levico, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 15. Cles, Male, Fondo, Mezzolombardo, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 16. Noveredo, Nogaredo, Mori, Riva, Ala, Arco, zu-fammen Einen Wahlbezirk;
 - 17. Tione, Condino, Stenico, zusammen Ginen Bahlbegirk.

S. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 6 bei Festsetzung jedes Wahlbezirkes zuerst angesührten politischen Bezirkes der Wahlort.

Zeder der im §. 6 aufgeführten Wahlbezirke hat zwei Abgeordnete zu wählen.

Die Wahlmänner aller in einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Orte) bilden einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die im §. 3, I. der Landesordnung aufgeführten Wähler haben die von ihnen über Aufforderung des Statthalters getroffene Wahl von vier Abgeordneten demfelben anzuzeigen.

Die Abgeordneten der Wählerclasse des abeligen großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens fünfzig Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesigern eines zur Wahl berechtigenben Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besitz zweier oder mehrerer Güter, deren Jahressschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigsteus fünfzig Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

Für jene zur Wahl berechtigenden Güter, in deren Besits eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der einen Wahlbezirk bildenden Städte und Orte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören, und im dritten Wahlkörper in Innsbruck, Bogen und Trient wenigstens zehn Gulden, und in den anderen Städten und Orten mindestens fünf Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern, die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundertfünfzig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten, wenn sie weniger als zweihundertssinstigs betragen, unberücksichtiget zu entsallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünshundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde find durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Ar. 170 A. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern ben ersten und zweiten Wahlkörper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Negel nur persönlich ausüben. Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerclasse des adeligen großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerclasse wahlberechtiget sein, und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesitzes wahlberechtiget ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 2 genannten Städte und Orte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städte umd Orte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges aus.

§. 16.

Als Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- c) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des abeligen großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Orte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern.

S. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens ober Vergehens, ober einer aus Gewinnsucht ober gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, ober wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strafbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen. §. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Orte und der Handels und Gewerbekammern, und endlich die Abgeordneten des adeligen großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählersclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitungen und durch Plakate in allen Gemeinden der gefürsteten Grafschaft Tirol bekannt zu machen. Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerclasse des großen Grundbesites durch die Landeszeitungen, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Orte und der Landgemeinden durch Plakate in den den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Beftimmungen dieser Wahlordnung einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen. Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von den zu deren Ansertigung berusenen Organen in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlkörper des abeligen großen Grundbesites ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitungen unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsstrist zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 23.

lleber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Necht zusieht, dis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des adeligen großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald die Wählerliste des Wahlförpers des adeligen großen Grundbesitzes nach erselgter Entscheidung über die rechtzeitig einzebrachten Neclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgefertigt, welche die fortlausende Nummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande wohnen, sind ihre Legitimationsfarten zuzusenden, die außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationsfarten durch die ämtlichen Landeszeitungen aufzufordern.

§. 25.

Die Liste der Bähler in jeder der im §. 2 angeführten Städte und Orte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer

Tirol.

Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu verfassen und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt oder der Ort untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzufertigen.

Bei Verfassung bieser Wählerlisten haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Jebe nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte und Orte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Orte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 27.

Wenn mehrere Städte und Orte zu Einem Wahlbezirke vereiniget sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Site des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Orte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§: 28.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte) auf Grund der bei der letten Volkzählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzusehn und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur sestigeschen Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte, ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezurkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezurksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlaufende Nummer der Bezurksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den

Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Antsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Beisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Don der Vornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper des adeligen großen Grundbesitzes aus vier von den Wahlberechtigten und aus drei vom Statthalter ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten

Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes, und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;

3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus brei vom Wahlcommissäre und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale, und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

§. 37.

An dem Tage der Wahl zur sestgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Gigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären, und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Kählerliste aufgeführten Berson Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Bählerlisten ein Erforderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Bahlcommission, in soserne sie wahlberechtiget sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerufen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenen Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 41.

Jeder zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Berson zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf Einen Wahlförper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

\$. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Zbentität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 43.

Jede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Rubrifen des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahlcommissäre der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

\$. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beisügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, find ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Unfang, Forigang oder die Beendigung der Wahl verhin dern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden.

Die Bekannmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Beise zu geschehen.

S. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ift von dem Borsigenden der Wahlcommission die Stimmegebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Nesultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

\$. 47.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift tie absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Borsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten keine folche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich berausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Jahl der in die engere Wahl zu bringenden Perfonen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenben Abgeordneten. Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commissär unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landeskürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

§. 51.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtiget den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulasiung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlugbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse bes Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden zehn Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus den nach §. 3, a), b) und c) der Landesordnung zu Birilstimmen berechtigten vier Mitgliedern, aus den vier Abgeordneten nach §. 3, I. und aus den zehn Abgeordneten nach §. 3, II., zusammen drei Mitglieder;
- 2. aus den zwei Abgeordneten der Landeshauptstadt Innsbruck, den zwei Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern zu Innsbruck und Bogen und aus den fünf Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter b),

d), e), f), g) aufgeführten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;

3. aus dem Abgeordneten der Handels und Gewerbekammer zu Noveredo und den sechs Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter a), c), h), i), k) aufgeführten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;

4. aus den vierzehn Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4, 5, 6, 8 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

5. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 7, 9, 10, 11 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

6. aus den zwölf Abgeordneten der eben dort unter 12, 13, 14, 15, 16, 17 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Neichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesehses über die Neichsvertretung zu behandeln.

-6-CED-0-

Landes-Drdnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Land Vorarlberg.

Landes = Ordnung.

Erftes Hauptstück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Land Vorarlberg wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungefreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

S. 3.

Der Landtag besteht aus zwanzig Mitgliedern, nämlich

- a) dem fürstbischöflichen Generalvicar, dann
- b) aus neunzehn gewählten Abgeordneten, und zwar:

Vorarlberg. 13

- I. aus fünf Abgeordneten ber durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und der Handels- und Gewerbefammer,
- II. aus vierzehn Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Landes.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus teffen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bisdenden Wahlbezirke und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und bessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre sestgeset.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage können von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Zod abgehen oder die zur Wählbarkeit ersorderliche Eigmung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagemitglieder fonnen wieder gewählt werden.

8. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen keine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur personlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberusung in der Regel jährlich einmal, und zwar, in soserne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Stadt Bregenz zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesege und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmanns an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Austrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch mährend der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Unordnung neuer Bahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und aussührendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsige des Landeshauptmanns aus vier aus der Mitte der Landtags-versammlung gewählten Mitgliedern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus bessen Mitte.

§. 12.

Ein Mitglied des Landesausschuffes wird durch die von der Wählerelasse der Städte und der Handels- und Gewerbefammer (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten und Ein Mitglied durch die von der Wählerelasse der Landgemeinden (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Das britte und vierte Mitglied wird von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Iede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolnte Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet bas Los.

§. 13.

Für jedes Ausschußmitglied wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersatzmann gewählt.

Wenn ein Ausschußmitglied, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersatzmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußmitgliedes gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für das bleibend abgängige Ausschußmitglied eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsbauer ber Mitglieder bes Landesaussichusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auslösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Mitglieder bes Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in der Stadt Bregenz zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Nauptstück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 R. G. B. mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzsüber die Neichsvertretung sestgesetzte Zahl von zwei Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung sestgestellt.

§. 17.

Geseyvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Megierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen. Zu jedem Landesgesche ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers ersorderlich.

Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitieln dotirten Wohlthätigfeitsan- stalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinnichtlich der Landeseinnahmen aus der Bermaltung des dem Lande gehörigen Bermögens, der Be-

fteuerung für Landeszwecke und ber Benügung bes Landescredits, als:

- b) rückfichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die-Mitwirfung bei der Regelung des Landesvertheibigungs- und Schießstandewesens.
- III. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
 - 3. der Borspannsleistung, dann der Berpflegung und Einquartierung des Secres; endlich
- IV. die Anordnungen über sonstige, die Wohlsahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Antrage zu ftellen
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Sinrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Sinrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlsahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Landes Vorarlberg bildenden Landesvermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichlüffe, welche eine Beräußerung, bleibende Belaftung oder eine Berpfändung des Stammvermögens mit fich bringen, bedürfen der faiferlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und bas Credits- und Schuldenwesen des Landes, und sorgt für die Erhaltung der dießfalls dem Lande obliegenden Berpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Landes Borarlberg mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

S. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landesziwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem 3wecke Zuschläge zu den directen landessürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirfende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Einhebung und Absuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Borschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Snstemisserung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beistellenzugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II Wirkungskreis des Jandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Unstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ankführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag überAnstrag desselben oder ans eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Borschlags- oder Ernennungsrecht für Stistpläße oder Stipendien, das Mecht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stistungen wird vom Landesausschnisse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Mitgliedern des Landesausschuffes zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssügungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zusassung der Gewählten zusteht.

§. 31.

Die näheren Beijungen über die dem Landesausschusse zufommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung

bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesetzen vorbehalten.

Brittes Pauptstück.

Bon der Geichäftsbehandlung.

§. 32.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Ungelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 33.

Die Landtagssitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise fann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Borsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 34.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Borlagen des Landesausschuffes oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschuffes;
- e) oder durch Unträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, find durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 35.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landiag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 36.

Der Statthalter der gefürsteten Grafschaft Tirol mit dem Lande Vorarlberg oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Mecht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat iich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

S. 37.

Bur Beichlußfaffung in dem Landtage ift die Anwesenbeit von mehr als der Sälfte der Gesammizahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beichluffes die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Liertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 38.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsigenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 39.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Inlegung der Sißungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 40.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines andern Kronlandes in Verfehr treten, auch darf derselbe feine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden. Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirfte faiserliche Genehmigung statifinden.

§. 41.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen. Zur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens drei Ausschußmitgliedern ersorderlich. Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausschrung zu sistiern und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 42.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen bürfen vom Landesausschuffe nicht angenommen werden.

Landtag8 = Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte bilden: die Städte: a) Bregenz, h) Feldkirch, e) Bludenz und d) der Markt Dornbirn je Einen Wahlbezirk, und haben je Einen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Bahlbezirkes bilden Ginen Wahlkörper.

§. 2.

Die Handels- und Gewerbekammer in Feldkirch hat Einen Landtagsabgeordneten zu wählen.

Für diese Wahl haben die Mitglieder und Ersagmänner ber Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Bregenz, Bregenzerwald, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 2. Feldkirch, Dornbirn, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 3. Bludenz, Montafon, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 4.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Bahlbezirke ist der Sit des politischen Bezirksamtes des in §. 3 bei Festskung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

· §. 5.

Von den im §. 3 unter 1. und 2. aufgeführten Wahlbezirken sind je fünf, und von dem Wahlbezirke unter 3. vier Abgeordnete zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 1 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 6.

Die Abgeordneten ber im §. 1 aufgeführten Städte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B., zur Wahl der Gemeinderepräsentanz dieser Städte und beziehungsweise des Marktes Dornbirn berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern zum ersten und zweiten Wahlförper gehören und im dritten Wahlförper mindestens fünf Gulden an directen Steuern entrichten;
- h) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

S. 7.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Zede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundertfünfzig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundertfünfzig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

S. 8.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- h) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 9.

Zeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahl bezirke und in der Regel nur persönlich ausüben.

Wer in einem Wahlbezirke der im §. 1 genannten Städte wahlberechtigt ist, darf in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er

das Wahlrecht bloß in der Gemeinde feines ordentlichen Wohnsites.

§. 10.

Alls Landtagsabgeordneter ift jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- e) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener der Städte oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 6 bis 8 wahlberechtiget ift.

Diese Erfordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

§. 11.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichteit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- h) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strafbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über deren Vermögen ber Concurs eröffnet oder bas Vergleichsverfahren eingeleitet wurde, in solange

die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 12.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 13.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und der Handels- und Gewerbekammer gewählt, und daß die Wahlen für jede dieser Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 14.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Landes bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Unfertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 16.

Die Liste der Wähler in jeder der im §. 1 angeführten Ortschaften ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 6 und 11 zu versassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Ortschaft untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzufertigen.

Bei Berfassung dieser Bählerlisten haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 17.

Jede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berutene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

§. 18.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 1 aufgeführten Orte) auf Grund der bei der letzen Bolkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Borschrift des §. 7 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner seitzusehen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung befannt zu geben, aus den bei der letzen Neuwahl der Gemeindeverräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Berzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 8 und 11 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 19.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen, und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 20.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüfen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstim-

mungslifte dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 21.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur festgesetzen Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 28, 29, 30, dann 32 bis einschließig 36 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Bähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 37, 38 und 39 weiter vorzugehen.

§. 22.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in seder Gemeinde zu constatiren und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 23.

Sebald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksversteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzu-

stellen, welche die fortlaufende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Liften der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Verstande des politischen Bezirksamtes am Sibe des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Drt, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 24.

Der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner der zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Don der Vornahme der Wahlen der Candtagsabgeordneten.

§. 25.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

1. für jeden Wahlförper der im §. 1 aufgeführten Städte und des Marktes Dornbirn aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der



Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernamten Wahlberechtigten;

2. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern selbst ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 26.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufsorderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der sestgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

\$. 27.

Un dem Tage der Wahl, zur sestgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte, wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wahler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 28.

Der Vorsigende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 10 und 11 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit ersorderlichen Gigenschaften gegen wärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklaren und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten

Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträg- lichsten halten.

§. 29.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Becson Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Grördernist des Wahlrechtes weggesalten sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 30.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Wahlcommission, in sesene sie wahlberechtiger sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommissien die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmzehung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenen Aufeuse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erft, wenn die ganze Wahlerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

S. 31.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationsfarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf Einen Wahlförper zwei oder mehrere Abgerricte, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

Vorarlberg.

§. 32.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Recurses.

§. 33.

Zede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen bes Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 34.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Austrägen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimnien entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 35.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Ansang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstselgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 36.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweifache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissäu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

S. 37.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landlagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsigenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 38.

Rommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und salls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 39.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Bersonen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppette von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Serutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 40.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landessürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Bahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschlichten und dem landessürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

S. 41.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 11 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtiget den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange bie Bermuthung der Gistigkeit seiner Wahl, dis das Gegentheil erkannt ist.

§. 42.

Sammtliche Wahlacten bat der Stattbalter an den Lantesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Lanttag zu berichten hat, dem die Entscheitung über

bie Zulaffung ber Gewählten zusteht (§. 30 ber Landesordnung).

Bei der ersten nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden Wahl sind die sämmtlichen Wahlacten unmittelbar dem Landtage behufs dieser Entscheidung zu übergeben.

V. Schlugbestimmung.

§. 43.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 37 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Ortttheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden zwei Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachsolgender Beise festgestellt:

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Virissimme berechtigten Mitgliede, dem Abgeordneten der Handelsund Gewerbekammer und aus den vier Abgeordneten der im §. 1 der Landtags Wahlordnung unter a) bis einschließig d) ausgesührten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;
- 2. aus den vierzehn Abgeordneten der im §. 3 der Landtags Bahlordnung unter 1, 2, 3 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheitung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

Tandes-Drdnung

und

Landtags= Wahlordnung

für bas

herzogthum Steiermark.

Landes = Drdnung.

Erftes Hauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Berzogthum Steiermark wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus dreiundsechzig Mitgliedern, nämlich:

- a) den Fürstbischöfen von Secfau und von Lavant;
- b) dem Rector Magnificus der Grater Universität, dann Steiermart. 16

- c) ans fechzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus zwölf Abgeordneten des großen Grundbefites;
 - H. ous fünfundzwanzig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Märfte, dann der Sandels- und Gewerbefammern;
 - III. aus dreiundzwanzig Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Herzogthums Steiermark.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarfeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirfe, und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogthum Steiermark.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und bessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre sestgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten jum Landtage können von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Bählbarkeit ersorderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

S. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen keine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Megel jährlich Einmal, und zwar, in soserne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Grap zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesehe und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsig in den Bersammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführenbes Organ ber Landesvertretung, besteht unter bem Boriige des Landeshauptmannes aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisigern. Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesiges (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und Märkte und der Handels- und Gewerbefammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten und Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Landesausschußbeisiber werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede solche Wahl geschicht durch absolute Mehrheit der Stimmenden

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jeden Ausschußbeisitzer wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersahmann gewählt. Wenn ein Ausschußbeisitzer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der

Ersatmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisithers gewählt worden ift.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisitzer eine neue Bahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beifitzer des Landesausschusses und der Ersatmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablaufe der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, dis aus dem neuen Landtage ein anderer Aussichuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beisiger des Landesausschusses sind verpflichtet, ihren Ausenthalt in Graf zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Söhe der Landtag bestimmt.

Zweites Nauptstück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 N.G.B. mitzuwirken und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes

über die Meichsvertretung festgesetzte Zahl von veeizehn Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetes über die Reichsvertretung festgesette Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Saufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 17.

Gesessvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Zu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, fönnen in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeits- anstalten;

- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Candeseinnahmen aus der Berwaltung des dem Lande gehörigen Bermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeseredits, als
 - b) rücksichtlich ber ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Borspannsleistung, dann der Berpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ift berufen:

- 1. Bu berathen und Antrage zu ftellen
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Mathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Herzogthumes Steiermark bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Beräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Eredits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungssond des Herzogthumes Steiermark, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirtsamkeit für Landeszwecke, für das Bermögen, die Jonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einfünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den birecten landesfürstlichen Stenern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Söhere Inschläge zu einer

directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegeset oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Sinhebung und Absuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Shstemisstrung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse bei zugebenden oder für einzelne Perwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Bersorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandes-Ausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Mechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Land-

tag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vor-

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschuffe geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden find von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschuffes zu fertigen und mit dem Landessfiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Verordneten- und Ausschuß-Collegiums zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Drgane übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesansschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Nemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betress der Einslußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landessürstlichen Steuern, den besonderen Gemeinde- und Steuergesessen vorbehalten.

Drittes Nauptstück.

Bon der Gefchaftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagssitzungen sind öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen burch den Landeshauptmann, oder
- b) als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses, oder
- c) durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände. Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter des Herzogthumes Steiermark oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Megierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Ausflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§: 38.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworsen anzusehen. Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Negel mündlich; nach dem Ermessen des Borsitzenden fann solche auch durch Ausstehen und Sitzenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sihungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

Steiermart.

8. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen. Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen. Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens vier Ausschußbeisüßern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlausend ansieht, berechtiget und verpstichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unwerzüglich der Allerhöchsten Schlußsassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesansschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Aundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtag&-Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesiges bildet das herzogthum Steiermark Einen Wahlbezirk. Die Wähler haben in Einem Wahlkörper zwölf Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Gras.

§. 2.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte und Märkte bilben:

die Landeshauptstadt Grat zwei Wahlbezirke; ferner

- a) Marburg, Ginen Bahlbegirt;
- b) Frohnleithen, Gradwein, Feiftriß, Uebelbach, Paffail, zufammen Ginen Wahlbezirk;
- c) Hartberg, Friedberg, Gleisdorf, Weiß, Birkfeld, St. Ruprecht, Pöllau, Vorau, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- d) Fürstenfeld, Telbbach, Fehring, Burgau, Pischelsborf, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- e) Naokersburg, Mureck, Straß, Gnaß, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- f) Leibnig, Chrenhausen, Wildon, St. Georgen, Eibiswald, Arnfels, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- g) Boitsberg, Stainz, Köflach, Deutsch-Landsberg, Schwanberg, St. Florian, zusammen Einen Wahlbezirk;

- h) Bruck, Mürzzuschlag, Mariazell, Kapfenberg, Kindberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- i) Leoben, Bordernberg, Cisenerz, Trofaiach, zusammen Einen Wahlbezirk;
- k) Zudenburg, Knittelfeld, Oberzenring, Obdach, Beifftirchen, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 1) Liegen, Aussee, Rottenmann, Admont, Schladming, Gröb ming, zusammen Einen Wahlbezirk;
- m) Murau, St. Lambrecht, Neumarkt, Oberwölz, St. Peter, Unzmarkt, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- n) Gilly, Rann, Tüffer, Lichtenwald, Oberburg, Lauffen, Prafberg, Sachsenfeld, Hoheneck, zus. Ginen Wahlbezirk;
- o) Windischgraß, Windischseiftriß, Schönstein, Hohenmauthen, Mahrenberg, Salbenhofen, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - p) Pettau, Friedau, Polstrau, Luttenberg, Rohitsch, zusammen Einen Wahlbezirk.

In der Hauptstadt Graß hat die innere Stadt Einen, und die fämmtlichen Vorstädte haben den anderen Wahlbezirk zu bilden.

§. 3.

Grat und Marburg find die Wahlorte der bezüglichen Wahlbezirke.

In jedem aus mehreren Städten und Märkten gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Paragraphe bei der Festsetzung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ort der Wahlort
dieses Wahlbezirkes.

\$. 4.

Von den im §. 2 angeführten siebenzehn Wahlbezirken hat jeder der beiden Wahlbezirke von Graß zwei Landtagsabgeord-

nete und jeder andere Bahlbezirk Einen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 5.

Die Handels- und Gewerbekammern zu Graß und zu Leoben haben je drei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Graß (Umgebung), Frohnleithen, zusammen Einen Bahlbezirk:
 - 2. Wait, Gleisborf, Birkfeld, gufammen Ginen Bahlbegirk;
- 3. Hartberg, Vorau, Friedberg, Pöllau, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 4. Feldbach, Fehring, Fürstenfeld, Kirchbach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 5. Rabfersburg, Murck, gufammen Ginen Wahlbegirt;
- 6. Leibnig, Wildon, Eibiswald, Arnfels, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 7. Stainz, Voitsberg, Deutsch-Landsberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 8. Bruck, Aflenz, Mariazell, Kindberg, Mürzzuschlag, zu- sammen Einen Wahlbezirk;
- 9. Leoben, Mautern, Eisenerz, zusammen Ginen Wahl- bezirk;

- 10. Judenburg, Knittelfeld, Obdach, Oberzehring, zu-fammen Einen Wahlbezirk;
- 11. Liegen, Rottenmann, St. Gallen, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 12. Murau, Oberwölz, Neumarkt, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 13. Irdning, Gröbming, Schladming, Aussee, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 14. Gillo, Franz, Oberburg, Erlachstein, Tüffer, Gonobit, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 15. Windischgrat, Schönstein, Mahrenberg, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 16. Marburg, Windischseistriß, St. Leonhard, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 17. Luttenberg, Friedau, Ober-Radfersburg, zusammen Ginen Wahlbezirf;
 - 18. Pettau, Robitsch, zufammen Ginen Wahlbezirk;
- 19. Nann, Drachenburg, Lichtenwald, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 6 bei Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst aufgeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

S. 8.

Die im §. 6 unter 4, 6, 14 und 16 aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei, die übrigen fünfzehn Wahlbezirke haben je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Märkte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wählrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grundbesitzes find durch directe Wahl der großiährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landtäflichen Güter, deren Zahresschuldigkeit an landessürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Ariegszuschlages) wenigsens Finhundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hiezu ermächtigen.

Der Besitz zweier oder mehrerer landtäslicher Güter, deren Jahresschuldigkeit an landessürftlichen Realsteuern imit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammen genommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Giter, in deren Besit eine Corporation oder Gesellschaft sich befindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berufen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte sind durch directe Wahl aller jener nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der einen Wahlbezirk bilbenden Städte und Märkte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören, und im dritten Wahlkörper in Graß wenigstens fünfzehn Gulden, und in den anderen Städten und Märkten mindestens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern, die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindemähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jebe Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünschundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünschundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünszig oder darüber

betragen, als fünfhundert zu gelten, wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Ginen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Ar. 170 A. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den erften und zweiten Wahlförper bilben;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Söhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke, und in der Regel nur perfönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerclasse des großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben.

Derselbe muß in dieser Bählerclasse wahlberechtiget sein, und er darf nur Einen Bahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesites mahlberechtiget ift, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 2 genannten Städte und Märkte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und Märkte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 16.

Als Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ift;
- e) im Vollgenuffe der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerelasse des Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Märkte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der porausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern.

§. 17.

Lon dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlickeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus

Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strafbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages bat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Märkte und der Handels. und Gewerbekammern, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesites gewählt, und daß die Wah-

len für jede der beiden erfteren Wählerclaffen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Herzogthumes Steiermark bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerclasse des großen Grundbesites durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Märkte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von den zu deren Anfertigung berufenen Organen in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlkörper des großen Grundbesitzes ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Neclamationsfrist zu verlautbaren.

Neclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

lleber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Michtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Verichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald die Wählerliste des großen Grundbesthes nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtig gestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlaufende Nunmer der Bählerliste, den Namen und Bohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande wohnen, sind ihre Legitimationsfarten zuzusenden; die außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationsfarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

§. 25.

Die Liste der Wahler in jeder der im §. 2 angeführten Städte und Märkte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu verfassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher der Ort untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Steiermart

Bei Verfassung dieser Wählerlisten haben die bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtig gestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Zede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Nichtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte und Märkte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Märkte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bezimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 27.

Wenn mehrere Etädte und Märkte zu Einem Wahlbezirke vereiniget sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Sipe des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Stadte und Märkte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28.

Vehufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde des Herzogthumes Steiermark für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte) auf

Grund der bei der letten Volkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzusesen und dem Gemeindevorstande mit der Beisung bekannt zu geben, aus den bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtig gestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzuseten, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen, und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungslise dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 31.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage, zur festgesetzten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungs-

orte ohne Nückficht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Zeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Bur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in seder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Site des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Liste der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Candtags-Abgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlförper der großen Grundbesiger aus vier von den Wahlberechtigten und aus drei vom Statthalter ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte und Märkte, aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertre.

tung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;

3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale, und haben als Aufforderung zu gelten, sich
ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und
zu der seitgesetzen Stunde zur Vornahme der Wahl einzufinden.

§. 37.

An dem Tage der Wahl zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Nitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsihende der Wahleommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit ersorderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzahlung zu erklären, und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Berson Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Erforderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

\$. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Wahlcommission, in soferne sie wahlberechtiget sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Neihensolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

\$. 41.

Zeder zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll. Entsallen auf Einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 43.

Jede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Rubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer, und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

8. 44.

Bahlftimmen, die unter Bedingungen ober mit Beifügung von Aufträgen anden zu Bählenden abgegeben werden, find ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ift von dem Borsitzenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat ber vollendeten Stimmzählung ift von dem Borsigenden der Bahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 47.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Bahl haben die Bahler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Versonen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim britten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die ersorderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protefoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landessürstlichen Commissar unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmanner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landessürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

\$. 51.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertisicat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

Sännntliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlußbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsendenden dreizehn Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise seitgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

1. Aus den nach §. 3, a) und b) der Landesordnung zu Birilstimmen berechtigten drei Mitgliedern und aus den zwölf

Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen drei Mitglieder;

- 2. aus den vier Abgeordneten der Landeshauptstadt Graß Ein Mitglied;
- 3. aus den sechs Abgeordneten der Handels- und Gewer- bekammern Ein Mitglied;
- 4. aus den sechs Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter b), c), d), e), f), g) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 5. aus ben fünf Abgeordneten ber eben daselbst unter h), i), k), l), m) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 6. aus den vier Abgeordneten der eben daselbst unter a), n), o), p) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 7. aus den neum Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;
- 8. aus den sechs Abgeordneten der eben dort unter 8, 9, 10, 11, 12, 13 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 9. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 14, 15, 16, 17, 18, 19 aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenberungen ber vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ordnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Bergogthum Barnthen.

Landes = Drdnung.

Erdes Nauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Herzogthum Kärnthen wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

S. 3.

Der Landtag besteht aus fiebenunddreifig Mitgliedern, nämlich:

Rarnthen.

19

- a) dem Gürftbischofe von Gurf, dann
- b) aus sechsunddreißig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus gehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes;
 - II. aus zwölf Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Orte und der Handelsund Gewerbefammer;
 - III. aus vierzehn Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Herzogthumes Kärnthen.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Landeshauptmann und dessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogihum Kärnthen.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und dessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre seitgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit ersorderliche Eig nung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben. Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Sinberufung in der Regel jährlich Sinmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Klagenfurt zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberusenen Landtag, er führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Veendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Bahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausichnis, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsitze des Landeshauptmannes aus vier aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisitzern. Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschnisses aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschnübeisiger wird durch die von der Wählerelasse des großen Grundbesiges (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerelasse der Städte und Orte und der Handels- und Gewerbefammer (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerelasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten und Einer von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede jolde Bahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine abiolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Bahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jeden Ansichusbeisiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersagmann gewählt.

Wenn ein Aussichußbeisiger, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Aussichußgesichäfte verhindert ist, tritt der Ersamann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Aussichnsbeisigers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ansschußbeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsbauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersatmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beiniger des Landesausschuffes find verpflichtet, ihren Augenthalt in Klagenfurt zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Höhe der Landtag bestimmt.

Zweites Bauptftück.

Wirkungsfreis der Landesvertretung. 1. Wirkungskreis des Tandtages.

S. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 N. G. B. mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung sestgesetze Jahl von füns Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Saufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung sestgestellt.

S. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Mecht zu, in Landesange- legenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction bes Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlassung von Sejegen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Mls Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landeseultur;
- 2. der öffentlichen Banten, welche aus Landesmitteln beftritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeits- anstalten;
- 4. des Voranschlages und der Mechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Vesteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeseredits, als
 - b) rücksichtlich der ordentsichen und außerordentsichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Echulangelegenheiten;
- 3. der Borspannsseistung, dann den Verpflegung und Einquartierung des Seeres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

1. ju berathen und Unträge zu ftellen

- a) über kundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
- brauf Erlassung attgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Bohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorichläge abzugeben über alle Gegenfiände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag forgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Sigenthum Kärnthens bildenden Landesvermögens, dann der ans ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichlüffe, welche eine Beräußerung, bleibende Belaftung oder eine Berpfändung des Stammbermögens unt fich bringen, bedürfen der faijerlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Eredits- und Schuldenwesen des Landes, und sorgt für die Erfüllung der diekfalls dem Lande obliegenden Berpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungssond des Herzogthumes Karnthen mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen bieser Fonde.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes ersorderlichen Mittel, in soferne die Einkünste des bestehenden Stammbermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derfelben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirfsamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Stenersachen, namentlich in Vetreff der Umlegung, Einhebung und Absuhr der landesfürstlichen directen Stenern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Shstemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Bersor-

gungsgenüffe und die Grundzüge der für ihre Dienftleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Landesausschuffes.

S. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Borschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Mecht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesansschuß hat überdieß auch alle übrigen Gesichäfte der bisherigen ständischen Verordnetenstelle zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesanssichus hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssützungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Acmter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Inlassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Ginflusnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern, den besonderen Gemeindes und Steuergesetzen vorbehalten.

Brittes Nauptstück.

Bon der Beichäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sihungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

S. 34.

Die Landtagssitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise fann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Borfitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag fich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Anträge einzelner Mitglieder.

Selbstiftändige, fich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Antrage einzelner Mitglieder

muffen früher dem Landeshauptmanne ichriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Unträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, find durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Landeschef des Herzogthumes Kärnthen oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Mecht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Anitlärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wänschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Amvesenheit von mehr als der Sälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Amwesenden erforderlich.

Sarnthen. 20

Bei Stimmengleichheit ist ber in Berathung gezogene Antrag als verworsen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Amwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsigenden kann solche auch durch Aufstehen und Sihenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40:

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sigungsprotokolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verfehr treten, auch darf derselbe feine Kundmachungen erlassen. Deputationen dürfen in die Verfammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigfeit eines Beschlusses ist die Umvesenheit von wenigstens drei Ausschusbeisigern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtiget und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Landeschess zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Aundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen vom Landesausschusse nicht augenommen werden.

Landtags=Wahlordnung.

1. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des grosen Grundbesitzes bildet das Herzogthum Kärnthen Ginen Wahlbezirk.

Die Bähler haben in Einem Wahlförper zehn Abgeordnete zu wählen.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Klagenfurt.

§. 2.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte, Märkte als solcher und Industrialorte bilden:

Die Landeshauptstadt Klagenfurt Ginen Wahlbezirk;

- a) die Stadt Villach Einen Wahlbezirk;
- b) St. Beit, Feldfirchen, zusammen Ginen Wahlbegirf;
- c) Friesach, Straßburg, Althosen, Hüttenberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- d) Bölkermarkt, Bleiburg, Kappel, zusammen Einen Wahlbezirk;
- e) Wolfsberg, St. Leonhard, St. Andrä, St. Paul, Unter-Drauburg, zusammen Einen Wahlbezirf;
- f) Spittal, Gmünd, Greisenburg, Ober Bellach, Ober Drauburg, zusammen Einen Bahlbezirk;

g) Hermagor, Tarvis, Malborghet, Bleiberg, Kreuth, gi-fammen Einen Bahlbezirk.

§. 3.

Die Landeshauptstadt Klagenfurt und die Stadt Villach, welche für sich allein jede Einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus zwei oder mehreren Städten und Orten gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Paragraphe bei der Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angesührte Ort ver Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 4.

Die Landeshauptstadt Klagenfurt hat zwei, die Stadt Billach Ginen, und die übrigen durch §. 2 festgesetzten Wahlbezirke je Ginen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

S. 5.

Die Handels und Gewerbekammer zu Klagensurt hat brei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner der Kammer den Wahlkörper zu bilden.

S. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

1. Klagenfurt (Umgebung), Ferlach, Felbkirchen, zusam men Einen Wahlbezirk;

- 2. Völkermarkt, Kappel, Bleiburg, Eberndorf, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 3. Bolfsberg, St. Leonhard, St. Paul, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 4. St. Veit, Friesach, Gurk, Eberstein, Althofen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 5. Villach, Rosseck, Paternion, zusammen Ginen Wahl-bezirk;
- 6. Spittal, Gmünd, Millstadt, Greifenburg, Ober Vellach, Winklern, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 7. Hermagor, Tarvis, Arnoldstein, Kötschach, zusammen Ginen Wahlbezirk.

\$. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sit des politischen Bezirksamtes des im §. 6 bei Testschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 8.

Jeder der im \S . G aufgeführten Wahlbezirke hat je zwei Abgeordnete zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Ginem Wahlbezirfe gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Orte) bilden Ginen Wahlförper.

H. Don dem Wahlrechte und der Wühlbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großiährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landtästlichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Einhundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenben landtäflichen Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hiezu ermächtigen.

Der Besit zweier ober mehrerer landtäflicher Güter, deren Zahresschuldigkeit an landessürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Ariegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtigt ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden sandtäflichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berufen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden landtöflichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

\$. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte sind durch directe Wahl aller jener nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräfentanz der, einen Wahlbezirk bildenden Städte und Orte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern zum ersten und zweiten Wahlförper gehören, und im dritten Bahlförper wenigstens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahres schuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeinde-wähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Resibeträge, welche sich bei der Theilung der Einwehnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünzig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünszig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Aleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

S. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde find durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Ar. 170 A. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 15.

Zeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerclasse bes großen Grundbesites ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben.

Derselbe muß in dieser Wählerclasse wahlberechtiget sein, und er darf nur Ginen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesiges wahlberechtiget ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 2 genannten Städte und Orte wahlberechtiget ift, in keiner Landgemeinde mählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städte und Orte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 16.

2118 Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- e) im Bollgenuffe der bürgerlichen Rechte fich befindet, und
- d) in einer Wählerelasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Orte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der porausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ift.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Sandels- und Gewerbekammer.

8. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichfeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzu-

langlichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strafbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- c) Personen, über deren Bermögen der Concurs eröffnet oder das Bergleichsverfahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Don der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Acgel durch Erlässe des Landeschefs, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsegung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für ben Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Orte und der Handels- und Gewerbefammer, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesißes gewählt, und daß die Wahlen

* KULTUM EGYESÜLET

für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Herzogthumes Kärnthen bekannt zu machen. Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerelasse des großen Grundbesites durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerelassen der Städte und Orte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen. Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Ansertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten und behufs der Lornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Wahlkörper des großen Grundbesites ist vom Landeschef anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlautbaren.

Neclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Neclamationen hat der Landeschef zu entscheiden, dem auch das Necht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald diese Wählerliste nach erselgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Acclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die sortlausende Aummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Herzogthume Kärnthen wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb Kärnthens wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzufordern.

S. 25.

Die Liste ber Wähler in jeder der im §. 2 angeführten Städte und Orte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu verfassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Ortschaft untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

21

Bei Verfassung dieser Wählerlisten haben die bei ber letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 26.

Zede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtags-Wahlerlissen der Städte und Orte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Orte, welche nicht der Wahlort sind, mussen dem Verstande des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlories eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

\$. 27.

Wenn zwei ober mehrere Städte und Orte zu Einem Wahlbezirke vereiniget sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Sie des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlertes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Orte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28.

Behufs ber Wahl ber Abgeordneten der Landgemeinden hat iede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel

gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte) auf Grund der bei der letzten Bolkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Verschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzusehen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Vestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verkassen und verzulegen.

§. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Lag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sostzuseßen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur festgesehren Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachsolgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließlich 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der

Wahlmanner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Verstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzufenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmanner aller zu einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmanner des Wahlbezirkes zusammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

1. für den Wahlförper der großen Grundbesitzer aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Landeschef ernannten Gliedern;

- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte und Orte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes, und aus vier vom Wahlcommissär ernamten Gliedern;
- 3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Bahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahltocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgeseten Stunde zur Vornahme der Wahl einzufinden.

§. 37.

In dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte, wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Jahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsigenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsigende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit ersorderlichen Gigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier

lleberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrücksichten berart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 39.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Erforderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Bahlcommission, in soferne sie mahlberechtiget sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerlifte eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben, und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 41.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Berson zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll. Entfallen auf einen Wahlkörper mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete von dem Wahlkörper zu wählen sind.

§. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Joentität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahleommission ohne Zulossung eines Necurses.

§. 43.

Zere Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragting besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beisugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beistigung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlhimmen entscheidet segleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Necurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Aufang, Fortgang ober die Beendigung der Wahl verhindern. fo kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zu ftimmung des Wahlcommissärs auf den nächstfolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung dar über hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

. §. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommission unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Nesultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsihenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 47.

Bur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehr heit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich berausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 49.

Bei ber engeren Wahl haben bie Wähler fich auf jene Berfonen zu beschränken, bie beim zweiten Scrutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landeskürstlichen Commissär zur Einsendung an den Landeschef übergeben.

§. 51.

Der Landeschef hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Aussichließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahleertificat aussertigen und zustellen zu lassen. Dieses Gertificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in folange die Bermuthung ber Giltigkeit seiner Wahl, bis bas Gegentheil erkannt ift.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landeserdnung).

V. Schlugbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Candtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Candesordnung überhaupt beschluffähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Liertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Prittheisen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Bertheilung ber vom Landtage in das Saus der Abgeordneten des Neichstrathes zu entsendenden fünf Mitglieder

auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wirt in nachfolgender Beise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Biristimme berechtigten Mitgliede und den zehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen Ein Mitglied;
- 2. aus den zwei Abgeordneten der Landeshauptstadt Klagenfurt, den drei Abgeordneten der Handels- und Gewerbefammer und den sieben Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter a) dis einschließig g) aufgeführten Wahlbezirke, zusammen zwei Mitglieder;
- 3. aus den vierzehn Abgeordneten der im §. 6 der Landtags Wahlordnung unter 1 bis einschließig 7 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Neichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgeseges über die Neichsvertretung zu behandeln.

= @ D_-

Landes-Ordnung

und

Landrags=Wahlordnung

für bas

Bergogthum Grain.

Landes = Ordnung.

Erftes Hauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Herzogthum Krain wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Birkungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus siebenunddreißig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Fürstbischofe von Laibach,
- h) aus sechsunddreißig gewählten Abgeordneten, und zwar:

1. aus zehn Abgeordneten bes großen Grundbesiges;

Arain. 22

- II. aus zehn Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Märkte und der Handelsund Gewerbekammer;
- III. aus sechzehn Abgeordneten ber übrigen Gemeinden bes Herzogthumes Arain.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogthum Krain.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Iod abgehen oder die zur Bählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Bahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder können wieder gewählt werden.

\$. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürsen feine Inftructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausuben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Megel jährlich Simmal, und zwar, in soserne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Laibach zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberusenen Landtag, er führt den Borsit in den Bersammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausichuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Bor-

üpe des Landeshauptmannes aus vier aus der Mitte ber Landtagsversammlung gewählten Beisigern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerelasse des großen Grundbesiges (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Giner durch die von der Wählerelasse der Städte und Märkte und der Handels- und Gewerbekammer (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, Giner durch die von der Wählerelasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten und Giner von der Landesversammlung aus der Mitte des Landtages gewählt.

Jede folde Bahl geschieht durch absolute Mehrheit ber Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheibet bas Los.

§. 13.

Für jeden Aussichusbeifiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersagmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisister, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist,

tritt der Erfahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschnisbeisigers gewählt worden ift.

Ift der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisitzer eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsbauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Abkause der Landtagesperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschusse zur Folge.

§. 15.

Die Beifiger des Landesansschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Laibach zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, beren Sohe ber Landtag bestimmt.

Zweites Nauptstück.

Wirfungstreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Landtages.

S. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetz gebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des

faiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Nr. 226 M.G. B. mitzuwirfen, und hat die durch §. 6 des Grundgesches über die Reichsvertretung festgesetzte Zahl von sechs Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesehes über die Reichsvertretung festgesehte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung sestgestellt.

§. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesange-legenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, fönnen in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeits. anftalten;

- 4. des Boranichlages und der Mechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich ber Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Vesteuerung für Landeszwecke und der Benügung des Landeseredits, als
 - b) rückfichtlich ber ordentlichen und außerordentlichen Laubesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner ben Gränzen ber allgemeinen Gesehe in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsleistung, dann der Verpslegung und Einquartierung des Hecres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

1. zu berathen und Antrage zu stellen

- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen, bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlaffung allgemeiner Gesetze und Ginrichtungen, welche die Bedürsniffe und die Bohlfahrt des Landes erheischen;

2. Borichläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag jorgt für die Erhaltung des landständischen (Domesticals) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Herzogthumes Krain bildenden Landesvermögens, dann der ans ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüffe, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Berpssichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Herzogthumes Krain mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soserne die Einkünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder durch besondere Statute geregelt.

§. 24.

Die mitwirfende und überwachende Einflusnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Vetreff der Umlegung, Einhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Spstemistrung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beistellenzugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Bersorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Bermalfungsgeschäfte bes Landesvermögens, der Landessonde und Anftalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats. und Präsentationsrechte, das Vorschlags. oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stippendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesbertretung auszustellenden Urfunden find von dem Landeshauptmanne und zwei Beisihern des Landesausschuffes zu fertigen und mit dem Landespiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte der bisherigen ständischen Verordnetenstelle oder des ständischen Ausschusses zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aushören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssützungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvortretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Acmter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Inlassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Weisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde und Steuergesehen vorbehalten.

Drittes Hauptstück.

Bon der Geschäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne augeordnet, eröffnet und geschlossen. Die Landtagessitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Anträge einzelner Mitglieder.

Zelbstständige, sich nicht auf eine Borlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Landesbauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Neihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Verathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

S. 37.

Der Landeschef des Herzogthumes Krain oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen, und sederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Negierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälste der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden ersorderlich. Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzuschen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Riertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Arain. 23

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Megel mundlich; nach dem Ermessen des Vorsigenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattsinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Julegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

8. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Untwesenheit von wenigstens drei Ausschusbeisitzern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlaufend ansieht, berechtiget und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren, und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Landeschefs zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtags = Wahlordnung.

1. Von den Wahlbegirken und Wahlorien.

\$. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des grofen Grundbesitzes bildet das ganze Herzogthum Krain Einen Wahlbezirk.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Laibach.

§. 2.

Die Wähler der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesites bilden Einen Wahlkörper, welcher zehn Abgeordnete zu wählen hat.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte und Märfte bilben:

Die Landeshauptstadt Laibach Ginen Wahlbezirt;

- a) die Stadt Idria Einen Wahlbezirk;
- b) Krainburg, Lack, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- c) Neumarktl, Nabmannsborf, Stein, zusammen Einen Wahlbezirk;
- d) Abelsberg, Oberlaibach, Laas, zusammen Ginen Wahl bezirk;
- e) Neuftadtl, Weixelburg, Tichernembl, Möttling, Landstraß, Gurkseld, zusammen Einen Wahlbezirk;
- f) Gottschee, Reifnig, zusammen Ginen Wahlbezirk.

Die Landeshauptstadt Laibach und die Stadt Jdria, welche für sich allein Einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus zwei oder mehreren Städten und Märkten gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Paragraphe bei der Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ort der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 5.

Von den im §. 3 angeführten sieben Wahlbezirken hat der Wahlbezirk von Laibach zwei Abgeordnete und jeder andere Wahlbezirk Einen Abgeordneten zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 6.

Die Handels, und Gewerbekammer zu Laibach hat zwei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Eitr diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner der Kammer ben Wahlförper zu bilden.

§. 7.

Für die Wahl ber Abgeordneten der Landgemeinden bilben die politischen Bezirke:

- 1. Laibach (Umgebung), Oberlaibach, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 2. Stein, Egg ob Podpetich, gufammen einen Wahlbegirt;
- 3. Krainburg, Neumarktl, Lack, zusammen Einen Wahlbezirk;

- 4. Nadmannsdorf, Kronau, zusammen Ginen Wahlbezirt;
- 5. Abelsberg, Planina, Senosetsch, Laas, Teistrit, zu- sammen Ginen Wahlbezirk;
 - 6. Wippach, Idria, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 7. Neuftabtl, Landstraß, Gurkfeld, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 8. Treffen, Sittich, Seisenberg, Nassenfuß, Littai, Weichselstein, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 9. Gottschee, Reifnit, Großlaschit, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 10. Tichernembl, Möttling, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 8.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 7 bei Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 9.

Von den im §. 7 angeführten Wahlbezirken hat der unter 8 drei, jeder der unter 1, 3, 3 und 9 angeführten Wahlbezirke zwei, und jeder der übrigen fünf Wahlbezirke je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Märkte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Don dem Wahlredite und der Wählbarkeit.

§. 10.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grundbesites sind durch directe Wahl der großiährigen, dem öfterreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landtäftichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realstenern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Ginhundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 11.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenben landtäflichen Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wahlen, welchen sie hiezu ermächtigen.

Der Besit zweier oder mehrerer landtäflicher Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesssürstlichen Realsteuern (mit Auswahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 12.

öür jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Güter in deren Besig eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen beru sen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gütern besinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht aussiben. Die Abgeordneten ber im §. 3 aufgeführten Stäbte und Märkte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesche vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der Einen Wahlbezirk bilbenden Städte und Märkte berechtigten Gemeindealieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern zum ersten und zweiten Wahlförper gehören, und im dritten Wahlförper wenigstens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern, die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

S. 14.

Die Wahl ber Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Nestbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünfhundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünfzig oder darüber betragen, als fünfhundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, underücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, beren Einwohnerzahl weniger als fünshundert beträgt, wählen Ginen Wahlmann.

Die Wahlmänner jeber Gemeinbe sind durch jene nach dem Gemeindegesehe vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern den ersten und zweiten Bahlkörper bilben;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigfeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 16.

Jeber Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in ber Negel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Dahlberechtigte ber Bahlerclaffe bes großen Grundbefiges ibr Stimmrecht burch einen Bevollmächtigten ausnben.

Derselbe muß in dieser Wählerclasse wahlberechtiget sein, und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesites wahlberechtiget ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 3 genannten Städte und Märkte wahlberechtiget ist, in keiner Landgemeinde wählen. Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städte und Märkte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht blos in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes.

§. 17.

Als Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- c) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Märkte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 10 bis 15 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

§. 18.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oderwegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage streigesprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer ber unter a) bezeichneten strafbaren Sandlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- e) Personen, über beren Vermögen ber Concurs eröffnet ober das Vergleichsverfahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Veendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 19.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in ter Negel durch Erlässe des Landeschefs, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Testssehung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Märkte und der Handels und Gewerbekammer, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesißes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenemmen werden.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch die Landeszeitung und durch Placate in allen Gemeinden des Herzogthumes Krain bekannt zu machen.

Die Aussichreibung einzelner Wahlen ift bezüglich ber Bahlerclasse bes großen Grundbesites burch die Landeszeitung, bezüglich der Bählerclassen der Städte und Märkte und ber Landgemeinden durch Placate in den ben Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 23.

Die Wählerliste für ben Wahlkörper bes großen Grundbesites ist vom Landeschef anzusertigen und burch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage ber Kundmachung zu berechnenden Neclamationsfrist zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Richtwahlberechtigten oder die Weglaffung von Wahlberech-

tigten betreffenden Neclamationen hat der Landeschef zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 25.

Sobald diese Wählerliste nach ersolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Bähler Legitimationskarten ausgesettigt, welche die fortlausende Nummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Herzogthume Krain wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

§. 26.

Die Liste der Wähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte und Märkte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 13 und 18 zu versassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Gemeinde untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung dieser Wählerliften haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Lasis zu dienen.

Rrain. 24

Zebe nach bem vorangehenden Paragraphe zur Lestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte und Märkte berufene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Märkte, welche nicht ter Wahlort sind, mussen dem Lorstande des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 28.

Wenn zwei ober mehrere Städte und Märkte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Vorstand des politischen Umtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlertes die Wählerlisten der einzelnen Orte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 29.

Behufs der Wahl der Abgeerdneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde des Herzegthums Krain für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte und Märkte) auf Grund der bei der letzten Belkszählung ermittelten einheimischen Berölkerung nach Verschrift des §. 14 die Anzahl der

von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzusegen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtig gestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichnist der nach den Vestimmungen der §§. 15 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 30.

Der Borstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Berzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner derechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Bornahme dieser Wahl sestzusehen, zu deren Leitung einen Abgeerdneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Beisung in Kenntnis zu sesen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 31.

Der Wahleommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Nichtigkeit, sowie die geschehene Verladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahleommissär die Wahleommission bildet.

§. 32.

Die Wahl ber Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur festgesehren Stunde und in dem bezeichneten Bersammlungsorte ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachsolgenden §§. 39, 40, 41, bann 43 bis einschließig 47 in analoge Anwendung zu bringen.

Zeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit ber Wahl ber Wahlmänner ift die absolute Mehrheit ber Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 48, 49 und 50 weiter verzugehen.

§. 33.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in seder Gemeinde zu constatiren. und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die so-gleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

8. 34.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Lorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

S. 35.

Der Vorstand des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 36.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper des großen Grundbesiges aus vier von den Wahlberechtigten und drei rem Landeschef ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 3 aufgeführten Städte und Märkte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung

des Wahlertes und aus vier rom Wahleomnissär ernannten Gliedern;

3. für jeben Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 37.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Lage und zu der sestgesetzen Stunde zur Vornahme der Wahl einzussinden.

§. 38.

An dem Tage der Wahl, zur sestgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Gonstituirung der Wahleommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlisten nebst den verbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 39.

Der Versitzende der Wahleommissien hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlerdnung über die zur Wählbarkeit erferderlichen Gigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vergang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrück-

nichten berart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Bissen und Gewissen für bas allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 40.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Berson Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

§. 41.

Die Abstimmung selbst beginnt bamit, baß bie Mitglieber Bahlcommission, in soferne sie mahlberechtiget find, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden burch ein Mitglied ber Wahlcommission die Wähler in der Neihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerufen.

Wahlberechtigte, die nach geschenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich bestalb bei ber Wahlcommission zu melden.

§. 42.

Jober zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Berson zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf Einen Wahltörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 43.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Zbentität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahleommission, ohne Zulassung eines Necurses.

S. 44.

Jede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Nubriken des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem Einen Berzeichnisse der rom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 45.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission, ohne Zulassung des Necurses.

§. 46.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Ansang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern,

jo kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstfolgenden Tag verschoben oder verlängert werden Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

S. 47.

Sebald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Versigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungs verzeichnis von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsihenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 48.

Bur Giltigkeit ber Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift die absolute Mehrheit ber Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit ber Stimmen entscheidet in allen Fällen bas Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu giehen ift.

S. 49.

Kommt bei bem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten feine solche Stimmenmehrbeit zu Stande, so wird ein zweites Serutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Alehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

\$. 50.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler fich auf jene Berfonen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach Den-

jenigen, welche bie absolute Mehrheit erlangten, bie relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Zede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 51.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem Landesfürstlichen Commissär unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschlicht versehen und dem landessürstlichen Commissär zur Einsendung an den Landeschef übergeben.

§. 52.

Der Landeschef hat nach Einsichtnahme ber an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahleertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtiget den gewählten Abgeordneten zum Gintritte in den Landtag und begründet in sollange die

Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ift.

§. 53.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlufbestimmung.

§. 54.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschluffähigen Landtages beschloffen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

Anhang zur Landesordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden sechs Mitglieder auf die einzelnen Gebiete. Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Beise festgestellt. Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Birilftimme berechtigten Mitgliede und den zehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen Ein Mitglied;
- 2. aus den zwei Abgeordneten der Landeshauptstadt Laibach, den zwei Abgeordneten der Handels, und Gewerbefammer und den sechs Abgeordneten der im §. 3 der Landtags. Wahlordnung unter a) bis einschließig f) aufgeführten Wahlbezirke, zusammen zwei Mitglieder;
- 3. aus den sechzehn Abgeordneten der im §. 7 der Landtags. Wahlordnung unter 1 bis einschließig 10 aufgeführten Wahlbezirke drei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesehes über die Reichsvertretung zu behandeln.

TT. 000 - 9-

Landes-Ordnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Anstenland, d. i. für die reichsunmittelbare Stadt Triest mit ihrem Gebiete, für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska und für die Markgrafschaft Istrien.

Landes = Ordnung.

Erftes Pauptstück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Die reichsunmittelbare Stadt Trieft mit ihrem Gebiete wird durch ihre in dem städtischen Statute festgesetzten Municipalorgane vertreten, und hat zwei Mitglieder in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder aus der Mitte des Stadtrathes hat auf die im §. 7 des Grundgesehes über die Reichsvertretung sestgesehte Weise zu geschehen.

§. 2.

Die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska und die Markgrafschaft Istrien werden in Landesangelegenheiten durch zwei abgesonderte Landtage vertreten.

Ruftenland.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 4.

Der Landtag besteht:

- A. In der gefürsteten Grafichaft Görz und Gradista aus zweinndzwanzig Mitgliedern, nämlich:
 - a) dem Fürsterzbischose von Görz; dann
 - b) aus einundzwanzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 I. aus sechs Abgeordneten des großen Grundbesikes;
 - II. aus fieben Abgeordneten der durch die Bahlordnung bezeichneten Städte, Märkte und Industrialorte, und der Sandele- und Sewerbefammer;
 - III. aus acht Abgeordneten der übrigen Gemeinden der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska.
- B. In der Markgrafschaft Istrien aus dreißig Mitgliedern, nämlich:
 - a) dem Bischofe von Triest und Capodistria;
 - b) dem Bischofe von Parenzo und Pola;
 - e) dem Bischofe von Beglia; dann
 - d) aus fiebenundzwanzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus fünf Abgeordneten des großen Grundbesites;
 - II. ans zehn Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte, Märkte und Industrialorte und der Sandels- und Gewerbekammer;
 - III. aus zwölf Abgeordneten der übrigen Gemeinden der Markgraffchaft Iftrien.

§. 5.

Der Kaiser ernennt zur Leitung jedes Landtages aus beffen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 6.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung.

§. 7.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder jedes Landtages (die Landtagsperiode) wird auf feche Jahre festgesett.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Iod abgehen, oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder können wieder gewählt werden.

§. 8.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ansüben.

§. 9.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich Einmal, und zwar, in soferne vom Kaiser

nicht etwas Anderes bestimmt wird, für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradisfa in Görz und für die Marfgrafschaft Iftrien in Parenzo zu versammeln.

§. 10.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 11.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberusenen Landtag, er führt den Borsitz in den Bersammlungen und leitet die Berhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 12.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und aussührendes Organ der Landesvertretung besteht unter dem Vorsitze des Landeshauptmannes aus je vier, aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisitzern.

Der Landeshauptmann ernennt für Berhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus der Mitte desselben

Ein Landesausschußbeisitzt wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesitzes (§. 4 A, I. und B, I.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte, Märkte und Industrialorte und der Handels und Gewerbekammern (§. 4 A, II. und B, II.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 4 A, III. und B, III.) gewählten Abgeordneten und Einer von der ganzen Landesversammlung aus der Mitte des Landtages gewählt.

Jede solche Bahl geschieht burch absolute Mehrheit ber Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 14.

Für jeden Ausschußbeisiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersahmann gewählt.

Wenn ein Aussichusbeisitzer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Aussichusgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschlusbeisitzers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 15.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschnisses und der Ersagmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschusse zur Folge.

§. 16.

Die Beisiter bes Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Görz, beziehungsweise in Parenzo zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Söhe der Landtag bestimmt.

Zweites Nauptstück.

Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Candtages.

§. 17.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 des N. G. B. mitzuwirsen, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzs über die Neichsvertretung sestgesetzt Bahl, nämlich für Görz und Gradiska zwei, und für Istrien ebenfalls zwei Mitglieder in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Meichsvertretung festgesetzte Beise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu mahlenden Mitglieder des Haufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 18.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesaugelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 19.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeits-anstalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung

für Landeszwecke und der Benützung des Landeseredits, als

- b) rücksichtlich ber ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner der Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Seeres; endlich

III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürsnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 20.

Der Landtag ift berufen:

- 1. zu berathen und Anträge zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen, bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen:
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 21.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Landes bilden-

den Bermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Beräußerung, bleibende Belastung oder eine Berpfändung des Stammbermögens mit sich bringen, bedürsen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 22.

Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und das Eredits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landessond und den Grundentlastungssond mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 23.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Birksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Sinkünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürsen der faiserlichen Genehmigung.

§. 24.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 25.

Die mitwirfende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Um-legung, Einhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 26.

Der Landtag beschließt über die Systemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landtagsaussschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Artihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruheund Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 27.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Aussührung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 28.

Die dem Lande zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Borschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplage oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschuffe geübt.

§. 29.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesbertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zusassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesehen vorbehalten.

Drittes Pauptflück.

Bon der Beichäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne augeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagsfitungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschuffes oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während besselben gebildeten Ausschuffes;
- c) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstsfändige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung ober eines Ausschuffes beziehende Antrage einzelner

Mitglieder müssen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftstreises des Landtages liegen, sind durch den Landeshauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter des Küstenlandes oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Necht, im Landtage zu erscheinen und sederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschlußfassung in dem Candtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mit-

Ruftenland.

glieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Amwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzuschen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Amwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Borsigenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattsinden.

Bahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sitzungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit keiner andern Landesvertretung in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirfte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigfeit eines Beschluffes ift bie Unwesenheit von wenigstens brei Mitgliedern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpschichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Berkehr treten und nur in den ihm übertragenen Berwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen burfen vom Landesansichuffe nicht angenommen werden.

Landtags = Wahlordnung für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradista und für die Markgrafschaft Istrien.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesites bildet die ganze gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska, sowie die ganze Markgrafschaft Istrien je Ginen Wahlbezirk.

Die Wahlorte find die Städte Gorg und Parengo.

§. 2.

Die Wähler der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes bilden je Einen Wahlkörper, welcher in der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska sechs, und in der Markgrafschaft Istrien fünf Abgeordnete zu wählen hat.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte, Märkte und Industrialorte bilden:

- A. In der gefürsteten Grafschaft Görz und Grabiska:
- a) Görz Einen Wahlbezirk;
- b) Cormons und Gradiska, zusammen Einen Wahlbezirk;
- e) Cervignano, Monfalcone und Grado, zusammen Einen Wahlbezirk;
- d) Tolmein, Flitsch, Karfreidt, Canale, Heidenschaft, zusammen Einen Wahlbezirk.

B. In ber Markgrafichaft Iftrien:

- a) Rovigno und b) Pirano je Ginen Wahlbezirk;
- e) Capo d'Istria und Isola, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- d) Parenzo, Umago, Cittanuova, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- e) Dignano, Pola, Albona und Fianona, zusammen Einen Wahlbezirk;
- f) Montona, Buje, Visinada und Pinguente, zusammen Einen Wahlbezirk;
- g) Pisino, Volosca, Castua, Lourana, Moschenizze, zusammen Einen Bahlbezirk;
- h) Luffin piccolo, Cherso, Beglia, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 4.

Jene Städte, welche für sich allein Ginen Wahlbezirk bilden, find zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus zwei oder mehreren Städten, Märkten und Industrialorten gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Baragraphe bei der Festsehung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ort der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 5.

Im Wahlbezirke der Stadt Görz sind zwei, in jedem der übrigen im §. 3 festgesetzten Wahlbezirke ist je Ein Abgeordneter zu wählen.

Alle Wahlberechtigten in jedem dieser Wahlbezirke bilden Ginen Wahlkörper.

§. 6.

Jede der Handels- und Gewerbekammern zu Görz und Rovigno hat zwei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersahmänner jeder Kanmer den Wahlkörper zu bilden.

8. 7.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke, u. z.:

A. In der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska:

- 1. Görz (Umgebung), Canale, Seibenschaft, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 2. Gradiska, Cormons, Monfalcone, Cervignano, zusammen Sinen Wahlbezirk;
- 3. Tolmein, Flitsch, Kirchheim, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 4. Seffana, Comen, zusammen Ginen Wahlbegirk.

B. In der Markgrafichaft Iftrien:

- 1. Rovigno, Parenzo, Dignano, Pola, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 2. Capo d'Iftria, Pirano, gufammen Ginen Bahlbezirk;
- 3. Montona, Buje, Pinguente, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 4. Pifino, Albona, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 3. Volosca, Caftelnuovo, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- 6. Luffin, Beglia, Cherso, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 8.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sig des politischen Bezirksamtes des im §. 7 bei Festsetzung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort. Jeder der im S. 7 aufgeführten Wahlbezirke hat je zwei Abgeordnete zu wählen.

Die Wahlmänner aller in einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte, Märkte und Industrialorte) bilben Ginen Wahlkörper.

II. Don dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 10.

Die Abgeordneten der Wählerclasse des großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer zu wählen, welche in der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska von ihrem landtäslichen Gutsbesitze, und in der Markgrafschaft Istrien von ihrem Grundbesitze eine Jahresschuldigkeit an landessürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) im Betrage von wenigstens Einhundert Gulden zu entrichten haben.

§. 11.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenben Gutes kann nur berjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besitz zweier oder mehrerer Güter, deren Jahresschuldigkeiten an landesfürftlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 12.

Für jene zur Wahl berechtigenden Güter, in beren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich befindet, ist das Wahl-

recht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 13.

Die Abgeordneten der im §. 3 aufgeführten Städte, Märkte und Industrialorte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegeset vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der einen Wahlbezirk bildenden Städte, Märkte und Industrialorte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören, und im dritten Wahlkörper mindestens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 14.

Die Bahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Bahlmänner zu geschehen.

Zede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche

sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünszig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten, wenn sie weniger als zweihundert fünszig betragen, unberücksichtigt zu entsallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 15.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 16.

Jeber Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte ber Wählerelasse bes großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtigt sein, und er darfnur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesitzes wahlberechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerelassen, und wer in einem Wahlbezirke der im § 3 genannten Städte, Märkte und Industrialorte wahlberechtigt ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städte, Märkte und Industrialorte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes.

S. 17.

Alls Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- c) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet; und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesites, oder in jener der Städte, Märkte und Industrialorte oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 10 bis 13 wahlberechtiget ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

§. 18.

Vom Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergebens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt oder wegen eines Verbrechens oder Vergebens oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung

- bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert; und
- e) Bersonen, über beren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 19.

Die Aufforderung zur Bornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ift, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben been det merden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte, Märkte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbekammern, und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 21.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden bekannt zu machen.

Die Aussichreibung einzelner Wahlen ist bezüglich ber Wählerclasse des großen Grundbesites durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte, Märkte und Industrialerte und der Landgemeinden durch Plakate in den den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlförpers ist von dem zu deren Anfertigung berufenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 23.

Die Wählerliste für ben Wahlförper des großen Grundbesißes ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Aundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Trift erfolgen, find als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Michtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betressenden Neclamationen hat der Statthalter zu ent-

scheiben, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 25.

Sobald die Wählerliste für den Wahlkörper des großen Grundbesites nach ersolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlaufende Nummer der Wählerliste, den Namen und Wohnert des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Küftenlande wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb des Küftenlandes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

§. 26.

Die Liste der Wähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte, Märkte und Industrialorte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 13 und 18 zu verfassen und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Gemeinde untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestängung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung dieser Wählerlisten haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

Ruftenland.

Jebe nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte, Märkte und Industrialorte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte, Märkte und Industrialerte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingehelt werden.

§. 28.

Wenn zwei oder mehrere Städte, Märkte und Industrial orte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk des stimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Orte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen, und indoppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 29.

Behufs der Wahl der Albgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde der beiden Landesgebiete für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte, Märkte und Industrialorte) auf Grund der bei der letzten Volksählung ermit

telten einheimischen Bewölferung nach Vorschrift des §. 14 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzusetzen und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeindevepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 15 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verfassen und vorzulegen.

§. 30.

Der Borstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusegen, zu deren Leitung Einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu segen, die wahlberechtigten Gemeinde glieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 31.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 32.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahl tage zur festgesetzten Stunde und in dem bezeichneten Berfammlungsorte ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 39, 40, 41, dann 43 bis einschließig 47 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind. Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 48, 49 und 50 weiter vorzugehen.

§. 33.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die toppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 34.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Drt, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsorn nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes

am Site des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde
der Wahlhandlung einzuholen.

§. 35.

Der Vorstand des politischen Amtes am Sige des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Landtagsabgeordneten.

§. 36.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper des großen Grundbesites aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Statthalter ernannten Gliebern:
- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 3 aufgeführten Städte, Märkte und Industrialorte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;

3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 37.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Lage und zu der festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

§. 38.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 39.

Der Vorsigende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmennach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen stigen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Berson Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Anfertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 41.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder Bahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch Ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 42.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jeue Berson zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlförper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 43.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Joentität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 44.

Jede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig Ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bilbet.

§. 45.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 46.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Ansang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

S. 47.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben baben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichnis von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat ber vollendeten Stimmzählung ist von bem Vorsigenden ber Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 48.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen bas Los, welches von dem Borsigenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 49.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 50.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Serutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Zede Stimme, welche beim britten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 51.

Wenn die erforderliche Anzahl Albgeordneter gehörig gewählt ift, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commissior unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landesfürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

§. 52.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn ge langten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Vermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, die das Gegentheil erkannt ist.

§. 53.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung). Bei der ersten nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden Wahl sind die sämmtlichen Wahlacten unmittelbar dem Landtage behufs dieser Entscheidung zu übergeben.

v. Schluftbestimmung. §. 54.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landeserdnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Küstenlande in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden sechs Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise festgestellt:

A. Der Stadtrath der reichsunmittelbaren Stadt Triest mit ihrem Gebiete hat aus seiner Mitte zu wählen zwei Mitglieder;

B. Der Landtag der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 4, A, a) der Landesordnung zur Birilstimme berechtigten Mitgliede, den sechs Abgeordneten des großen Grundbesitzes, den zwei Abgeordneten der Stadt Görz und aus den zwei Abgeordneten der Handels- und Gewerbefammer zu Görz, zusammen Gin Mitglied;
- 2. aus den drei Abgeordneten der im §. 3, A der Landtags-Wahlordnung unter b), e), d) aufgeführten Wahlbezirke und aus den acht Abgeordneten der im §. 7, A der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4 aufgeführten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;
 - C. Der Landtag ber Markgrafschaft Istrien hat zu wählen:
- 1. Aus den nach §. 4, B, a), b), c) zur Virisstimme berechtigten drei Mitgliedern, den fünf Abgeordneten des großen Grundbesitzes, den zwei Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer zu Novigno und aus den drei Abgeordneten der im §. 3, B der Landtags-Wahlordnung unter a), b), d) ausgeführten Vahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;
- 2. aus den fünf Abgeordneten der im §. 3, B der Landtags-Wahlordnung unter e), e), f), g), h) aufgeführten Wahlbezirke und aus den zwölf Abgeordneten der im §. 7, B der Landtags-Wahlordnung unter 1 bis einschließig 6 aufgeführten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied.

11.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Bertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ordnung

umd

Landtags= Wahlordnung

für bas

Königreich Dalmatien.

Landes = Ordnung.

Erftes Bauptftück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Königreich Dalmatien wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

S. 3.

Der Landtag besteht aus dreinndvierzig Mitgliedern, nämlich:

Dolmation

- a) dem Erzbischofe von Bara,
- b) dem griechisch nicht unirten Bischofe von Bara, bann
- e) aus einundvierzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus gehn Abgeordneten der Böchstbesteuerten;
 - II. aus eilf Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und der Handels- und Gewerbe-kammern;
- III. aus zwanzig Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Königreiches Dalmatien.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Präsidenten und dessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Königreich Dalmatien.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landtagspräsidenten und dessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgeseht.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fönnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen keine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einbernfung in der Regel jährlich Einmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Zara zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesehe und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Präsidenten an Eidesstatt zu gesoben.

§. 10.

Der Präsident eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsitz in den Bersammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß als verwaltendes und aussührendes Organ der Landesvertretung besteht unter dem Borsige des Landtagspräsidenten aus vier aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisigern.

Der Landtagspräfident ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus der Mitte desselben.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerclasse der Söchstbesteuerten (§. 3, 1.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und der Handels- und Gewerbefammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten und Einer von der ganzen Landesversammlung aus der Mitte des Landtages gewählt.

Iede jolde Bahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

Für jeden Ausschnisbeifiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersatmann gewählt.

Wenn ein Aussichusbeisiger, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschusgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschusbeisigers gewählt worden ist.

In der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschnsbeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Gesagmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablanse der Landtagsperiode, sowie im Valle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beisither des Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Bara zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Höhe der Landtag bestimmt.

Zweites Nauptstück.

Wirtungsfreis der Landesbertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Aussibung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 N. G. B. mitzuwirsen und hat die durch §. 6 des Grundgesetzs über die Reichsvertretung sestgesetzt Jahl von fünf Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsvathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Saufes der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung sestgestellt.

§. 17.

Gesetesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Necht zu, in Landes angelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Zu jedem Landesgeseige ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers ersorderlich. Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Raiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landeseultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigkeits- austalten;
- 4. des Boranichlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
- a) hinfichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landescredits, als
- b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- H. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesehe in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
 - 3. der Vorspannsseistung, dann der Verpflegung und Ginquartierung des Heeres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürsnisse des Landes betreffende Gegenstände,

welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Anträge zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Borichläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Mathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag forgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum des Landes bildenden Vermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammbermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

S. 21.

Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes, und sorgt für die Erfüllung der diesfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieses Fondes.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Ansbeingung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Sonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soserne die Sinkünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürsen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Vetreff der Umlegung, Einhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Spstemisseung des Personal- und Besoldungestandes der dem Landesausschuffe beizugebenden, oder für einzelne Berwaltungsobjecte zu

bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Bersorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstelesstung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesaussichuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten, und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Anstrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande zustehenden Patronats. und Präsentationsrechte, das Borschlags oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Necht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landes ausschusse geübt.

S. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden find von dem Landtagspräfidenten und zwei Bei-

jühern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

S. 29.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Näumlichkeiten zu besorgen.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 31.

Die näheren Weisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Vetreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde- und Steuergesessen vorbehalten.

Drittes Nauptstück.

Bon der Geichäftsbehandlung.

§. 32.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen

Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sitzungen werden von dem Präsidenten angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 33.

Die Landtagsfitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

S. 34.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Megierungsvorlagen durch den Landtagspräsidenten;
- h) ober als Vorlagen des Landesausschuffes oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschuffes;
- e) ober durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Borlage der Regierung oder eines Ausschusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landtagspräsidenten schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschussberathung unterzogen werden.

Unträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Präsidenten von der Berathung auszuschließen.

Der Landtagspräfident bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 36.

Der Landeschef des Königreiches Dalmatien oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Necht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Negierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landtagspräsident an die Vorftände der betreffenden Vehörden zu wenden.

§. 37.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Unwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Unwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Bier-

29

Dalmatien.

theilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 38.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden fann solche auch durch Aufstehen und Sitzenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden burch Stimmzettel vorgenommen.

§. 39.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sitzungsprotokolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 40.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirfte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

S. 41.

Der Landesausschuff hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Unwesenheit von wenigstens drei Ausschußbeisigern erforderlich.

Der Präsident ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausssührung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Landeschess zu unterziehen.

§. 42.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Berkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlässen.

Deputationen dürfen vom Landesausschuffe nicht angenommen werden.

Landtag&=Wahlordung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe der Höchstbesteuerten bildet jeder Kreis Einen Wahlbezirk.

Die Wahlberechtigten jedes Kreises bilden Einen Wahl-körper und haben

im Kreise Zara vier, im Kreise Spalato brei, im Kreise Ragusa zwei, im Kreise Cattaro Einen Abgeordneten zu wählen. Der Wahlort für jeden Kreis ist die Kreisstadt.

§. 2.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte bilden: Die Landeshauptstadt Zara Einen Wahlbezirk; die Städte: a) Sebenico, b) Spalato, c) Macarsca, d) Ragusa, e) Eurzola, je Einen Wahlbezirk;

f) Lefina, Civitavecchia, zusammen Ginen Wahlbezirk;

g) Cattaro, Perasto, Castelnuovo, zusammen Ginen Wahlbezirk.

§. 3.

Zene Städte, welche für sich allein Einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In den aus mehreren Städten gebildeten Wahlbezirken ist die im vorangehenden Paragraphe bei der Festsekung des Wahlbezirkes zuerst angeführte Stadt der Wahlort des Wahlbezirkes.

§. 4.

In jedem der durch §. 2 festgesetzten städtischen Wahlbezirke ift Ein Abgeordneter zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes städtischen Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 5.

Zede ber Handels und Gewerbekammern zu Zara, Spalato und Raguja hat je Einen Landtagsabgeordneten zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersatmänner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Zara, Arbe, Pago, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 2. Sebenico, Scardona, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 3. Bencovaz, Obbrovazzo, Kistagne, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 4. Dernis, Knin, Berlicca, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 3. Spalato, Traù, Almissa, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 6. Lefina, Liffa, Brazza, zusammen Ginen Bahlbezirk;

- 7. Sign Ginen Wahlbezirk;
- 8. Imoschi Einen Wahlbezirk;
- 9. Vergoraz, Macarsca, Metkovich, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 10. Ragusa, Ragusavecchia, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 11. Eurzola, Stagno, Drebich, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 12. Cattaro, Caftelnuovo, Rifano, Budua, zusammen Ginen Wahlbezirk.

S. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der im §. 6 bei Testsesung jedes Wahlbezirkes zuerst angesührte Ort der Wahlort.

§. 8.

Von den im §. 6 aufgeführten Wahlbezirken hat jener unter 4 drei, die unter 1, 2, 5, 6, 7 und 12 aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei und die übrigen fünf Wahlbezirke haben je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 9.

Die Abgeordneten der Wählerelasse der Höchstbesteuerten eines jeden Kreises sind durch directe Wahl jener großjährigen,

bem österreichischen Staatsverbande angehörigen Steuerpflichtigen zu wählen, deren Jahresschuldigkeit an sämmtlichen directen Steuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) in den Kreisen Jara, Spalato, Nagusa wenigstens Ginhundert Gulden und im Kreise Cattaro wenigstens fünfzig Gulden beträgt.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenden Steuerobjectes kann nur derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen:

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden Steuerobjecte, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden Steuerobjecten besinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 12.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte sind durch directe Wahl der ersten zwei Drittheile aller nach der Höche ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindeglieder zu wählen, welchen das Gemeindegesetz vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. das active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesehes und die Ministerial

verordnung vom 7. März 1830, Nr. 116 N. G. B. das active Wahlrecht nach ihrer persönlichen Eigenschaft zuerkennen, dann die Gemeindebeamten und die Schiffscapitäne und Schiffschreiber der weiten Schiffsahrt und der großen Cabotage.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünszig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünszig betragen, unberückstädtigt zu entsallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindeglieder zu wählen, welchen das Gemeindegeset vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. das active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesetzes und die Ministerialverordnung vom 7. März 1850, Nr. 116 N. G. B. das active
Wahlrecht nach ihrer persönlichen Gigenschaft zuerkennen, dann
die Gemeindebeamten und die Schifffcapitäne und Schiffschreiber
der weiten Schiffsahrt und der großen Cabetage.

Jeder Wähler fann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirfe und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte ber Wählerelasse ber Höchstbesieuerten ihr Stimmrecht burch einen Bevollmächtigten ausüben.

Derselbe muß in Dieser Wählerelasse wahlberechtigt sein und er darf nur einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerelasse der Höchsteftenerten wahlberechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerelassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 2 genannten Städte wahlberechtigt ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerelassen der Städte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 16.

Mis Landtagsabgeordneter ift Zeder mählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger,
- b) dreißig Jahre alt ift,
- e) im Vollgenusse ber burgerlichen Rechte sich befindet,
- d) in einer Mählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener der Höchsteuerten, oder in jener der Städte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 9 bis 14 wahlberechtiget ift.

Diese Erfordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern.

§. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen llebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen llebertretung blos aus Unzulänglichkeit der Veweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert; und
- e) Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in so lange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Veendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschicht in der Regel durch Erlässe des Landescheis, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese

Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Bahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und der Handels und Gewerbekammern und endlich die Abgeordneten der Höchstbesteuerten gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Landes bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerelasse der Höchstbesteuerten durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerelassen der Städte und Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 22.

Die Wählerliste für den Bahlkörper der Höchstbesteuerten ist in jedem Kreise von dem Kreishauptmanne anzusertigen und durch Ginschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlautbaren. Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 23.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Kreishauptmann zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste der Höchstbesteuerten von Aintswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald die Wählerliste des Wahlförpers der Höchstbesteuerten des Kreises nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlausende Nummer der betressenden Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Lag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

§. 25.

Die Liste ber Bähler in jeder der im §. 2 angeführten Städte ift von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 17 zu versassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt untersteht, unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

§. 26.

Jede nach dem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berufene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Ramen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Borstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Beisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 27.

Wenn zwei ober mehrere Städte zu Einem Bahlbezirke vereinigt sind, hat der Borstand des politischen Umtes am Sibe des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wäh-

Dalmatien.

lerlisten der einzelnen Städte in eine Hauptliste des Wahl bezirkes zusammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 28.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte) auf Grund der bei der lesten Volkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzusehen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 17 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verfassen und vorzulegen.

§. 29.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzuschen, zu deren Leitung Einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Versügungen rechtzeitig mit der Beisung in Kenntniß zu sehn, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüfen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Ver-

zeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 31.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage, zur festgesetzten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl ber Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner

vollständig ist, hat der Vorstand der politischen Bezirksbehörde den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Umtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

8. 34.

Der Vorstand des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Ginem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Don der Vornahme der Wahl der Candtags-Abgeordneten.

§. 35.

Die Leitung ber in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper der Höchstbesteuerten aus vier von den Wahlberechtigten und drei von dem Kreishauptmanne ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper der im §: 2 aufgeführten Städte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;
- 3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise den Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der sestgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

§. 37.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung

über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Vissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 39.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Erforderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Necurses entschieden.

§. 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Wahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommission die Wähler in der Neihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenen Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahleommission zu melden.

§. 41.

Jeder zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe feiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll. Entfallen auf einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahleommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 43.

Jede Abstimmung wird in die hiezu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

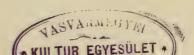
S. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit ober Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

S. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des hiezu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umftände ein,



welche den Anfang, Fortgang ober die Beendigung der Wahl verhindern, so kam die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstfolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen,

§. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ift von dem Vorsitzenden der Wahleommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahleommission und dem Wahleommissär zu unterzeichnen und mit der Secutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsigenden der Wahlcommission sogleich befannt zu geben.

§. 47.

Bur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift bie absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen bas Los, welches von dem Vorfigenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

\$. 48

Rommt bei dem Abstimmungsacte für einen ober den anderen zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausitellt, zu der engeren Wahl geschritten.

Bei ber engeren Wahl haben bie Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach benjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforberliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landesfürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und bei den Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landesfürstlichen Commissär zur Einsendung an den Landeschef übergeben.

§. 51.

Der Landeschefhat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Bahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der

Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 30 der Landesordnung).

Bei der ersten nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden Wahl sind die sämmtlichen Wahlacten unmittelbar dem Landtage behufs dieser Entscheidung zu übergeben.

V. Schlufbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 37 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlerdnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Lundes-Ordnung.

Ŧ.

Die Vertheilung ber vom Landtage in das haus ber Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden fünf Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachsolgender Weise seizestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus den nach §. 3, a) und h) der Landesordnung zu Virilstimmen berechtigten zwei Mitgliedern und aus den zehn Abgeordneten der Höchsteuerten, zusammen Ein Mitglied;
- 2. aus dem Abgeordneten der Landeshauptstadt Zara, den drei Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern und den sieben Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Wahlordnung unter a) bis einschließig g') aufgeführten Wahlbezirke, zusammen Ein Mitglied;
- 3. aus den acht Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 4. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 3, 6, 7, 8, 9 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 5. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 10, 11, 12 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Vestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.



Landes-Ordnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Königreich Böhmen.

Landes = Ordnung.

Erftes Pauptstück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Königreich Böhmen wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirkungsfreise ber Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus zweihundert einundvierzig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Fürsterzbischofe von Prag und den Bischöfen von Leitmeris, Königgraß und Budweis,
- b) dem Rector magnisieus der Prager Universität, dann Bobmen.

- c) auf zweihundert sechsunddreißig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus fiebenzig Abgeordneten des großen Grundbefites,
 - II. aus siebenundachtzig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und Industrialorte, und der Handels- und Gewerbefammern,
- III. aus neumundfiebenzig Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Königreiches Böhmen.

- \$. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus dessen Mitte den Oberstlandmarschall und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Königreich Böhmen.

S. 6.

Die Functionsdauer des Oberstlandmarschalls und dessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesett.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage können von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in ber Negel jährlich Sinmal, und zwar, in soserne vom Kaiser nicht etwas anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Prag zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Oberstlandmarschalls an Sidesstatt zu gesloben.

§. 10.

Der Oberstlandmarschall eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch während ber regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsitze



des Oberstlandmarschalls aus acht aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisigern. Der Oberstlandmarschall ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12.

Zwei Landesausschußbeisitzer werden durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesitzes (§. 3, 1.) gewählten Abgeordneten, zwei durch die von der Wählerclasse der Städte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbefammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, und zwei durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen zwei Landesausschußbeisitzer werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Jede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Rommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet bas Los.

§. 13.

Für jeden Ausschußbeisitzer wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersatzmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisiger, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersagmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisithers gewählt worden ift.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußebeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersatmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagsperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beifiger des Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Prag zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Hauptstück.

Birfungstreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des faiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Kr. 226 M. G. B. mitzuwirfen, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Neichsvertretung sestgesetzte Bahl von vierundfünfzig Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Beise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung seftgestellt.

§. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an den Landtag.

Auch dem Landtage steht das Mecht zu, in Landesange-legenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

S. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erklärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;

- 3. der aus Landesmitteln dotirten Wohlthätigfeitsan-
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinfichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeseredites, als
 - b) rüdfichtlich der ordentlichen und anßerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsleiftung, dann der Verpslegung und Einquartierung des Hecres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

S. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Antrage zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Mückwirfung auf das Wohl des Landes, und

- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum Böhmens bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landes-mitteln errichteten oder erhaltenen Konde und Anstalten.

Landtagsbeschlüffe, welche eine Veräußerung, bleibende Belastung oder eine Verpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen. Er verwaltet und verwendet den Landessond und den Grundentlastungssond des Königreiches Böhmen mit genauer Beachtung der gesestlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Bermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soserne die Sinkunste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtigt, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürsen der faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegeset oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Ginflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Ginhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Systemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Necht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Oberstlandmarschalle und zwei Beisigern des Landesausschusses zu sertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Ausschusses zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Borbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Acmter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

S. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der nen eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zustsfüng der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Sinslusnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern, den besonderen Gemeinde und Steuergesetzen vorbehalten.

Drittes Hauptstück.

Bon der Beichäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten in Sitzungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Oberstlandmarschalle angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagssitzungen sind öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sitzung gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

S. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen bor ben Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Oberft- landmarschall;
- b) oder als Vorlagen des Candesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Unträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, fid nicht auf eine Vorlage ber Regierung ober eines Ausschuffes beziehende Antrage einzelner Mitglieder muffen früher dem Oberstlandmarschalle schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschuftberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, find durch den Oberstlandmarschall von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Oberstlandmarschall bestimmt die Reihenfolge ber zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter des Königreiches Böhmen oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Auftlärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Oberstlandmarschall an die Vorstände der betreffenden Vehörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschluffassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Sälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden ersorderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Borsigenden fann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Julegung der Situngsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

Böhmen. 32

S. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen bürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden. Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hosslager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattsinden.

§. 42.

Der Landesaussichuß hat die ihm überwiesenen Geschäft: in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ift die Anwesenheit von wenigstens fünf Ausschußbeisigern erforderlich.

Der Oberstlandmarschall ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlausend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußsassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlässen.

Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtags = Wahlordnung.

I. Don den Wahlbezirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesites bildet das ganze Königreich Böhmen Einen Wahlbezirk.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Prag.

§. 2.

Die Wähler der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes theilen sich in zwei Wahlkörper, deren einen die wahlberechtigten Besitzer der mit dem Fideicommisbande behafteten land- oder lehntäslichen Güter, den anderen alle übrigen wahlberechtigten großen Grundbesitzer zu bilden haben.

Der Wahlkörper der Fideicommißbesitzer hat sechzehn, der Wahlkörper der übrigen großen Grundbesitzer vierundfünfzig Abgeordnete zu wählen.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten ber Städte und Indu-ftrialorte bilben:

die Landeshauptstadt Prag fünf Wahlbezirke;

die Städte: a) Reichenberg mit Christianstadt, h) Pilsen, c) Budweis, d) Eger, e) Kuttenberg, f) Böhmisch-Leipa, g) Rumburg, h) Pisek, i) Karolinenthal, k) Smichow, jede Einen Bahlbezirk;

- 1) Gule, Boffehrad, Schwarzkostelet, Beneschau, gufammen Ginen Bahlbezirk;
- m) Melnik, Brandeis an der Elbe, Raudnic, zusammen Einen Bahlbezirk;
- n) Přibram mit Birkenberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- o) Schlan, Laun, Rakonic, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- p) Hofowic, Beraun, Nadnic, Nofigan, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- q) Krumau, Kaplit, Grazen, Hohenfurth, zusammen Einen Wahlbezirk;
- r) Wittingau, Lischau, Moldautein, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- s) Neuhaus, Biftrig, gufammen Ginen Wahlbegirk;
- t) Jungbunglau, Nimburg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- u) Münchengräz, Turnau, Beißwasser, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- v) Friedland, Reuftadtl, Kragau, gufammen Ginen Bahlbezirk;
- w) Gablonz, Libenau, Morchenstern, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- x) Kolin, Poděbrad, Kauřim, zujammen Einen Wahlbezirk;
- y) Caslau, Chetebor, Goltschsenikau, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- z) Deutschbrod, Polna, Humpolee, zusammen Ginen Wahlbezirk;

- aa) Chrudim, Bermanmeftec, gujammen Ginen Bahlbegirt;
- bb) Partubic, Chlumee, Holic, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- cc) Hohenmauth, Stue, hlinste, zusammen Einen Wahlbezirk;
- dd) Leitomischl, Policka, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- ee) Landsfron, Wildenschwert, Bömisch-Trübau, zusammen Einen Wahlbezirk;
- ff) Afth, Roßbach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- gg) Graslig, Neubed, Schönbach, gusammen Ginen Bahlbezirk;
- hh) Wilbstein, Königsberg, Haslau, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - ii) Karlsbad, Joachimsthal, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- kk) Plan, Tachau, Mies, Sandau, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - II) Elbogen, Schlaggenwald, Schönfeld, Petichau, zu- fammen Ginen Bahlbezirk;
- mm) Ziein, Neubydżow, zusammen Ginen Wahlbezirf;
 - nn) Lomnic, Neupaka, Sobotka, zusammen Einen Bahlbezirk;
 - 00) Sohenelbe, Langenau, Arnau, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - pp) Rochits, Starkenbach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 94) Trautenau, Braunau, Polis, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - rr) Königgräß, Jaromer, Josephitatt, zusammen Einen Bahlbezirk;

- ss) Königinhof, Nachod, Horic, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - tt) Reichenau, Senftenberg, Ablerkostelee, Dobruschka, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- uu) Leitmerit, Lobosit, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- vv) Teplit, Auffig, zusammen Einen Wahlbezirk;
- ww) Tetschen, Bobenbach, Böhmisch-Kamnig, Kreibig, zufammen Einen Wahlbezirk;
 - xx) Zwickau, Niemes, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- yy) Haida, Steinschönau, Plottendorf, Parchen, zusammen Einen Wahlbezirk;
- zz) Schlukenau, Chrenberg, Sainspach, zusammen Einen Wahlbezirk;
- aaa) Warnsborf, Alt- und Neufranzensthal, Floriansborf, Karlsborf, zusammen Einen Wahlbezirk;
- bbb) Nixborf, Zeibler, Schönlinde, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- ecc) Altgeorgswalde, Königswalde, zusammen Einen Wahlbegirk;
- ddd) Klattau, Taus, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- eee) Strakonic, Schüttenhofen, Wodnian, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- fst') Winterberg, Prachatic, Wallern, zusammen Einen Wahlbezirk;
- ggg) Brür, Bilin, Oberleitensborf, zusammen Einen Wahlbezirk;
- hlh) Saaz, Kaaden, zusammen Einen Wahlbezirk;

- iii) Komotau, Beipert, Presnig, zusammen Einen Wahlbezirk;
- kkk) Tabor, Kamenic, Pilgram, zusammen Ginen Wahlbezirk.

Alls selbstständige Wahlbezirke der Stadt Prag werden die durch das Gemeindestatut dieser Stadt vom 27. April 1830 im §. 44 normirten fünf Wahlbezirke sestgesett.

S. 4.

Die Landeshauptstadt Prag und jene Städte, welche für sich allein Einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke;

In jedem aus zwei oder mehreren Städten und Induftrialorten gebildeten Wahlbezirke ist der im vorangehenden Paragraphe bei der Festsehung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Ort der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 5.

In jedem der fünf Wahlbezirke der Stadt Prag sind je zwei, in der Stadt Reichenberg mit Christianstadt sind drei, in jedem der übrigen achtundfünfzig durch §. 3 festgesetzten Wahlbezirke ist je Ein Abgeordneter zu wählen. Alle Wahlberechtigten jedes städtischen Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 6.

Die Handels- und Gewerbekammern zu Prag und Neichenberg haben je vier, jene zu Eger hat drei und die Kammern zu Pilsen und Budweis je zwei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersatmänner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

S. 7.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilben die politischen Bezirke:

- 1. Smichow, Königsaal, Beraun, Unhoscht, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 2. Karelinenthal, Brandeis, zusammen Einen Wahl- bezirk;
 - 3. Gule, Rican, gufammen Ginen Wahlbegirt;
- 4. Nakonic, Bürglit, Neustraschit, Laun, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 5. Schlan, Welwarn, Libochowie, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 6. Melnik, Naudnic, zufammen Einen Wahlbezirk;
 - 7. Pribram, Dobriz, zusammen Ginen Wahlbegirt;
 - 8. Horowic, Bbirow, gufammen Ginen Bahlbegirt;
- 9. Schwarzkostelec, Böhmischbrod, zusammen Einen Wahl-bezirk;
- 10. Budweis, Lischau, Schweiniß, Frauenberg, Molbautein, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 11. Kruman, Kalsching, Oberplan, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 12. Kaplit, Graten, Hohenfurth, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 13. Neuhaus, Lomnis, Wittingau, Neubistris, zusammen Cinen Wahlbezirk;

- 14. Jungbunzlau, Münchengräß, Beiswaffer, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 15. Nimburg, Benatek, jufammen Ginen Wahlbegirk;
- 16. Reichenberg, Gablonz, Tannwald, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 17. Friedland für sich Ginen Bahlbezirk;
 - 18. Gabel, Kragau, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 19. Turnau, Böhmisch-Nicha, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 20. Dauba, Wegftabil, gufammen Ginen Bahlbegirt;
 - 21. Kuttenberg, Caslau, zusammen Ginen Wahlbegirf;
 - 22. Ledeč, Unter-Kralowic, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 23. Deutschbrod, Humpolec, Bolna, Přibyslau, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 24. Chotebor, Sabern, zusammen Einen Wahlbezirt;
- 25. Kolin, Kaukim, Kohljanowic, zufammen Einen Wahlbezirk;
 - 26. Podebrad, Königstadtl, zufammen Ginen Wahlbegirt;
 - 27. Chrudim, Naffaberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 28. Hohenmauth, Stue, Hlinsko, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 29. Leitomischt, Policka, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 30. Landskron, Wilbenschwert, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 31. Pardubic, Holie Přelauč, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 32. Eger, Wildstein, Ufch, zusammen Ginen Bahlbezirf;
 - 33. Falkenau, Königswart, zusammen Ginen Bahlbezirk;

- 34. Plan, Tepl, Weferit, zufammen Ginen Wahlbegirt;
- 35. Tadyau, Pfraumberg, zusammen Ginen Wahlbegirt;
- 36. Karlsbad, Elbogen, Petschau, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 37. Ludig, Buchau, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 38. Graslit, Reudek, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 39. Zoachimsthal, Platten, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 40. Ziein, Lomnic, Sobotka, Liban, zusammen Einen Bahlbezirk;
- 41. Trautenau, Arnau, Marschendorf, Schahlar, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 42. Soric, Reupaka, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 43. Hohenelbe, Rochlit, Starkenbach, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 44. Neubydžow, Chlumec, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 45. Semil, Gifenbrod, zusammen Ginen Wahlbegirt;
 - 46. Königgräß, Nechanic, zusammen Ginen Wahlbegirk;
 - 47. Königinhof, Jaromer, zusammen Ginen Wahlbezirt;
 - 48. Braunau, Polit, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 49. Reichenau, Ablerkostelee, zusammen Einen Wahl-
 - 50. Senftenberg, Grulich, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 31. Neustadt an der Mettau, Nachod, Dobruschka, zu- sammen Einen Wahlbezirk;
- 32. Leitmerit, Lebosit, Auscha, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 33. Böhmisch-Leipa, Niemes, Haiba, Zwickau, zusammen Einen Wahlbezirk;

- 54. Tetschen, Bensen, Böhmisch-Kamnig, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 55. Aussig, Karbig, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 56. Schluckenau, Sainspach, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 57. Rumburg, Warnsdorf, zusammen Ginen Wahlbegirk;
 - 58. Teplit, Dur, Bilin, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 59. Pilsen, Tuschkau, Mics, Staab, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 60. Nokigan, Blowie, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 61. Kralowic, Manetin, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 62. Klattau, Planic, Neuern, zusammen Ginen Bahl-
 - 63. Preftic, Nepomut, zusammen Ginen Wahlbegirt;
- 64. Bischofteinig, Hostau, Nonsperg, zusammen Einen Bahlbezirk;
 - 65. Taus, Neugebein, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 66. Bifek, Bodnian, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 67. Strakonic, Horaždowic, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 68. Březnic, Blattna, Mirowic, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 69. Prachatic, Retolic, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 70. Schüttenhofen, Bergreichenstein, zusammen Ginen Bahlbezirk;
 - 71. Winterberg, Wolin, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 72. Saaz, Postelberg, Komotau, Sebastianberg, Poderfam, Zechniß, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 73. Kaaden, Prefinit, Duppau, zusammen Ginen Wahl- bezirk;

- 74. Brür, Katharinaberg, Görkau, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 75. Tabor, Jungwozie, Sobestau, Wessely, zusammen Einen Wahlbeziek;
- 76. Mühlhausen, Sedlec, Bechin, zusammen Einen Wahl-bezirk;
- 77. Pilgram, Pahau, Kamenic, Bočatek, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 78. Beneschau, Neweklau, Wlaschim, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 79. Botic, Selean, zusammen Ginen Bahlbezirk.

§. 8.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sig des politischen Bezirksamtes des im §. 7 bei Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 9.

Jeder der im §. 7 angeführten Wahlbezirke hat Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte und Industrialorte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 10.

Die Abgeordneten der Wählerelaffe des großen Grundbefiges find burch directe Wahl der großjährigen, dem öfterreichischen Staatsverbande angehörigen Besiher jener land- oder lehntäflichen Güter, beren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realseuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens zweihundert fünfzig Gulden beträgt, zu wählen.

§. 11.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenden land- oder lehntäflichen Gutes kann nur derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besit zweier ober mehrerer land, ober lehntäflicher Güter, beren Zahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens zweihundert fünfzig Gulden beträgt, berechtigt ebenfalls zur Wahl.

§. 12.

Für jene zur Wahl berechtigenden land- oder lehntäftichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den besiehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden land- oder lehntässichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 13.

Die Abgeordneten der im §. 3 aufgeführten Städte und Industrialorte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindestatute oder dem Gemeindegesche vom

Böhmen. 33

- 17. März 1849, Rr. 170 R. G. B. zur Wahl ber Gemeinderepräsentanz der einen Wahlbezirk bildenden Städte und Inbustrialorte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche
 - a) in der Candeshauptstadt Prag dem ersten und zweiten Wahlkörper angehören,
 - b) in den anderen Städten und Industrialorten mit brei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören und im britten Wahlkörper mindestens zehn Gulben an directen Steuern entrichten,
 - e) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer personlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 14.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünszig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünszig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

S. 15.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Ar. 170 A. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Bahlförpern den ersten und zweiten Bahlförper bilben;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 16.

Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke, und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte ber Wählerelasse bes großen Grundbesites ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtigt sein und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerelasse des großen Grundbesites wahlberechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerelassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 3 genannten Städte und Industrialorte wahlberechtigt ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter ber Wählerelassen ber Städte und Industrialorte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer

Gemeinden, so sibt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 17.

Alls Landtagsabgeordneter ift jeder wählbar, welcher:

- a) österreichischer Staatsbürger,
- b) dreißig Jahre alt ift,
- c) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Lanbes, nämlich entweder in jener bes großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte und Industrialorte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 10 bis 13 wahlberechtigt ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für bie Abgeordneten ber Handels und Gewerbekammern.

§. 18.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens ober Vergehens, ober einer aus Gewinnsucht ober gegen die öffentliche Sittlichfeit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, ober wegen eines Verbrechens ober Vergehens, ober wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Veweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- h) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneien strasbaren Sandlungen in Untersuchung gezogen worden find, in solange diese Untersuchung dauert, und

e) Personen, über deren Vermögen der Concus eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Verndigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldsos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

\$. 19.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorden vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festschung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und Industrialorte und der Handels- und Gewerbekammern und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenemmen werden.

§. 21.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch bie Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des König-reiches Böhmen bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ift bezüglich ber Wählerelasse bes großen Grundbesites durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerelassen der Städte und Industrialorte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bilbenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Wahlberechtigten, welche nach ben Bestimmungen dieser Wahlordnung einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Ansertigung berufenen Organe in Evidenz zu erhalten und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszufertigen.

§. 23.

Die Wählerliste für jeden der beiden Wahlkörper des großen Grundbesitzes ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anderaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Neclamationsfrist zu verlautbaren. Neclamationen, die nach Ablauf der Frist ersolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Neelamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Necht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerlisten des großen Grundbesitzes von Amswegen vorzunehmen.

Sobald die Wählerlisten der beiden Wahlkörper des großen Grundbesites nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtigestellt sind, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlaufende Rummer der betreffenden Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlbandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Königreiche Böhmen wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden; die außerhalb Böhmen wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ibrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

§. 26.

Die Liste ber Wähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte und Industrialorte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 13 und 18 zu verfassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt oder der Industrialort untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung tieser Wählerlisten haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 27.

Jebe nach bem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung ber Nichtigkeit ber Landtagswählerlisten der Städte und Industrialorte berusene politische Behörde hat den eingetra-

genen Wählern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche ben Namen und Wohnort des Wahlberechtigten,
den Ort, den Lag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte und Industriasorte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 28.

Wenn zwei oder mehrere Städte oder Industrialorte zu Ginem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Vorstand des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte und Industrialorte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 29.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte und Industrialorte) auf Grund der bei der letten Volkszählung ermittelten einheimischen Bewölkerung nach Vorschrift des §. 14 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzuschen, aus dem Gemeinde vorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der

legten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggesiellten Listen der Gemeindewähler das Berzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 13 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verfassen und vorzulegen.

§. 30.

Der Vorstand der politischen Bezieksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzuseten, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu setzen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 31.

Der Wahleommissär hat das Verzeichnis der simmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen und das Verzeichnis der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

\$. 32.

Die Wahl ber Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur sestgeschen Stunde und in dem bezeichneten Bersammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen und sind dabei die Bestimmungen der nachsolgenden §8. 39, 40, 41, dann 43 bis einschließig 47 in analoge Unwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 48, 49 und 50 weiter vorzugehen.

§. 33.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Grunde anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 34.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlaufende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amts. ort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirks. amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der

Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde ber Wahlhandlung einzuholen.

§. 35.

Der Vorstand des politischen Amtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Landtags-Abgeordneten.

§. 36.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den Wahlkörper der Fideicommißbesitzer aus drei von den Wahlberechtigten und zwei von dem Statthalter ernannten Gliedern;
- 2. für den Wahlkörper der übrigen großen Grundbesther aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Statthalter ernannten Gliedern;
- 3. für jeden Wahlförper der im §. 3 aufgeführten Städte und Industrialorte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;

MONY VTAF.

4. für jeden Wahlförper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlförpers.

§. 37.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der fostgesehten Stunde zur Vornahme der Wahl einzustinden.

§. 38.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahleommission begonnen, welche den Vorsihenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 39.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Gigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzufordern, ihre Stimmen nach freier lleberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlerechtes weggesallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

§. 41.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Wahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommifsion die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerlifte eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerufen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 42.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationsfarte mit genauer Bezeichnung jene Verson zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlkörver zwei ober mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

33 a

.§. 43.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Recurses.

§. 44.

Jede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 45.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 46.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Vekanntmachung

barüber hat für die Wähler auf ortsübliche Beise zu ge-schehen.

S. 47.

Sobald'alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweifache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsitenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

. §. 48.

Bur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift bie absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 49.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 50.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Bersonen zu beschränken, die beim zweiten Serutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Zede Stimme, welche beim britten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 51.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landessürstlichen Commission unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten, — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landessürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

§. 52.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Gintritte in den Landtag und begründet in solange die Bermuthung der Gittigkeit seiner Wahl, dis das Gegentheil erkannt ist.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlufbestimmung.

§. 54.

Während der Dauer der ersten Lanttagsperiode können Unträge auf Aenderung der Bestimmungen tieser Wahlortnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschlußsähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

Ι..

Die Vertheilung ber vom Landtage in das haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entjendenden vierundlünfzig Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städt: und Körperschaften wird in nachfolgender Weise seiftegestellt. Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus den nach §. 3, a) und b) der Landesordnung zu Virilstimmen berechtigten fünf Mitgliedern und aus den siebenzig Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen fünfzehn Mitglieder;
- 2. aus den zehn Abgeordneten der Landeshauptstadt Prag Ein Mitglied;
- 3. aus ben fünfzehn Abgeordneten der handels- und Gewerbekammern vier Mitglieder;
- 4. aus den sieben Abgeordneten der im §. 3 der Landtags-Bahlordnung unter i), k), l), m), n), o), p) aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;
- 5. aus den vier Abgeordneten der ebendaselbst unter c), q), r), s) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 6. aus den acht Abgeordneten der ebendaselbst unter a), v), w), oo), pp), qq), aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder;
- 7. aus den vier Abgeordneten der eben baselbst unter t), u), mm), nn) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 8. aus den fünf Abgeordneten der eben daselbst unter e), x), y), z), kkk) aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;
- 9. aus ben fünf Abgeordneten ber eben baselbst unter aa), bb), cc), dd), ee) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 10. aus den sieben Abgeordneten der eben daselbst unter d), fi), gg), hh), ii), kk), ll) aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder;

11. aus den brei Abgeordneten ber eben bafelbst unter rr), so), ti) aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

12. aus den eilf Abgeordneten der eben baselbst unter f), g), uu), vv), ww), xx), yv), zz), aaa), bbb), eec) aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

13. aus den fünf Abgeordneten der eben daselbst unter b), b), ddd), eee), fff) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

14. aus den drei Abgeordneten ber eben dafelbst unter ggg, hah), iii) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;

15. aus ben neun Abgeordneten der im §. 7 der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

16. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 10, 11, 12, 13 aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;

17. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 14, 15, 40, 41, 42, 43, 44, 45 aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder;

18. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 16, 17, 18, 19 aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;

19. aus den eist Abgeordneten der eben dort unter 21, 22, 23, 24, 25, 26, 75, 76, 77, 78, 79 aufgeführten Bahlbezirke drei Mitglieder;

20. aus den fünf Abgeordneten der eben dort unter 27, 28, 29, 30, 31 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

21. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39 aufgeführten Wohlbezirke zwei Mitglieber;

22. aus ben sechs Abgeordneten ber eben bort unter 46 47, 48, 49, 50, 51 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

23. aus den acht Abgeordneten der eben dort unter 20, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

24. aus den dreizehn Abgeordneten der eben dort unter 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71 aufgeführten Wahlbezirfe drei Mitglieder;

25. aus den drei Abgeordneten der eben dort unter 72 73, 74 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ardnung

und

Landings= Wahlordnung

für bie

Markgrafichaft Mahren.

Landes = Ordnung. Erftes Bauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Die Markgrafschaft Mähren wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungstreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder burch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus hundert Mitgliedern, nämlich:

- u) dem Fürsterzbischofe von Olmüt, und dem Bischofe von Brunn, dann
- h) aus achtundneunzig gewählten Abgeordneten, und zwar:
 - I. aus dreißig Abgeordneten des großen Grundbesitzes,
 - II. aus siebenundreißig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und der Handelsund Gewerbefammern,

34

III. aus einunddreißig Abgeordneten der übrigen Gemeinden der Marfgrafichaft Mähren, mit Ginschluß der im Herzogthume Schlessen gelegenen mährischen Enclaven.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landeshauptmann und dessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für die Markgrafschaft Mähren.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre fest-gesett.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage können von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen, oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen keine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur persönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Negel jährlich Einmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Brünn zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Sände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einbernsenen Landtag, er führt den Vorsitz in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausschlerendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Vorsitze des Landeshauptmannes aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisitzern. Der Landeshauptmann

ernennt für Berhinderungsfälle einen Stellvertreter jur Leitung bes Lanbesausschuffes aus beffen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesiges (§. 3, I.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und der Handels- und Gewerbekammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, und Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Landesausschußbeisiger werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Iede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jeden Ausschußbeisiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersapmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisiger, während der Landtag nicht versammelt ift, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ift, tritt der Ersamann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisigers gewählt worden ist.

Ift der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersatmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablaufe der Landtages, noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beisiger des Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Brunn zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Söhe der Landtag bestimmt.

Zweites Yauptstück.

Wirfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berufen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 N. G. B., mitzuwirfen und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung sestgesetze Jahl von zweiundzwanzig Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesehes über die Reichsvertretung festgesehte Weise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesaugelegenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Zu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sauction des Kaisers ersorderlich.

Anträge auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Alls Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. der aus Landesmitteln botirten Wohlthätigkeitsan- stalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benügung des Landeseredits, als

- b) rückfichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Landesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Borspannsleistung, dann der Berpflegung und Einquartierung des Herres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürsnisse Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Berfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ift berufen:

- 1. Bu berathen und Anträge zu stellen
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Müchwirkung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, wornber er von der Regierung zu Mathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum Mährens bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichlüffe, welche eine Beräußerung, bleibende Belaftung oder eine Berpfändung des Stammbermögens mit fich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Eredits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Berpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlaftungsfond der Martgrafichaft Mähren mit genauer Beachtung der gesehlichen Zwecke und Widmungen diefer Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit, für Landeszwecke, für das Bermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einfünste des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derfelben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

S. 24.

Die mitwirkende und überwachende Ginflugnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Um-

legung, Einhebung und Abfuhr ber landesfürstlichen birecten Steuern, wird burch besondere Borschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Spstemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beanten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Unstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Aussührung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse, dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Austrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftpläge oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landesssiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Ausschuffes zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Einrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der nen eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zufommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern, den besonderen Gemeindes und Steuergeschen vorbehalten.

Drittes Nauptstück.

Bon der Geschäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sihungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagefigungen find öffentlich.

Ausnahmsweise fann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen, und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen bor den Landtag:

- a) entweder als Megierungsvorlagen durch ben Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder muffen früher dem Landeshauptmanne schriftlich augezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter der Markgrafschaft Mähren oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Necht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Negierungsbehörden wegen Ertheilung von Auskünften und Aufklärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Inr Beschluffassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsigenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sitzungsprotofolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen bestimmt der Landtag.

\$. 41.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verfehr treten, auch darf derselbe feine Kundmachungen erlassen. Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Bittschriften dürfen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoffager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

35

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens vier Ausschußbeisigern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffenlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlaufend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausssührung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesansschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen vom Landesausschuffe nicht angenommen werden.

Landtag&-Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesites bildet die ganze Markgrafschaft Mähren (einschließig der in Schlesien gelegenen Enclaven) Ginen Bahlbezirk.

Der Wahlort ist die Landeshauptstadt Brünn.

§. 2.

Die Wähler ber Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes theilen sich in zwei Wahlkörper, deren einen die wahlberechtigten Besitzer der mit dem Fideicommissande behafteten land- oder lehntäflichen Güter, den anderen alle übrigen wahlberechtigten großen Grundbesitzer zu bilden haben.

Der Wahlkörper ber Fideicommißbesißer hat fünf, ber Wahlkörper der übrigen großen Grundbesißer fünfundzwanzig Abgeordnete zu wählen.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte bilden: die Landeshauptstadt Brünn vier Wahlbezirke, die Städte:

- a) Olmüß, b) Iglau, c) Kremsier, d) Nikolsburg, e) Proßiniß, f) Sternberg, und g) Znaim, jede Ginen Wahlbezirk;
- h) Trübau, Zwittau, Brufau, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- i) Auspit, Göding, Austerlit, Kanit, zus. Einen Bahlbezirk;
- k) Boskowiß, Gewitsch, Koniß, Tischnowiß, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 1) Gana, Wischau, Strafnit, zusammen Ginen Wahlbezirk;

- m) Ung. Hradisch, Ung. Ostra, Bisenz, Wesselh, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - n) Holleschau, Hullein, Wsetin, Wallachisch-Meseritsch, zufammen Ginen Wahlbezirk;
- o) Ung. Brod, Bisowiß, Klobauk, Zlin, zus. Einen Bahlbez.;
- p) Trebitsch und Groß Meseritsch, guf. Ginen Bahlbegirk;
- q) Datschit, Teltsch, Zlabings, Jamnit, zus. Einen Wahlbez.;
- r) Neuftadtl, Saar, Buftrig, Großbittesch, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- s) Neutitschein und Stramberg, zuf. Einen Bahlbezirk;
- t) Freiberg, Fulnek, Frankstadt, zus. Einen Wahlbezirk;
- u) Mähr. Oftrau, Mistek, Braunsberg, zusammen Einen Wahlbezirk;
- v) Weißkirchen, Leipnik, Reltsch, guf. Ginen Wahlbegirk;
- w) Neuftadt und Römerstadt, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- x) Prerau, Kojetein, Tobitschau, zus. Ginen Bahlbezirk;
- y) Schönberg, Altstadt, Hohenstadt, zuf. Einen Wahlbezirf;
- z) Hof, Liebau, Barn, Bautsch, zuf. Ginen Bahlbezirf;
- aa) Müglit, Loschitz, Littau, Aussee, zus. Ginen Bahlbezirf;
- bb) Kromau, Eibenschüß, Mährisch-Budwiß, Jarmeriß, zu- fammen Einen Wahlbezirk.

Als selbstständige Wahlbezirke der Stadt Brünn werden die durch das Gemeindestatut dieser Landeshauptstadt vom 6. Juli 1830 im §. 2 abgegränzten vier Gemeindebezirke sestgesetzt.

§. 4.

Die Landeshauptstadt Brünn und jene Städte, welche für sich allein Ginen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahl orte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus zwei oder mehreren Städten gebildeten Wahlbezirke ist die im vorangehenden Paragraphe bei der Festsetzung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Stadt der Wahlort dieses Wahlbezirkes.

§. 5.

In jedem der durch §. 3 festgesetzten einunddreißig städtischen Wahlbezirke ist Ein Abgeordneter zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes städtischen Wahlbezirkes bilden Ginen Wahlkörper.

S. 6.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Brünn hat drei, und die Handels- und Gewerbekammer zu Olmüg ebenfalls drei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner jeder Kammer den Wahlförper zu bilden.

§. 7.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Brünn (Umgebung), Tischnowit, Eibenschitz, zusam men Einen Wahlbezirk;
 - 2. Trüban, Zwittan, Gewitsch, zusammen Ginen Wahlbezirf;
 - 3. Boskowig, Blansko, Kunstadt, zus. Ginen Wahlbezirk;
 - 4. Wischau, Butschowig, Austerlig, zus. Ginen Wahlbezirf;
- 5. Auspitz, Lundenburg, Selowitz, Alobouk, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 6. Bana, Göding, Steinig, zusammen Ginen Bahlbezirf;
- 7. Ung. Hradisch, Ung. Oftra, Strafniß, zusammen Ginen Bahlbezirk;

- 8. Kremfier, Kojetein, Prerau, Zbaunek, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 9. Holleschau, Bistrig, Napagedl, zuf. Einen Wahlbezirk;
 - 10. Ung. Brod, Klobauk, Wifowig, zuf. Ginen Wahlbezirk;
 - 11. Iglau, Groß-Meferitsch, Trebitsch, zus. Ginen Bahlbez.;
 - 12. Datschiß, Teltsch, Jamnig, gufam. Ginen Bahlbegirt;
 - 13. Neuftadtl, Buftrig, Saar, gufam, Ginen Bahlbegirk;
 - 14. Reutitschein, Fulnek, Freiberg, guf. Ginen Bahlbegirk;
 - 15. Beißkirchen, Liebau, Leipnik, guf. Ginen Bahlbegirk;
- 16. Mistek, Mähr. Oftrau, Frankstadt, zusammen Ginen Bahlbezirk:
- 17. Ballachisch-Meseritsch, Rožnau, Wsetin, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 18. Olmüg (Umgebung), Profinit, Plumenau, zusammen Ginen Wahlbezirk:
 - 19. Sternberg, Römerftadt, Sof, guf. Ginen Bahlbegirt;
 - 20. Schönberg, Wiesenberg, Altstadt, guf. Ginen Bahlbeg.;
 - 21. Sohenftadt, Schildberg, Müglit, guf. Ginen Bahlbeg.;
 - 22. Littau, Mähr. Neuftadt, Koniß, guf. Ginen Bahlbezirk;
 - 23. Znaim, Frain, Budwig, zusammen Ginen Bahlbegirk;
 - 24. Kroman, Namest, Frotowit, guf. Ginen Bahlbegirt;
 - 25. Nikolsburg, Joslowit, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 26. Die im Herzogthume Schlesien gelegenen mährischen Enclaven bilden zusammen Einen Wahlbezirk.

§. 8.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sig des politischen Bezirksamtes des im §. 7 bei Festseyung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Markgrafschaft Mähren, und für die mährischen Enclaven ist Hohenplot der Wahlort.

§. 9.

Die im §. 7 unter 1, 5, 8, 11 und 18 aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei, die übrigen einundzwanzig Wahlbezirke je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarheit.

§. 10.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grundbesites sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landoder lehntässlichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landes fürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens zweihundert fünfzig Gulden beträgt, zu wählen.

§. 11.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenben land- oder lehntäflichen Gutes kann nur Derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besitz zweier ober mehrerer land- ober lehntäflicher Gütter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens zweihundertfünfzig Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Bahl.

\$. 12.

Für jene zur Wahl berechtigenden land. oder lehntäflichen Güter, in deren Besith eine Corporation oder Gesellschaft sich besin-

bet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszusiben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berufen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden land- oder lehntäflichen Gütern besinden, können als selche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 13.

Die Abgeordneten der im §. 3 aufgeführten Städte sind durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindesstatute oder dem Gemeindegesete vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der einen Wahlbezirk bildenden Städte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern zum ersten und zweiten Wahlförper gehören, und im dritten Wahlförper in Brünn wenigstens zwanzig Gulden und in den anderen Städten mindestens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern, die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 14.

Die Wahl ber Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmanner zu geschehen.

Zede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Resibeträge, welche

nich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünschundert ergeben, haben, wenn sie zweihundertfünszig oder darüber betragen, als fünschundert zu gelten, wenn sie weniger als zweihundertsünszig betragen, unberücksichtiget zu entsallen.

Aleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als funfhundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 15.

Die Wahlmanner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- h) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern bie ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressichuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Eigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besthen.

§. 16.

Jeder Wähler fann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Negel nur perfönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte ber Wählerclasse b. s großen Grundbesiges ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerclasse wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclaffe des großen Grundbestiges mahlberechtigt ift, barf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerclaffen, und wer in einem Wahlbezirke ber im §. 3 genannten Städte wahlberechtiget ift, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und ber Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes.

§. 17.

Als Landtagsabgeordneter ift jeder wählbar, welcher

- a) öfterreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ist;
- e) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesißes, oder in jener der Städte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 10 bis 15 wahlberechtigt ist.

Diese Erfordernisse der Bählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammern.

§. 18.

Bon dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeit begangenen llebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen llebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strafbaren handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- c) Personen, über beren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in so- lange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen. §. 19.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und der Handels- und Gewerbekammern und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 21.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden der Mark-

grafschaft Mähren und ber in Schlesien gelegenen mährischen Guclaven bekannt zu machen.

Die Aussichreibung einzelner Wahlen ift bezüglich der Wählerclasse des großen Grundbesitzes durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Ansertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 23.

Die Wählerliste für jeden der beiden Wahlkörper des großen Grundbesites ist vom Statthalter anzusertigen und durch Einschaltung in die Brünner und Troppauer Landeszeitung unter Anderaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Neclamationsfrist, zu verlautbaren. Neclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betressenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Necht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerlisten des großen Grundbesites von Amtöwegen vorzunehmen.

Sobald die Wählerlisten der beiden Wahlförper des großen Grundbesißes nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt sind, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlaufende Nummer der betreffenden Bählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande Mähren ober in ben in Schlesien gelegenen mährischen Enclaven wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden; die außerhalb Mährens ober der Enclaven wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Brünner und Troppauer Zeitung aufzusordern.

§. 26.

Die Lifte ber Wähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte ift von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 13 und 18 zu verfassen, und von dem Borstande der politischen Behörde, welcher die Stadt untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

Bei Verfassung bieser Wählerlisten haben die bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

§. 27.

Jebe nach bem vorangehenden Baragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berufene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legiti-

Möhren 36

mationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche ten Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Site des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 28.

Wenn zwei oder mehrere Städte zu Einem Wahlbezirke vereinigt sind, hat der Vorstand des politischen Umtes am Sige des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte in eine Hauptliste des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 29.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde der Markgrafschaft Mähren für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte) auf Grund der bei der letzten Bolkszählung ermittelten einheimischen Bevölferung nach Borschrift des §. 14 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzusehen und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 15 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

Den gleichen Borgang haben jene politischen Bezirksbehörden Schlesiens, in deren Bezirke sich Gemeinden befinden, die als Enclaven zu Mähren gehören, bezüglich dieser Gemeinben zu beobachten.

§. 30.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzuseßen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen, und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu setzen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 31.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bilbet.

§. 32.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur sestigesetzten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 39, 40, 41, dann 43 bis einschließig 47 in analoge Unwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind. Zur Giltigkeit der Wahl ber Wahlmänner ift die absolute Mehrheit ber Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der $\S\S.~48,~49$ und 50 weiter vorzugehen.

§. 33.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 34.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlortist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarte nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 35.

Der Borstand bes politischen Amtes am Sige bes für ben Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen ber Wahl-

männer aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Don der Dornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 36.

Die Leitung ber in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzumehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommisson übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. Für den Wahlkörper der Fibeicomnißbesitzer aus brei von den Wahlberechtigten und zwei von dem Statthalter ernannten Gliedern;
- 2. für ben Wahlförper ber übrigen großen Grundbesiter aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Statthalter ernannten Gliebern;
- 3. für jeden Wahlkörper der im §. 3 aufgeführten Städte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Bahlcommissär ernannten Gliedern;
- 4. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 37.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmannern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu ber festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzufinden.

§. 38.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzen Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt, und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 39.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 40.

Wenn Zemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Anfertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

S. 41.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder ber Wahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerufen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 42.

Zeber zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Bunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf Einen Wahlkörper zwei ober mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 43.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Unstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

8. 44.

Zede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Berzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 45.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen ober mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, find ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 46.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Ansang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 47.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 48.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen bas Los, welches von dem Borfigenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 50.

Bei ber engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Serutin nach Denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 51.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und
dem landesfürstlichen Commissär unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzahlungstisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten
der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Ausschluft versehen und dem landeskürstlichen Commissär
zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in solange die Vermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, dis das Gegentheil erkannt ist.

§. 53.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlugbestimmung.

§. 54.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden ersorderlich.

Anhang zur Candes-Ordnung.

Ī.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Saus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden zweiundzwanzig Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise festgestellt:

Der Landtag hat zu mählen:

- 1. Aus ben nach §. 3, a) ber Landesordnung zu Birilftimmen berechtigten zwei Mitgliedern und aus den dreißig Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen sechs Mitglieder;
- 2. aus ben vier Abgeordneten ber Landeshauptstadt Brunn Gin Mitglied;
- 3. aus den fechs Abgeordneten ber Sandels. und Gewerbekammern Gin Mitglied;
- 4. aus den drei Abgeordneten der im §. 3 der Landtags-Wahlordnung unter h), i), k), aufgeführten Wahlbe-zirke Ein Mitglied;
- 5. aus den fünf Abgeordneten der eben baseloft unter e), 1), m), n), o) aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;
- 6. aus den vier Abgeordneten der eben daselbst unter b), p), q), r) aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;
- 7. aus den vier Abgeordneten der eben daselbst unter s), t), u), v) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
 - 8. aus den acht Abgeordneten dereben daselbst unter a), e),
- f), w), x), y), z), aa) aufgeführten Bahlbezirte zwei Mitglieber;
- 9. aus ben brei Abgeordneten ber eben baselbst unter d), g), bb) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;

10. aus den sieben Abgeordneten der im §. 7 der Landtags Bahlordnung unter 1, 2, 3, 4, 5 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

11. aus den fechs Abgeordneten der eben dort unter 6,

7, 8, 9, 10 aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;

12. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 11,

12, 13 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

13. aus den fünf Abgeordneten der eben dort unter 14,

15, 16, 17, 26 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

14. aus den sechs Abgeordneten der eben dort unter 18,

19, 20, 21, 22 aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;

15. aus den drei Abgeordneten der eben dort unter 23, 24, 25 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied.

H.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.

-6-69-0=-

Landes-Ordnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Bergogthum Ober- und Nieder-Schlefien.

Landes = Ordnung.

Erftes Bauptflück.

Bon der Landesvertretung überhaupt

S. 1.

Das Herzogthum Ober- und Nieder-Schlesien wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirkungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus einunddreißig Mitgliedern, nämlich:

- a) aus dem Fürstbischofe von Breslau, dann
- b) ans dreißig gewählten Abgeordneten, und zwar:

I. aus nenn Abgeordneten des großen Grundbesiges; Schlesien. 37

II. aus zwölf Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und der Handels- und Gewerbefammer;

III. aus neun Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Herzogthums Schlessen mit Ausschluß der im Landtage der Markgrafschaft Mähren vertretenen Enclaven.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogthum Ober- und Nieder-Schlessen.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmanns und bessen Stellvertreters, dann der Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Sahre festgesetzt.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung versieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder fönnen wieder gewählt werden.

8. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in ber Negel jährlich Sinmal, und zwar in soserne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Troppau zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmannes an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaifer einberufenen Landtag, er führt den Borsiß in den Bersammlungen, und leitet die Berhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Bahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und aussührendes Organ der Landesvertretung besteht unter dem Borsibe des Landeshauptmannes aus vier aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisihern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisitzer wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesitzes (§. 3, 1.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und der Handels- und Gewerbefammer (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten und Einer von der ganzen Landesversammlung aus der Mitte des Landtages gewählt.

Jede solche Wahl geschicht durch absolute Mehrheit der Stimmenden. Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheibet das Los.

§. 13.

Für jeden Aussichußbeisitzer wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersatmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisitzer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisitzers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisister eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisitzer des Landesausschusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablaufe der Landtagesperiode, sowie im Falle der Auflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Anstritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschuffe zur Folge.

§. 15.

Die Beifiger des Landesausschuffes sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Troppau zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Höhe der Landtag bestimmt.

Zweites Hauptflück.

Wirkungstreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berusen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserlichen Diploms vom 20. Detober 1860, Nr. 226 R. G. B.

mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetes über die Reichsvertretung festgesetzte Bahl von sechs Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Neichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung sestgesetzte Beise zu geschehen.

Die Vertheilung ber zu wählenden Mitglieder des Hauses ber Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtag steht das Recht zu, in Landesange-legenheiten Gesetze vorzuschlagen.

Bu jedem Landesgesetze ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erklärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;
- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. ber aus Landesmitteln botirten Wohlthätigkeitsanftalten;

- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
- a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Verwaltung des dem Lande gehörigen Vermögens, der Vesteuerung für Landeszwecke und der Benühung des Landeseredits, als
- b) rudsichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Lanbesausaaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten,
 - 2. der Rirden- und Schulangelegenheiten,
- 3. der Borspannsleistung, dann der Berpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich

III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlsahrt ober die Bedürsnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ift berufen:

- 1. zu berathen und Antrage zu stellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und
- b) auf Erlaffung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen.

2. Borichläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag forgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum Schlessens bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüffe, welche eine Beräukerung, bleibende Belastung oder eine Berpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Eredits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungssond des Herzogthums Echlesien mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

S. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Austalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einkunfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ist berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Höhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürsen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Einflusnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umle gung, Sinhebung und Absuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Vorschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beichließt über die Spstemisirung des Personal und Besoldungsstandes der dem Landesausschnise beizugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bebestellenden Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Diensteleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Berwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und

Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Necht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landeshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen schlesischen öffentlichen Convents zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergeben oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu besorgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zu-lassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beijungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Sinflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern den besonderen Gemeinde und Steuergeschen vorbehalten.

Drittes Pauptflück.

Bon der Beichäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sihungen zu verhandeln und zu erledigen. Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

§. 34.

Die Landtagssitzungen find öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf Mitglieder es verlangen und nach Entsernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor den Landtag:

- a) entweder als Megierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder mussen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, find durch den Landes-hauptmann von der Berathung auszuschließen.

S. 36.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Berhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Landeschef des Herzogthums Schlesien oder bie von ihm abgeordneten Commissäre haben das Necht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beichluffassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Sälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Siltigfeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden ersorderlich.

Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Lundesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Bier-

Schlefien 38

theilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann solche auch durch Aufstehen und Sitzenbleiben stattfinden.

Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sigungsprotofolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit keiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verkehr treten, auch darf derselbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften dürsen vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens drei Ausschußbeisitzern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesehen zuwiderlaufend ansieht, berechtigt und verpstichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Landeschess zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen vom Landesausschuffe nicht angenommen werden.

Landtags=Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl ber Abgeordneten aus der Claffe des grofien Grundbestiges bildet das ganze Serzogthum Ober und Nieder. Schlesten (ausschließig der mährischen Enclaven) Einen Wahlbezirk.

Der Wahlort ift die Landeshauptstadt Troppau.

§. 2.

Die Wähler der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesiges theilen sich in zwei Wahlkörper, deren ersten der Serzog von Teschen, der Herzog von Troppau und Jägerndorf, der Herzog von Bielig, dann der Hoch- und Deutschmeister, den andern alle übrigen wahlberechtigten großen Grundbesiger zu bilden haben.

Der erste Wahlförper hat zwei, jener der übrigen großen Grundbesiger aber sieben Abgeordnete zu mählen.

§. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte bilden: Die Landeshauptstadt Troppau Ginen Wahlbezirk; Die Städte:

- a) Teschen, b) Bielit je Einen Bahlbezirk;
- e) Wagstadt, Wigstadtl, Obrau, Königsberg, zusammen Einen Bahlbezirk;

- d) Freudenthal, Benisch, Engelsberg, Würbenthal, zusammen Einen Wahlbezirk;
- e) Jägerndorf, Olbersborf, zusammen Einen Bahlbezirk;
- f) Freiwaldau, Jauernig, Zuckmantl, Friedberg, Weibenau, zusammen Einen Wahlbezirk;
- g) Friedek, Oberberg, Freistadt, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- h) Jablunkau, Skotschau, Schwarzwasser, zusammen Ginen Bahlbezirk.

S. 4.

Die Landeshauptstadt Troppau und die Städte Teschen und Bielit, welche für sich allein Einen Wahlbezirk bilden, sind zugleich die Wahlorte dieser Wahlbezirke.

In jedem aus zwei ober mehreren Städten gebildeten Wahlbezirke ist die im vorangehenden Paragraphe bei der Festschung jedes Wahlbezirkes zuerst angeführte Stadt der Wahlort bieses Wahlbezirkes.

§. 5.

In der Landeshauptstadt Troppau sind zwei und in jedem anderen der durch §. 3 sestgesetzten städtischen Wahlbezirke ist Ein Abgeordneter zu wählen.

Alle Wahlberechtigten jedes städtischen Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 6.

Die Handels und Gewerbekammer in Troppau hat zwei Landtagsabgeordnete zu wählen. Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersahmanner der Kammer den Wahlkörper zu bilden.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke:

- 1. Troppau (Umgebung), Wigstadtl, Wagstadt, Königsberg, Odrau, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 2. Freiwalbau, Jauernig, Weidenau, Zuckmankl, zu- sammen Einen Wahlbezirk;
 - 3. Jägerndorf, Olbersdorf, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 4. Freudenthal, Benisch, zusammen Ginen Bahlbegirt;
- 5. Tefchen, Freistadt, Jablunkau, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 6. Friedet, Oderberg, jufammen Ginen Bahlbegirt;
- 7. Bielit, Schwarzwaffer, Skotschau, zusammen Einen Bahlbezirk.

§. 8.

In sedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Bahlbezirke ist der Sitz des politischen Bezirksamtes des im §. 7 bei Festsetzung sedes Wahlbezirkes zuerst angeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

§. 9.

Die im §. 7 unter 1 und 5 aufgeführten Wahlbezirke haben je zwei, die übrigen fünf Wahlbezirke je Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte, sowie der im Landtage der

Markgrafschaft Mähren vertretenen Enclaven) bilben Ginen Bahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 10.

Die den ersten Wahlkörper der Wählerclasse des großen Grundbesites bildenden im §. 2 ausgeführten drei schlesischen Fürsten und der Hoch und Deutschmeister haben über Ausforderung des Landeschefs zwei Abgeordnete durch einzusendende Stimmzettel zu wählen.

Die übrigen sieben Abgeordneten der Wählerclasse bes großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener land- oder lehntästlichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Nealsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens zweihundert fünfzig Gulden berrägt, zu wählen.

§. 11.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenden land- oder lehntäflichen Gutes kann nur derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besit zweier oder mehrerer land- oder lehntäflicher Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens zweihundert fünfzig Gulden beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

Für jene zur Wahl berechtigenden land oder lehntäflichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden land- oder lehntäflichen Gütern befinden, können als selche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 13.

Die Abgeordneten ber im §. 3 aufgeführten Städte sint durch directe Wahl aller jener, nach dem besonderen Gemeindesstatute oder dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz der, Einen Wahlbezirk bildenden Städte berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlkörpern zum ersten und zweiten Wahlkörper gehören, und im dritten Wahlkörper mindesiens zehn Gulden an directen Steuern entrichten;
- h) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern, die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahressschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschast das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 14.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünfhundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünfzig oder darüber betragen, als fünfhundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, unberücksichtiget zu entfallen.

Aleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünfhundert beträgt, wählen Einen Bahlmann.

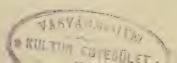
§. 15.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch jene nach dem Gemeindegesetze vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. zur Wahl der Gemeinderepräsentanz berechtigten Gemeindeglieder zu wählen, welche

- a) in Gemeinden mit drei Wahlförpern den ersten und zweiten Wahlförper bilden;
- b) in Gemeinden mit weniger als drei Wahlförpern die ersten zwei Drittheile aller nach der Söhe ihrer Jahresschuldigfeit an directen Steuern gereihten Gemeindewähler ausmachen. Diesen sind jene Personen anzureihen, welche nach ihrer persönlichen Gigenschaft das active Wahlrecht in der Gemeinde besitzen.

§. 16.

Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Negel nur persönlich ausüben.



Ausnahmsweise können Wahlberechtigte des zweiten Wahlkörpers der Wählerclasse des großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerclasse wahlberechtigt sein, und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse best großen Grundbesitzes wahlberechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden andern Wählerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 3 genannten Städte wahlberechtigt ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsitzes.

§. 17.

Alls Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) öfterreichischer Staatsbürger,
- b) dreißig Jahre alt ift,
- e) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 10 bis 15 wahlberechtigt ist.

Diese Erfordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer.

§. 18.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens ober Vergehens, ober einer aus Gewinnsucht ober gegen die öffentliche Sittlichteit begangenen Uebertretung schuldig erkannt, ober wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer ber unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert, und
- c) Bersonen, über beren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Don der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 19.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Landeschefs, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsetzung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und ber Handels- und Gewerbekammer und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerelassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 21.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist burch bie Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Herzogthumes Ober- und Nieder-Schlessen bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich ber Wählerelasse des großen Grundbesitzes durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerelassen der Städte und der Landgemeinden durch Plakate in den, den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berusenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 23.

Die Bählerliste für den zweiten Bahlkörper des großen Grundbesitzes ist vom Landeschef anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anberaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationskrist zu verlautbaren.

Neclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Landeschef zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 25.

Sobald die Wählerliste des zweiten Wahlkörpers des großen Grundbesitzes nach erfolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Neclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlausende Nummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Herzogthume Schlesien wohnen, find ihre Legitimationskarten zuzusenden; die außerhalb Schlesien wehnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung aufzusordern.

39

§. 26.

Die Liste der Wähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 13 und 18 zu versassen und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt untersteht, nach Vergleichung mit den Wählerlisten für die Gemeinderepräsentanz unter Bestätigung der Richtigkeit mitzufertigen.

Bei Verfassung bieser Wählerlisten haben bie bei der letten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler als Basis zu dienen.

S. 27.

Jebe nach bem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berufene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Die Wählerlisten jener Städte, welche nicht der Wahlort sind, müssen dem Vorstande des politischen Amtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes eingesendet, und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung eingeholt werden.

§. 28.

Wenn zwei oder mehrere Städte zu Einem Wahlbezirke vereinigt find, hat der Vorstand des politischen Amtes am Sitze des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes die Wählerlisten der einzelnen Städte in eine hauptliste des Wahlbezirkes zu-fammenzustellen, und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

§. 29.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte und der im Landtage der Markgrafschaft Mähren vertretenen Enclaven) auf Grund der bei der letzten Bolkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Borschrift des §. 14 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner sestzuseten, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, aus den bei der letzten Neuwahl der Gemeinderepräsentanz richtiggestellten Listen der Gemeindewähler das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 15 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 30.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzusezen, zu deren Leitung Einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu sehen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 31.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 32.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur sestigeschten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 39, 40, 41, dann 43 bis einschließig 47 in analoge Unwendung zu bringen.

Jeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig. Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 48, 49 und 50 weiter vorzugehen.

§. 33.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in seder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 34.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat derpolitische Bezirksvorsteher den gewählten Wahlmännern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche die sortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, beren Amtsort nicht zugleich Wahlort ift, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden und von demselben auch die zur Ausfüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

§. 35.

Der Vorstand des politischen Amtes am Siße des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der Wahlmänner aller zu Einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Candtagsabgeordneten.

§. 36.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers

wird einer aus demfelben gebildeten Bahlcommiffion übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den zweiten Wahlkörper des großen Grundbesites aus vier von den Wahlberechtigten und drei vom Landeschef ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Bahlkörper der im §. 3 aufgeführten Städte aus dem Bürgermeifter oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Bahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;
- 3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 37.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzufinden.

§. 38.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Bahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlissen nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit ersorderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier lieberzeugung ohne alle eigennützige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

§. 40.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Berson Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wählerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission so. gleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

§. 41.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder Bahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

hierauf werden durch Gin Mitglied ber Wahlcommiffion bie Wähler in der Neihenfolge, wie ihre Namen in der Bählerlifte eingetragen find, zur Stimmgebung aufgerufen.

Wahlberechtigte, die nach geschenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst wenn die ganze Wählerlisse durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich besibalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 42.

Jeder zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 43.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahlemmission ohne Zulassung eines Neeurses.

§. 44.

Zebe Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 45.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstimmen entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Recurses.

§. 46.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Unfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlkandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstfolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 47.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abge geben haben, ist von dem Vorsitzenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichnis von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Serutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat ber vollendeten Stimmzählung ist von dem Borsikenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 48.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 49.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu ber engeren Wahl geschritten.

§. 50.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 51.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landeskürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen und dem landeskürstlichen Commissär zur Einfendung an den Landeskhef übergeben.

§. 52.

Der Landeschef hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in folange die Bermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, die das Gegentheil erkannt ist.

§. 53.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 31 der Landesordnung).

V. Schlufbestimmung.

§. 54.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 38 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtags über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Unwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

I.

Die Vertheilung der vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden sechs Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Beise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Birilstimme berechtigten Mitgliede und aus den neun Abgeord neten des großen Grundbesitzes, zusammen zwei Mitglieder;
- 2. aus den zwei Abgeordneten der Landeshauptstadt Troppau und den zwei Abgeordneten der Handels- und Gewerbekammer, zusammen Ein Mitglied;
- 3. aus den acht Abgeordneten der im §. 3 der Landtags-Wahlordnung unter a) bis einschließig h) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 4. aus den neun Abgeordneten der im §. 7 der Landtags-Wahlordnung unter 1 bis einschließig 7 aufgeführten Bahlbezirke zwei Mitglieder.

II.

Unträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes und sind nach den Vestimmungen des §. 14 des Grundgesehes über die Reichsvertretung zu behandeln.

-c@0=

Landes-Drdnung

und

Landtag8 = Wahlordnung

für bas

Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau.

Landes=Ordnung.

Erftes Bauptflück.

Bon der Landesbertretung überhaupt.

§. 1.

Das Königreich Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakan wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Befugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder burch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus Einhundert und fünfzig Mitgliedern, nämlich:

a) den drei Erzbischöfen in Lemberg, den zwei Bischöfen in Przempst, dem Tarnower Bischofe, dem Stanis. Gatizien. 40 lauer Bischofe, beziehungsweise bis zu dessen Einsetzung aus dem Lemberger g. f. Weihbischofe;

b) dem Rector magnificus der Krafauer sowie jenem der Lemberger Universität;

c) aus Einhundert einundvierzig gewählten Abgeordneten, und zwar:

I. aus vierundvierzig Abgeordneten des großen Grundbesites;

II. aus breiundzwanzig Abgeordneten der durch die Wahlordnung bezeichneten Städte und der Handelsund Gewerbekammern;

III. aus vierundsiebenzig Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt Krakau.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus deffen Mitte den Landmarschall und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Versahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Königreich Galizien und Lodomerien sammt Kraken.

§. 6.

Die Functionsbauer des Landmarschalls und bessen Stellvertreters, dann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesett. Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen, oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagsmitglieder können wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Landtag hat sich über Allerhöchste Einberufung in der Regel jährlich Sinmal, und zwar, in soferne vom Kaifer nicht etwas Anderes bestimmt wird, in der Landeshauptstadt Lemberg zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Sintritte in den Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landmarschalls an Sidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landmarschall eröffnet den vom Kaiser einberufenen Landtag, er führt den Borsit in den Versammlungen und leitet die Verhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag fann vom Kaiser auch während der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Wahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsisse des Landmarschalls aus sechs aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisitzern.

Der Landmarschall ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschuffes aus bessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesansschußbeisiger wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesiges (§. 3, 1.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und der Handels- und Gewerbefammern (§. 3, II.) gewählten Abgeordneten, und Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, III.) gewählten Abgeordneten aus der Mitte des Landtages gewählt.

Die übrigen drei Landesansichusbeifiger werden einzeln von der ganzen Landesversammlung aus ihrer Mitte gewählt.

Zede solche Wahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung feine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen

jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§. 13.

Für jeden Aussichußbeisitzer wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersatmann gewählt.

Wenn ein Aussichußbeisitzer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Aussichußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersahmann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschwebeisitzers gewählt worden ist.

Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisiger eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablaufe der Landtagsperiode, sowie im Falle der Anflösung des Landtages noch so lange fort, bis aus dem neuen Landtage ein anderer Ausschuß bestellt worden ist.

Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschusse zur Folge.

\$. 15.

Die Beisither des Landesausschusses find verpflichtet, ihren Aufenthalt in Lemberg zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landes mitteln, deren Sohe der Landtag bestimmt.

Zweites Hauptflück. Birfungsfreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ist berufen, bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des kaiserl. Diploms vom 20. October 1860, Ar. 226 A. G. B. mitzuwirken, und hat die durch §. 6 des Grundgesetzs über die Reichsvertretung sestgesetzt Zahl von achtunddreißig Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl der Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesehes über die Reichsvertretung festgesetet Beise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Sauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 17.

Gesetzesvorschläge in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesangelegenheiten Gesetz vorzuschlagen. Bu jedem Landesgesche ist die Zustimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers ersorderlich.

Anträge auf Erlassung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
- 1. der Landescultur;

- 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;
- 3. ber aus Landesmitteln botirten Bohlthätigkeitsanstalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
 - a) hinsichtlich der Landeseinnahmen aus der Berwaltung bes dem Lande gehörigen Bermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landescredits, als
 - b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Laubesausgaben.
- II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen ber allgemeinen Gesehe in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
- 3. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Einquartierung des Heeres; endlich
- III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürfnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

- 1. zu berathen und Antrage zu ftellen:
- a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Einrichtungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirkung auf das Wohl bes Landes, und

- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen;
- 2. Vorschläge abzugeben über alle Gegenstände, wor- über er von der Regierung zu Nathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des landständischen (Domestical-) Vermögens und des sonstigen nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum Galiziens sammt Arafau bildenden Landesvermögens, dann der aus ständischen oder Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeschlüsse, welche eine Beräußerung, bleibende Belastung oder eine Berpfändung des Stammbermögens mit sich bringen, bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Domesticalvermögen und das Credits- und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen.

Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungsfond des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt Krafau, mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

S. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirksamkeit für Landeszwecke, für das Vermögen, die Fonde und Anstalten des Landes erforderlichen Mittel, in soferne die Einkünfte des bestehenden Stammvermögens nicht zureichen.

Er ift berechtigt, zu diesem Zwede Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer directen Steuer ober sonstige Landesumlagen bedürfen der faiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegeset oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Ginflugnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Einhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern wird durch besondere Borschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Shstemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beistellenden von Beamten und Diener; er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Ruhe und Bersorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung au ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandesausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Bermaltungsgeschäfte bes Landesvermögens, der Landessonde und Anstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber, sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte, das Borschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftpläße oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten.

Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landmarschalle und zwei Beisitzern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessiegel zu versehen.

S. 29.

Der Landesausschuß hat überdieß auch alle übrigen Geschäfte des bisherigen ständischen Ausschuffes zu besorgen, soweit dieselben nicht an andere Organe übergehen oder in Folge der geänderten Verhältnisse aufhören.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagssitzungen und die Ausmittlung, Instandhaltung und Sinrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichkeiten zu beforgen.

§. 31.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 32.

Die näheren Beisungen über die dem Landesausschusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheisenden Instruction, und in Betreff der Einflußnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern, den besonderen Gemeinde- und Steuergesehen vorbehalten.

Brittes Hauptstück.

Bon der Geschäftsbehandlung.

§. 33.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungskreise gehörigen Angelegenheiten in Sigungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landmarschalle angeordnet, eröffnet und geschlossen.

S. 34.

Die Landtagssitzungen sind öffentlich.

Ausnahmsweise kann eine vertrauliche Sigung gehalten werden, wenn entweder der Vorsigende oder wenigstens fünf

Mitglieder es verlangen, und nach Entfernung der Zuhörer ber Landtag sich dafür entscheidet.

§. 35.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen vor ben Landtag:

- a) entweder als Megierungsvorlagen durch den Landmarfchall;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschuffes oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während besselben gebildeten Ausschuffes;
- c) ober durch Unträge einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Borlage der Regierung oder eines Aussichusses beziehende Anträge einzelner Mitglieder müssen früher dem Landmarschalle schriftlich angezeigt und vorläufig der Aussichusberathung unterzogen werden. Anträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftstreises des Landtages liegen, sind durch den Landmarschall von der Berathung auszuschließen.

§. 36.

Der Landmarschall bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen sind vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 37.

Der Statthalter des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakan oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Mecht, im Landtage zu erscheinen und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Aufflärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landmarschall an die Vorstände der betreffenden Vehörden zu wenden.

§. 38.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ist die Anwesenheit von mehr als der Sälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute Stimmenmehrheit der Anwesenden erforderlich. Bei Stimmengleichheit ist der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Bu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 39.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Vorsitzenden kann solche auch durch Aufstehen und Sigenbleiben stattfinden. Wahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

§. 40.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen sind unter Zulegung der Sigungsprotokolle im Wege des Statthalters zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Galigien.

Die Art der Veröffentlichung der gepflogenen Verhandlungen bestimmt der Landtag.

§. 41.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines anderen Kronlandes in Verfehr treten, auch darf derselbe feine Kundmachungen erlassen. Deputationen dürsen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen und Vittschriften vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirkte kaiserliche Genehmigung stattfinden.

§. 42.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens vier Ausschußbeisigern erforderlich. Der Landmarschall ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufend ansicht, berechtigt und verpflichtet, die Ausssührung zu sistieren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Statthalters zu unterziehen.

§. 43.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen. Deputationen dürsen vom Landesausschusse nicht angenommen werden.

Landtags = Wahlordnung.

I. Von den Wahlbegirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes bildet jeder der nachbenannten Kreise Einen Wahlbezirk.

Die Wahlberechtigten jedes Kreises bilden Einen Wahlkörper und haben: im Krakauer Kreise sechs, im Brzeżaner, Przemysler, Złoczower, Czortkower, Tarnower, Tarnopoler, Sanoker, Samborer und Żołkiewer Kreise je drei, im Sandezer, Nzeszewer, Stryjer, Stanislauer und Kolomyer Kreise je zwei, endlich im Lemberger Kreise Ginen Abgeordneten zu wählen.

Der Wahlort für jeden Kreis ift die Kreisstadt.

§. 2.

Für die Bahl der Abgeordneten der Städte bilden die Landeshauptstadt Lemberg Einen Bahlbezirk;

bie Städte: a) Krakau, b) Przemysł, e) Stanislau, d) Tarnopol, e) Brody, f) Jaroslau, g) Drohobycz, h) Biała, i) Neu-Sandec, k) Tarnow, l) Nzeszow, m) Sambor, n) Stryj, o) Kolomea, je Einen Wahlbezirk, und find zugleich die Wahlorte.

§. 3.

In Lemberg sind vier, in Krakau drei und in jeder der übrigen im §. 2 angeführten Städte ift je Ein Abgeordneter zu wählen. Alle Wahlberechtigten jeder Stadt bilden Einen Wahlkörper.

S. 4.

Jebe ber Handels- und Gewerbekammern zu Lemberg, Krakau und Brody hat je Einen Landtagsabgeordneten zu wählen.



Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersagmänner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 5.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilben die politischen Bezirke:

- 1. Lemberg, Winniki und Szczerzec, guf. Ginen Bahlbeg.;
- 2. Grodek und Janow, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 3. Brzeżan und Przempślany, zuf. Ginen Wahlbezirk;
- 4. Bobeka und Chodorow, zusammen Ginen Wahlbeziek;
- 5. Robatyn und Burggtyn, zusammen Ginen Wahlbegirt;
- 6. Podhance und Rozowa, zujammen Ginen Bahlbezirk;
- 7. Baleszezhki und Tlufte, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 8. Borszczów und Mielnica, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- o. Seeding of the second of th
- 9 Czortków, Jazkowiecu. Budzanow, zus. Einen Wahlbez.;
- 10. Kopeczyńce und Suffiathn, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 11. Kolomea, Gwożdziec u. Peczeniżyn, zuf. Einen Bahlbez.;
- 12. Horodenka und Oberthu, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 13. Rossów und Ruth, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 14. Sniathn und Zablotów, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 15. Brzembsl und Niżankowice, zus. Ginen Wahlbezirk;
- A.C. O The City of the Control of th
- 16. Jarosłau, Sieniawau. Radyumo, zuf. Ginen Bahlbez.;
- 17. Jaworów und Krakowiec, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 18. Mościska und Sądowa wisznia, zuf. Ginen Wahlbeg.;
- 19. Sambor, Stare-miafto u. Stara-fol, zuf. Ginen Wahlbeg.;
- 20. Turka und Bornnia, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 21. Drohobnez und Bodbuz, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 22. Rudfi und Komarno, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 23. Laka und Medenice, zufammen Ginen Wahlbegirk;

- 24. Sanot, Mymanów u. Bukowsko, zuf. Einen Wahlbeg.;
- 25. Lisko, Baligrod und Lutowiska, zus. Einen Wahlbez.;
- 26. Dobromil, Ustranfi und Bircza, zuf. Ginen Bahlbez.;
- 27. Dubiecto und Brzozów, zusammen Ginen Wahlbezirk;
- 28. Stanislau und Saliez, gusammen Ginen Bahlbegirk;
- 29. Bohorodezanv und Solotwina, guf. Ginen Bahlbegirf;
- 30. Monasterinska und Buczacz, zusammen Ginen Wahl-
 - 31. Nadworna und Delaton, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 32. Ersmienica und Thumacz, zusammen Ginen Wahlbezirf;
 - 33. Stroj und Stole, gusammen Ginen Wahlbegirt;
 - 34. Dolina, Bolechow und Możniatów, juj. Ginen Wahlbeg.;
 - 35. Kalus; und Wojnilow, zusammen Ginen Wahlbegirf;
 - 36. Mifolajów und Zurawno, zuf. Ginen Wahlbezirf;
- 37. Tarnopol, Ihrowica und Mikulince, zusammen Einen Bahlbezirk;
 - 38. Statat und Grammatow, gufammen Ginen Bahlbegirf;
 - 39. 3baraż und Medni, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 40. Trembowla und Blotnifi, zusammen Ginen Bahlbegirf;
 - 41. Bloegow und Gliniant, zusammen Ginen Bahlbezirf;
 - 42. Lopatyn, Brody und Radziechow, juf. Ginen Wahlbeg.;
- 43. Bust, Kamionka strumikowa und Dlesko, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 44. Zakośce und 3borów, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 45. 30lfiem, Kulifóm u. Mofter wielfie, zuf. Ginen Bahlbez.;
 - 46. Belg, Uhnów und Sokal, zusammen Ginen Wahlbegirk;
 - 47. Lubaczów und Cieszanów, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 48. Nama und Niemirow, zusammen Ginen Wahlbegirk;

- 49. Krakau, Mogika, Liszki und Skawina, zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 50. Chrzanów, Jaworzno und Krzeszowice, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 51. Bochnia, Niepołomice u. Wisnicz, zuf. Ginen Wahlbez.;
 - 52. Brzesto, Radlow u. Wojnicz, zuf. Einen Wahlbeg.;
 - 53. Bieliegka, Pobgorże u. Dobegree, guf. Ginen Bahlbeg.;
 - 54. Jaslo, Brzoftek und Frosztak, juf. Ginen Wahlbeg.;
 - 55. Gorlice und Bicez, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 56. Dukla, Krosno und Zmigród, zuf. Einen Wahlbez.;
 - 57. Rzeszów und Głogów, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 58. Lancut und Przeworsk, zusammen Ginen Mahlbezirk;
 - 59. Lezajsk, Sokołów und Manów, zuf. Einen Bablbez.;
 - 60. Rozwadów, Tarnobrzeg u. Nisko, zus. Einen Wahlbez.;
 - 61. Inegen und Strzezow, zusammen Ginen Wahlbegirk;
- 62. Neu-Sandez, Grobow und Cięszkowice, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 63. Allt-Sandez und Arbnica, zusammen Ginen Wahlbezirf;
- 64. Neumarkt und Kroseienko, zusammen Einen Wahlbezirk;
 - 65. Limanowa und Efrandlna, zusammen Ginen Wahlbegirf;
 - 66. Tarnow und Tuchow, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 67. Dabrowa und Zabno, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 68. Debica und Pilgno, zusammen Ginen Wahlbezirk;
 - 69. Ropeznee und Kolbuszów, zusammen Ginen Wahlbezirf;
 - 70. Mielec und Zaffow; zusammen Ginen Bahlbezirk;
- 71. Wadowice, Kalwarya und Andrychau, zusammen Ginen Wahlbezirk;

- 72. Kento, Biała und Oświęcim, zusam. Ginen Bahlbezirk;
- 73. Myslenice, Jordanów und Maków, zusammen Einen Wahlbezirk;
- 74. Zuwiec, Slemien und Mikowka, zusammen Ginen Bahlbezirk.

§. 6.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden gebildeten Wahlbezirke ist der Sig des politischen Bezirksamtes des im §. 3 bei Festsekung jedes Wahlbezirkes zuerst angesührten politischen Bezirkes der Wahlort.

S. 7.

Zeder der im §. 3 aufgeführten Wahlbezirke hat Einen Abgeordneten zu wählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 2 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

§. 8.

Die Abgeordneten der Wählerelasse des großen Grund besites sind durch directe Wahl der großjährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besiter jener landtäflichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Einhundert Gulden ö. W. beträgt, zu wählen.

S. 9.

Unter mehreren Mitbesitzert eines zur Wahl berechtigenden landtäslichen Gutes kann nur derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hierzu ermächtigen.

Der Besit zweier ober mehrerer landtässlicher Güter, beren Jahresschuldigkeit an landessürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden ö. W. beträgt, berechtiget ebenfalls zur Wahl.

§. 10.

Für jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Güter, in deren Besig eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ift das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berufen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten.

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben.

§. 11.

Die Abgeordneten der im §. 2 aufgeführten Städte sind durch directe Wahl der ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindeglieder zu wählen, welchen das Gemeindegeset vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. das active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesetzes und die Ministerialverordnung vom 7. März 1830, Nr. 116 N. G. B. das active Wahlrecht nach ihrer persönlichen Gigenschaft zuerkennen.

§. 12.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Zebe Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünfhundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünfhundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünfzig oder darüber betragen, als fünfhundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünfzig betragen, unberücksichtigt zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünshundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 13.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde find durch die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Zahresschuldigkeit an directen Stenern gereihten Gemeindeglieder zu wählen, welchen das Gemeindegesch vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. das active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesetzes und die Ministerialverordnung vom 7. März 1850, Nr. 116 N. G. B. das active Wahlrecht nach ihrer persönlichen Eigenschaft zuerkennen.

§. 14.

Der großjährige, dem öfterreichischen Staatsverbande angehörige Besitzer eines außer dem Gemeindeverbande besindlichen landtäslichen Gutes, dessen Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) nicht wenigstens Einhundert Gulden beträgt, hat an der Wahl des Abgeordneten der Landgemeinden des Wahlbezirkes, in welchem das Gut gelegen ist, als Wahlmann Theil zu nehmen.

Unter mehreren Mithesitzern eines solchen Gutes kann nur derjenige als Wahlmann eintreten, welchen sie hiezu ermächtigen.

Zeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte ber Wählerelasse bes großen Grundbesiges ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben; derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtigt sein, und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerelasse des großen Grundbesitzes wahlberechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wählerelassen, und wer in einem Wahlbezirke der in §. 2 genannten Städte wahlberechtigt ist, in keiner Landgemeinde wählen.

Wahlberechtigte in der Classe des großen Grundbesitzes, welche in mehr als einem Kreise begütert sind, haben in jenem Kreise ihr Wahlrecht auszuüben, in welchem das höchstbesteuerte ihrer Güter liegt.

Ist ein Wahlberechtigter der Wählerclassen der Städte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsites.

§. 16.

Alls Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) österreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ift;
- e) im Vollgenuffe der bürgerlichen Rechte fich befindet; und
- d) in einer Wählerelasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesitzes, oder in jener der Städte, oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehen den §§. 8 bis 14 mahlberechtigt ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Albgeordneten der Handels- und Gewerbekammern.

§. 17.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage sind ausgeschlossen:

- a) Personen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnsucht oder gegen die öffentliche Sittlichkeitet begangenen Uebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Uebertretung bloß aus Unzulänglichkeit der Veweismittel von der Anklage freigesprochen worden sind;
- b) Personen, welche wegen einer der unter a) bezeichneten strasbaren Sandlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert; und
- e) Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeleitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldlos erkannt worden sind.

III. Von der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 18.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Statthalters, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festsehung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beendet werden können.

§. 19.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und der Handels- und Gewerbekammern und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für jede der beiden ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitungen und durch Plakate in allen Gemeinden des Königreiches Galizien und Lodomerien sammt dem Großherzogthume Krakau bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ist bezüglich der Wählerclasse bes großen Grundbesites durch die Landeszeitungen, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Landgemeinden durch Plakate in den den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

\$, 21.

Alle Wahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung Einen Wahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berufenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behufs der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen. Die Wählerliste für den Wahlförper des großen Grundbesites, sowie das Verzeichniß derjenigen Personen, welche nach der Bestimmung des §. 14 in Ginem Wahlbezirke der Landgemeinden zur Theilnahme an der Wahl des Landtagsabgeordneten als Wahlmänner berechtigt sind, ist vom Statthalter kreisweise anzusertigen und durch Ginschaltung in die Landeszeitungen unter Anderaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Neclamationssfrift zu verlautbaren.

Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 23.

Nichtwahlberechtigten oder die Weglassung von Wahlberechtigten betreffenden Reclamationen hat der Statthalter zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, dis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 24.

Sobald die Wählerliste des Wahlförpers des großen Grundbesitzes und das Berzeichniß der nach §. 14 berufenen Wahlmänner nach ersolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt sind, hat der Statthalter Auszüge aus denselben den Kreisvorstehern, beziehungsweise den Bezirksvorstehern in den Wahlorten, mitzutheilen. Von diesen sind für die einzelnen Wähler, beziehungsweise Wahlmänner, Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen,

Galigien.

welche den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten der Wählerclasse des großen Grundbesitzes, welche im Lande wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden; die außerhalb des Landes wohnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitungen aufzusordern.

§. 25.

Die Liste ber Wähler in jeder der im §. 2 angeführten Städte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 11 und 17 zu versassen und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt untersteht, unter Bestätigung der Nichtigkeit mitzusertigen.

§. 26.

Zebe nach dem vorangehenden Paragraphe zur Beftätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berufene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Bohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

§. 27.

Behufs der Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 2 aufgeführten Städte) auf Grund der bei der letzten Volkzählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Vorschrift des §. 12 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner festzuseben, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung

bekannt zu geben, das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 13 und 17 zur Bahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu versassen und vorzulegen.

§. 28.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Einlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl sestzuseten, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteher von diesen Versügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kenntniß zu setzen, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 29.

Der Mahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen und das Verzeichniß der Wahlberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wahlcommissär die Wahlcommission bildet.

§. 30.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur festgesetzen Stunde und in dem bezeichneten Versammlungsorte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu geschehen, und sind dabei die Bestimmungen der nachfolgenden §§. 37, 38, 39, dann 41 bis einschließig 45 in analoge Anwendung zu bringen.

Zeder Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind. Zur Giltigkeit der Wahl der Wahlmänner ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der $\S\S.46,47$ und 48 weiter vorzugehen.

§. 31.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in jeder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 32.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirkes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirksvorsteher den Wahlmännern Legitimationskarten auszufertigen und zuzustellen, welche die sortlausende Nummer der Bezirksliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Antsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusenden, und von demselben auch die zur Ausküllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

Der Vorstand des politischen Bezirksamtes am Sige des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der gewählten und der nach §. 14 berusenen Wahlmänner aller zu Ginem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in Gine Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in doppelter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Von der Vornahme der Wahl der Landtagsabgeordneten. §. 34.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für jeden Wahlkörper der großen Grundbesitzer aus drei von den Wahlberechtigten und zwei vom Kreisvorsteher ernannten Gliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper der im §. 2 aufgeführten Städte aus dem Bürgermeifter oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;
- 3. für jeden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

§. 35.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erfolgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten, sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten

Tage und zu ber festgesetzten Stunde zur Vornahme ber Wahl einzufinden.

§. 36.

An dem Tage der Wahl, zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Nücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsitzenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 37.

Der Vorsihende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 16 und 17 der Wahlordnung über die zur Wählbarkeit erforderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vergang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzufordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten.

S. 38.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt, und behauptet, daß bei ihr seit der Ansertigung der Wahlerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulassung eines Recurses entschieden.

§. 39.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder Bahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch Ein Mitglied der Wahlcommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerliste eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenem Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 40.

Jeber zur Abstimmung aufgerufene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationsfarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf Einen Wahlkörper zwei oder mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 41.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Bählers Unstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Bahlcommission ohne Zulassung eines Necurses.

§. 42.

Jede Abstimmung wird in die hiezu vorbereiteten Aubriken des zweisachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen.

Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Wahlcommissär der Wahlcommission beizugebende Schrift.

führer und gleichzeitig Ein Mitglied der Wahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 43.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen ober mit Beifügung von Austrägen an den zu Wählenden abgegeben werden, sind ungiltig.

Ueber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Bahlftimmen entscheidet sogleichdie Bahlcommissionohne Zulassungdes Necuvies.

§. 44.

Die Wahl muß in der Negel im Laufe des dazu beftimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umftände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstfolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 45.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsitzenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichniß von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen, und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat der vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsißenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

S. 46.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ift die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen bas Los, welches von dem Borsitzenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 47.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen oder den anderen zu wählenden Abgeordneten keine folche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und salls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Wahl geschritten.

§. 48.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Bersonen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Jede Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 49.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protokoll geschlossen, von den Gliedern der Wahlcommission und dem landessäurstlichen Commissär unterschrieben, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und dei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten

ber Wahlmänner — versiegelt, mit einer ben Inhalt bezeichnenden Aufschrift versehen, und dem landesfürstlichen Commissär zur Einsendung an den Statthalter übergeben.

§. 50.

Der Statthalter hat nach Einsichtnahme ber an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 17 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcertificat ausfertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in folange die Vermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 51.

Sämmtliche Wahlacten hat der Statthalter an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 30 der Landesordnung)

V. Schlufbestimmung.

§. 52.

Während ber Dauer ber ersten Landtagsperiode können Unträge auf Aenderung ber Bestimmungen dieser Wahlordnung burch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 37 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Nach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Unwesenden ersorderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

Die Vertheilung ber vom Landtage in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden achtundbreißig Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachfolgender Weise festgestellt:

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus den nach §. 3, a) und b) der Landesordnung zu Virilstimmen berechtigten neun Mitgliedern und aus den vierundvierzig Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zu-fammen dreizehn Mitglieder;
- 2. aus den vier Abgeordneten der Landeshauptstadt Lemberg Ein Mitglied;
- 3. aus den drei Abgeordneten der Handels. und Gewerbekammern Ein Mitglied;
- 4. aus den vier Abgeordneten der im §. 2 der Landtags-Bahlordnung unter a), h) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 5. aus den drei Abgeordneten der eben daselbst unter i), k), l) aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;
- 6. aus den vier Abgeordneten der eben daselbst unter b), f), g), m) aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;
- 7. aus den drei Abgeordneten der eben daselbst unter e), n), o) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 8. aus den zwei Abgeordneten der eben baselbst unter d), e) aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;
- 9. aus ben sieben Abgeordneten der im §. 5 der Landtags-Wahlordnung unter 1, 2, 19, 20, 21, 22, 23 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;
- 10. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 3, 4, 3, 6 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

11. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 7, 8, 9, 10 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

12. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 11,

12, 13, 14 aufgeführten Bahlbezirke Gin Mitglied;

13. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 15,

16 17, 18 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

14. aus den fünf Abgeordneten der eben dort unter 24, 25, 26, 27, 36 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

13. aus den fünf Abgeordneten der eben dort unter 28,

29, 30, 31, 32 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

16. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 33, 34, 35, 36 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

17. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 37, 38, 39, 40 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied;

18. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 41,

42, 43, 44 aufgeführten Wahlbezirke Gin Mitglied;

19. aus den vier Abgeordneten der eben dort unter 43, 46, 47, 48 aufgeführten Bahlbezirke Ein Mitglied;

20. aus den neun Abgeordneten der eben dort unter 49, 50, 51, 52, 53, 71, 72, 73, 74 aufgeführten Wahlbezirke zwei Mitglieder;

21. aus den eilf Abgeordneren der eben dort unter 54, 57, 58, 59, 60, 61, 66, 67, 68, 69, 70 aufgeführten Wahlbezirke drei Mitglieder;

22. aus den fünf Abgeordneten der eben dort unter 55, 62, 63, 64, 65 aufgeführten Wahlbezirke Ein Mitglied.

11.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes, und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzs über die Reichsvertretung zu behandeln.

Landes-Ordnung

und

Landtags = Wahlordnung

für bas

Bergogthum Bukowina.

Landes = Ordnung.

Erftes Hauptstück.

Bon der Landesvertretung überhaupt.

§. 1.

Das Herzogthum Bukowina wird in Landesangelegenheiten vom Landtage vertreten.

§. 2.

Die zum Wirfungsfreise der Landesvertretung gehörigen Besugnisse werden entweder durch den Landtag selbst, oder durch den Landesausschuß ausgeübt.

§. 3.

Der Landtag besteht aus dreißig Mitgliedern, nämlich:

- a) dem Bufowinger Bischofe;
- b) aus neunundzwanzig gewählten Abgeordneten, u. zwar: Butowina. 43

- I. aus gehn Abgeordneten des großen Grundbefites,
- II. aus sieben Abgeordneten der durch die Bahlordnung bezeichneten Städte und der Sandels. und Gewerbekammer,
- III. aus zwölf Abgeordneten der übrigen Gemeinden des Berzogthums Bufowina.

§. 4.

Der Kaiser ernennt zur Leitung des Landtages aus bessen Mitte den Landeshauptmann und bessen Stellvertreter.

§. 5.

Die näheren Bestimmungen über die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, über die Vertheilung der Abgeordneten auf die zu bildenden Wahlbezirke, und über das Verfahren bei der Wahl enthält die Wahlordnung für das Herzogthum Bukowina.

§. 6.

Die Functionsdauer des Landeshauptmannes und beffen Stellvertreters, bann der gewählten Mitglieder des Landtages (die Landtagsperiode) wird auf sechs Jahre festgesest.

Die Wahlen der Abgeordneten zum Landtage fönnen von den Wählern nicht widerrufen werden.

Nach Ablauf der regelmäßigen Landtagsperiode oder nach der früher erfolgten Auflösung des Landtages, sowie in den Fällen, wenn inzwischen einzelne Abgeordnete austreten, mit Tod abgehen, oder die zur Wählbarkeit erforderliche Eignung verlieren, werden neue Wahlen ausgeschrieben.

Gewesene Landtagemitglieder fonnen wieder gewählt werden.

§. 7.

Die in den Landtag gewählten Abgeordneten dürfen feine Instructionen annehmen, und ihr Stimmrecht nur perfönlich ausüben.

§. 8.

Der Candtag hat sich über Allerhöchste Sinberufung in der Regel jährlich Sinmal, und zwar, in soferne vom Kaiser nicht etwas Anderes bestimmt wird, in Ezernowig zu versammeln.

§. 9.

Die Landtagsabgeordneten haben bei ihrem Eintritte in ben Landtag dem Kaiser Treue und Gehorsam, Beobachtung der Gesetze und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten in die Hände des Landeshauptmanns an Eidesstatt zu geloben.

§. 10.

Der Landeshauptmann eröffnet den vom Kaiser einberusenen Landtag, er führt den Borsitz in den Bersammlungen und leitet die Berhandlungen; er schließt den Landtag nach Beendigung der Geschäfte oder über besonderen Allerhöchsten Auftrag.

Der Landtag kann vom Kaiser auch mahrend der regelmäßigen Landtagsperiode zu jeder Zeit unter gleichzeitiger Anordnung neuer Bahlen aufgelöst werden.

§. 11.

Der Landesausschuß, als verwaltendes und ausführendes Organ der Landesvertretung, besteht unter dem Borsite des Landeshauptmannes aus vier aus der Mitte der Landtagsversammlung gewählten Beisihern.

Der Landeshauptmann ernennt für Verhinderungsfälle einen Stellvertreter zur Leitung des Landesausschusses aus dessen Mitte.

§. 12.

Ein Landesausschußbeisiger wird durch die von der Wählerclasse des großen Grundbesiges (§. 3, 1.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Städte und Handels- und Gewerbefammer (§. 3, 11.) gewählten Abgeordneten, Einer durch die von der Wählerclasse der Landgemeinden (§. 3, 111.) gewählten Abgeordneten und Einer von der ganzen Landesversammlung aus der Mitte des Landtages gewählt.

Iede jolche Bahl geschieht durch absolute Mehrheit der Stimmenden.

Kommt bei der ersten und zweiten Wahlhandlung keine absolute Mehrheit zu Stande, so ist die engere Wahl zwischen jenen beiden Personen vorzunehmen, welche bei der zweiten Wahlhandlung die meisten Stimmen erhalten haben.

Bei Stimmengleichheit entscheibet bas Los.

§. 13.

Für jeden Aussichusbeisiger wird nach dem Wahlmodus des vorigen Paragraphes ein Ersapmann gewählt.

Wenn ein Ausschußbeisitzer, während der Landtag nicht versammelt ist, mit Tod abgeht, austritt, oder auf längere Zeit an der Besorgung der Ausschußgeschäfte verhindert ist, tritt der Ersamann ein, welcher zur Stellvertretung jenes Ausschußbeisitzers gewählt worden ist. Ist der Landtag versammelt, so wird für den bleibend abgängigen Ausschußbeisitzer eine neue Wahl vorgenommen.

§. 14.

Die Functionsdauer der Beisiger des Landesausschusses und der Ersahmänner ist jener des Landtages, der sie gewählt hat, gleich. Sie währt jedoch nach dem Ablause der Landtagesperiode, sowie im Falle der Auslösung des Landtages noch so lange fort, dis aus dem neuen Landtag ein anderer Ausschuß bestellt worden ist. Der Austritt aus dem Landtage hat das Austreten aus dem Landesausschusse zur Folge.

§. 15.

Die Beisiger des Landesausschusses sind verpflichtet, ihren Aufenthalt in Czernowit zu nehmen.

Sie erhalten eine jährliche Entschädigung aus Landesmitteln, deren Söhe der Landtag bestimmt.

Zweites Hauptflück.

Birtungstreis der Landesvertretung.

I. Wirkungskreis des Tandtages.

§. 16.

Der Landtag ift berufen bei der Ausübung der gesetzgebenden Gewalt nach Maßgabe der Bestimmungen des faiserlichen Diploms vom 20. October 1860, Nr. 226 M. G. B. mitzuwirfen und hat die durch §. 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung sestgesetzte Jahl von fünf Mitgliedern in das Haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsenden.

Die Wahl dieser Mitglieder hat auf die im §. 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung festgesetzte Beise zu geschehen.

Die Vertheilung der zu wählenden Mitglieder des Hauses der Abgeordneten auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften ist im Anhange zu dieser Landesordnung festgestellt.

§. 17.

Gesetzengen in Landesangelegenheiten gelangen als Regierungsvorlagen an ben Landtag.

Auch dem Landtage steht das Recht zu, in Landesange-legenheiten Gesetze vorzuschlagen.

3u jedem Landesgesetze ist die Instimmung des Landtages und die Sanction des Kaisers erforderlich.

Anträge auf Erlaffung von Gesetzen, welche durch den Kaiser oder durch den Landtag abgelehnt worden sind, können in derselben Session nicht wieder vorgebracht werden.

§. 18.

Als Landesangelegenheiten werden erflärt:

- I. Alle Anordnungen in Betreff:
 - 1. der Landescultur;
 - 2. der öffentlichen Bauten, welche aus Landesmitteln bestritten werden;

- 3. ber aus Landesmitteln botirten Wohlthätigkeitsanstalten;
- 4. des Voranschlages und der Rechnungslegung des Landes, sowohl
- a) hinfichtlich der Landeseinnahmen aus der Berwaltung des dem Lande gehörigen Bermögens, der Besteuerung für Landeszwecke und der Benützung des Landeserebits, als
- b) rücksichtlich der ordentlichen und außerordentlichen Laudesausgaben.
 - II. Die näheren Anordnungen inner den Gränzen der allgemeinen Gesetze in Betreff:
 - 1. der Gemeindeangelegenheiten;
 - 2. der Kirchen- und Schulangelegenheiten;
 - 3. der Vorspannsleistung, dann der Verpflegung und Ginquartierung des Seeres; endlich

III. die Anordnungen über sonstige, die Wohlfahrt oder die Bedürsnisse des Landes betreffende Gegenstände, welche durch besondere Verfügungen der Landesvertretung zugewiesen werden.

§. 19.

Der Landtag ist berufen:

I. zu berathen und Anträge zu stellen:

a) über fundgemachte allgemeine Gesetze und Sinrich tungen bezüglich ihrer besonderen Rückwirfung auf das Wohl des Landes, und

- b) auf Erlassung allgemeiner Gesetze und Einrichtungen, welche die Bedürfnisse und die Wohlfahrt des Landes erheischen.
- 2. Borichläge abzugeben über alle Gegenstände, worüber er von der Regierung zu Rathe gezogen wird.

§. 20.

Der Landtag sorgt für die Erhaltung des nach seiner Entstehung oder Widmung ein Eigenthum der Bukowina bildenden Landesvermögens, dann der aus Landesmitteln errichteten oder erhaltenen Fonde und Anstalten.

Landtagsbeichlüffe, welche eine Beräußerung, bleibende Belastung oder eine Berpfändung des Stammvermögens mit sich bringen, bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 21.

Der Landtag verwaltet das Landesvermögen und das Credits und Schuldenwesen des Landes und sorgt für die Erfüllung der dießfalls dem Lande obliegenden Verpflichtungen. Er verwaltet und verwendet den Landesfond und den Grundentlastungssond des Herzogthumes Bukowina mit genauer Beachtung der gesetzlichen Zwecke und Widmungen dieser Fonde.

§. 22.

Der Landtag berathet und beschließt über die Aufbringung der zur Erfüllung seiner Wirtsamkeit für Landeszwecke, für das Bermögen, die Fonde und Anstalten des Landes

erforderlichen Mittel, insofern die Einfünfte des bestehenden Stammvermögens nicht gureichen.

Er ift berechtiget, zu diesem Zwecke Zuschläge zu den directen landesfürstlichen Steuern bis auf zehn Percente derselben umzulegen und einzuheben. Söhere Zuschläge zu einer directen Steuer oder sonstige Landesumlagen bedürfen der kaiserlichen Genehmigung.

§. 23.

Die Wirksamkeit des Landtages in Gemeindeangelegenheiten wird durch das Gemeindegesetz oder die besonderen Gemeindestatute geregelt.

§. 24.

Die mitwirkende und überwachende Ginflußnahme des Landtages in Steuersachen, namentlich in Betreff der Umlegung, Sinhebung und Abfuhr der landesfürstlichen directen Steuern, wird durch besondere Borschriften bestimmt.

§. 25.

Der Landtag beschließt über die Spstemisirung des Personal- und Besoldungsstandes der dem Landesausschusse beisugebenden oder für einzelne Verwaltungsobjecte zu bestellenden Beamten und Diener, er bestimmt die Art ihrer Ernennung und Disciplinarbehandlung, ihre Auhes und Versorgungsgenüsse und die Grundzüge der für ihre Dienstleistung zu ertheilenden Instructionen.

II. Wirkungskreis des Tandes-Ausschuffes.

§. 26.

Der Landesausschuß besorgt die gewöhnlichen Verwaltungsgeschäfte des Landesvermögens, der Landessonde und Unstalten und leitet und überwacht die Dienstleistung der ihm untergebenen Beamten und Diener.

Er hat hierüber sowie über die Ausführung der vollziehbaren Landtagsbeschlüsse dem Landtage Rechenschaft zu geben und Anträge in Landesangelegenheiten für den Landtag über Auftrag desselben oder aus eigenem Antriebe vorzuberathen.

§. 27.

Die dem Lande oder den vormaligen Ständen des Landes zustehenden Patronats- und Präsentationsrechte; das Vorschlags- oder Ernennungsrecht für Stiftplätze oder Stipendien, das Recht der Aufnahme in ständische Anstalten und Stiftungen wird vom Landesausschusse geübt.

§. 28.

Der Landesausschuß repräsentirt die Landesvertretung in allen Rechtsangelegenheiten. Die im Namen der Landesvertretung auszustellenden Urfunden sind von dem Landesshauptmanne und zwei Beisigern des Landesausschusses zu fertigen und mit dem Landessüegel zu versehen.

§. 29.

Der Landesausschuß hat die nöthigen Vorbereitungen für die Abhaltung der Landtagsfigungen und die Ausmitt-

lung, Inftandhaltung und Ginrichtung der für die Landesvertretung und die ihr unmittelbar unterstehenden Aemter und Organe bestimmten Räumlichseiten zu besorgen.

§. 30.

Der Landesausschuß hat die Wahlausweise der neu eintretenden Landtagsabgeordneten zu prüfen und darüber an den Landtag zu berichten, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht.

§. 31.

Die näheren Beisungen über die bem Landesaussichusse zukommenden Geschäfte und über die Art ihrer Besorgung bleiben der vom Landtage zu ertheilenden Instruction, und in Betreff der Ginflugnahme auf Gemeindesachen und auf Angelegenheiten der landesfürstlichen Steuern, den besonderen Gemeinde- und Steuergesegen vorbehalten.

Brittes Nauptstück.

Bon der Geichäftsbehandlung.

§. 32.

Der über ordnungsmäßige Einberufung versammelte Landtag hat die zu seinem Wirkungsfreise gehörigen Angelegenheiten in Sipungen zu verhandeln und zu erledigen.

Die Sigungen werden von dem Landeshauptmanne angeordnet, eröffnet und geschlossen.

Die Landtagsfigungen find öffentlich.

Ausnahmsweise fann eine vertrauliche Situng gehalten werden, wenn entweder der Vorsitzende oder wenigstens fänf Mitglieder es verlangen, und nach Entfernung der Zuhörer der Landtag sich dafür entscheidet.

§. 34.

Die einzelnen Berathungsgegenstände gelangen bor den Landtag:

- a) entweder als Regierungsvorlagen durch den Landeshauptmann;
- b) oder als Vorlagen des Landesausschusses oder eines speciellen durch Wahl aus dem Landtage und während desselben gebildeten Ausschusses;
- e) oder durch Antrage einzelner Mitglieder.

Selbstständige, sich nicht auf eine Vorlage der Regierung oder eines Ausschuffes beziehende Anträge einzelner Mitglieder mussen früher dem Landeshauptmanne schriftlich angezeigt und vorläufig der Ausschußberathung unterzogen werden.

Unträge über Gegenstände, welche außerhalb des Geschäftsfreises des Landtages liegen, sind durch den Landeshauptmann von der Berathung auszuschließen.

§. 35.

Der Landeshauptmann bestimmt die Reihenfolge ber zu verhandelnden Gegenstände.

Die an den Landtag gelangenden Regierungsvorlagen find vor allen anderen Berathungsgegenständen in Verhandlung zu nehmen und zu erledigen.

§. 36.

Der Landeschef des Herzogthums Bukowina oder die von ihm abgeordneten Commissäre haben das Recht, im Landtage zu erscheinen, und jederzeit das Wort zu nehmen; an den Abstimmungen nehmen sie nur Theil, wenn sie Mitglieder des Landtages sind.

Wenn die Absendung von Mitgliedern der Regierungsbehörden wegen Ertheilung von Ausfünften und Auftlärungen bei einzelnen Verhandlungen nothwendig oder wünschenswerth erscheint, hat sich der Landeshauptmann an die Vorstände der betreffenden Behörden zu wenden.

§. 37.

Bur Beschlußfassung in dem Landtage ift die Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Gesammtzahl aller Mitglieder, und zur Giltigkeit eines Beschlusses die absolute €timmenmehrheit der Anwesenden erforderlich.

Bei Stimmengleichheit ift der in Berathung gezogene Antrag als verworfen anzusehen.

Zu einem Beschlusse über beantragte Aenderungen der Landesordnung ist die Gegenwart von mindestens drei Biertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Anwesenden erforderlich.

§. 38.

Die Stimmgebung ist in der Regel mündlich; nach dem Ermessen des Borsitzenden fann solche auch durch Anfstehen und Sitzenbleiben stattfinden.

Bahlen oder Besetzungen werden durch Stimmzettel vorgenommen.

Bufomina.

Die vom Landtage gepflogenen Verhandlungen find unter Zulegung der Sigungsprotokolle im Wege des Landeschefs zur Allerhöchsten Kenntniß zu bringen.

Die Art der Beröffentlichung der gepflogenen Berhandlungen beftimmt der Landtag.

§. 40.

Der Landtag darf mit feiner Landesvertretung eines andern Kronlandes in Berkehr treten, auch darf derfelbe keine Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen in die Versammlung des Landtages nicht zugelassen, und Bittschriften vom Landtage nur dann angenommen werden, wenn sie ihm durch ein Mitglied überreicht werden.

Die Absendung von Landtagsdeputationen an das Allerhöchste Hoflager darf nur über vorläufig erwirfte kaiser-liche Genehmigung stattfinden.

§. 41.

Der Landesausschuß hat die ihm überwiesenen Geschäfte in Collegialberathungen zu verhandeln und zu erledigen.

Bur Giltigkeit eines Beschlusses ift die Unwesenheit von wenigstens drei Ausschußbeisitzern erforderlich.

Der Landeshauptmann ist, wenn er einen Beschluß des Landesausschusses als dem öffentlichen Wohle oder den bestehenden Gesetzen zuwiderlaufend ansieht, berechtigt und verpflichtet, die Ausführung zu sistiren und die Angelegenheit unverzüglich der Allerhöchsten Schlußfassung im Wege des Landeschefs zu unterziehen.

\$. 42.

Der Landesausschuß darf nur mit dem Landtage, aus dem er hervorgegangen, in Verkehr treten und nur in den ihm übertragenen Verwaltungsangelegenheiten Kundmachungen erlassen.

Deputationen dürfen vom Landesausschuffe nicht angenommen werden.

Landtags=Wahlordnung.

I. Von den Wahlbezirken und Wahlorten.

§. 1.

Für die Wahl der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesiges bildet das Herzogthum Bukowina Einen Wahlbezirk. Der Wahlort ist die Stadt Czernowig.

§. 2.

Die Wähler der Abgeordneten aus der Classe des großen Grundbesitzes theilen sich in zwei Wahlförper, deren erster die stimmberechtigten Witglieder des Bukowinaer bischöflichen Consisteniums und die Vorsteher der Klöster zu Dragomirna, Putna und Suczawica, den zweiten alle übrigen wahlberechtigten Grundbesitzer dieser Classe zu bilden haben. Der erste Wahl körper hat zwei, der zweite acht Abgeordnete zu wählen.

\$. 3.

Für die Wahl der Abgeordneten der Städte bilden: die Stadt Gzernowik Ginen Wahlbezirk;

Die Städte: a) Zuczawa, b) Zereth, e) Radauz je Ginen Wahlbezirk und find zugleich die Wahlorte.

S. 4.

In Czernowig sind zwei und in jeder der übrigen im §. 3 angeführten Städte ist je Gin Abgeordneter zu mahlen.

Alle Wahlberechtigten jedes Wahlbezirkes bilden Einen Wahlkörper.

§. 5.

Die Handels- und Gewerbekammer zu Czernowiß hat zwei Landtagsabgeordnete zu wählen.

Für diese Wahlen haben die Mitglieder und Ersapmänner jeder Kammer den Wahlkörper zu bilden.

§. 6.

Für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden bilden die politischen Bezirke: 1. Czernowig, 2. Kogmann, 3. Nadauz, 4. Sadagóra, 3. Sereth, 6. Storożynec, 7. Suczawa, 8. Wastouz, 9. Zastawna, 10. Wisnig mit Putilla, 11. Gura humora mit Solka und 12. Kimpolung mit Vorna, je Einen Wahlbezirk.

S. 7.

In jedem für die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinde gebildeten Wahlbezirke ist der Sig des politischen Bezirksamtes der Wahlort. Sitt die im vorigen g. unter 10, 11 und 12 aufgeführten Wahlbezirke ist der Umtssig des daselbst zuerst aufgeführten politischen Bezirkes der Wahlort.

\$. 8.

Jeder der im §. 6 aufgeführten Wahlbezirke hat Einen Abgeordneten zu mählen.

Die Wahlmänner aller in Einem Wahlbezirke gelegenen Gemeinden (mit Ausnahme der nach §. 3 zur Wahl von Abgeordneten berechtigten Städte) bilden Einen Wahlkörper.

II. Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit.

\$. 9.

Die den erfien Wahlförper der Wahlberechtigten des großen Grundbesiges bildenden Mitglieder haben uber Auf-

forderung des Landeschefs zwei Abgeordnete durch einzufendende Stimmzettel zu mählen.

Die fibrigen acht Abgeordneten der Wählerelasse bes großen Grundbesitzes sind durch directe Wahl der großiährigen, dem österreichischen Staatsverbande angehörigen Besitzer jener landtäflichen Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) wenigstens Einhundert Gulden beträgt, zu wählen.

§. 10.

Unter mehreren Mitbesitzern eines zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gutes kann nur derjenige aus ihnen wählen, welchen sie hiezu ermächtigen.

Der Besitz zweier oder mehrerer landtäflicher Güter, deren Jahresschuldigkeit an landesscürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) zusammengenommen wenigstens Einhundert Gulden beträgt, berechtigt ebenfalls zur Wahl.

§. 11.

Für jene zur Wahl berechtigenden landtäflichen Güter, in deren Besitz eine Corporation oder Gesellschaft sich besindet, ist das Wahlrecht durch jene Person auszuüben, welche nach den bestehenden gesetzlichen oder gesellschaftlichen Normen berusen ist, die Corporation oder Gesellschaft nach außen zu vertreten

Gemeinden, welche sich im Besitze von zur Wahl berechtigenden landtäflichen Gütern befinden, können als solche dieses Wahlrecht nicht ausüben. Die Abgeordneten der im §. 3 aufgeführten Städte sind durch directe Wahl der ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindeglieder zu wählen, welchen das Gemeindegesch vom 17. März 1849, Nr. 170 N. G. B. das active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesetzes und die Ministerialverordnung vom 7. März 1850, Nr. 116 R. G. B. das active Wahlrecht nach ihrer persönlichen Eigenschaft zuerkennen.

§. 13.

Die Wahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat durch gewählte Wahlmänner zu geschehen.

Jede Gemeinde des Wahlbezirkes hat auf je fünshundert Einwohner Einen Wahlmann zu wählen. Restbeträge, welche sich bei der Theilung der Einwohnerzahl durch fünshundert ergeben, haben, wenn sie zweihundert fünszig oder darüber betragen, als fünshundert zu gelten; wenn sie weniger als zweihundert fünszig betragen, unberücksichtigt zu entfallen.

Kleine Gemeinden, deren Einwohnerzahl weniger als fünshundert beträgt, wählen Einen Wahlmann.

§. 14.

Die Wahlmänner jeder Gemeinde sind durch die ersten zwei Drittheile aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an directen Steuern gereihten Gemeindeglieder zu wählen,

welchen bas Gemeinbegeset vom 17. März 1849, Nr. 170 R. G. B. bas active Wahlrecht einräumt.

Diesen sind als Wähler auch jene Personen anzureihen, welchen der §. 28, 2. des obigen Gesetze und die Ministerialverordnung vom 7. März 1850, Nr. 116 N. G. B. das active Wahlrecht nach ihrer persönlichen Gigenschaft zuerkennen.

§. 15.

Der großjährige, dem österreichischen Staatsverbande angehörige Besitzer eines außer dem Gemeindeverbande befindlichen landtäslichen Gutes, dessen Jahresschuldigkeit an landesfürstlichen Realsteuern (mit Ausnahme des Kriegszuschlages) nicht wenigstens Einhundert Gulden beträgt, hat an der Wahl des Abgeordneten der Landgemeinden des Wahlbezirkes, in welchem das Gut gelegen ist, als Wahlmann Theil zu nehmen.

Unter mehreren Mitbesitzern eines solchen Gutes kann nur derjenige als Wahlmann eintreten, welchen fie hiezu ermächtigen.

§. 16.

Zeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in Einem Wahlbezirke und in der Regel nur persönlich ausüben.

Ausnahmsweise können Wahlberechtigte der Wählerelasse des großen Grundbesitzes ihr Stimmrecht durch einen Bevollmächtigten ausüben. Derselbe muß in dieser Wählerelasse wahlberechtigt sein und er darf nur Einen Wahlberechtigten vertreten.

Wer in der Wählerclasse des großen Grundbesitzes waht. berechtigt ist, darf in keinem Wahlbezirke der beiden anderen Wahlerclassen, und wer in einem Wahlbezirke der im §. 3

genannten Städte wahlberechtigt ift, in keiner Landgemeinde wählen.

Ist ein Wahlberechtigter der Wähleresasse der Städte und der Landgemeinden Mitglied mehrerer Gemeinden, so übt er das Wahlrecht bloß in der Gemeinde seines ordentlichen Wohnsiges.

§. 17.

Alls Landtagsabgeordneter ist jeder wählbar, welcher:

- a) österreichischer Staatsbürger;
- b) dreißig Jahre alt ift;
- c) im Vollgenusse der bürgerlichen Rechte sich befindet, und
- d) in einer Wählerclasse bes Landes, nämlich entweder in jener des großen Grundbesites, oder in jener der Städte oder in jener der Landgemeinden zur Wahl der Landtagsabgeordneten nach den Bestimmungen der vorausgehenden §§. 9 bis 15 wahlberechtigt ist.

Diese Ersordernisse der Wählbarkeit gelten auch für die Abgeordneten der Handels und Gewerbekammer.

§. 18.

Von dem Wahlrechte und der Wählbarkeit zum Landtage find ausgeschlossen:

a) Perfonen, welche eines Verbrechens oder Vergehens, oder einer aus Gewinnfucht oder gegen die öffentliche Sittlickkeit begangenen Nebertretung schuldig erkannt, oder wegen eines Verbrechens oder Vergehens, oder wegen einer aus Gewinnsucht begangenen Nebertretung bloß aus Un-

zulänglichkeit der Beweismittel von der Anklage freige sprochen worden sind;

- b) Personen, welche wegen einer ber unter a) bezeichneten strasbaren Handlungen in Untersuchung gezogen worden sind, in solange diese Untersuchung dauert; und
- c) Personen, über deren Vermögen der Concurs eröffnet oder das Vergleichsversahren eingeseitet wurde, in solange die Concurs- oder Vergleichsverhandlung dauert, und nach Beendigung der Verhandlung, wenn sie hieran nicht für schuldloß erkannt worden sind.

III. Don der Ausschreibung und Vorbereitung der Wahlen.

§. 19.

Die Aufforderung zur Vornahme der Wahl geschieht in der Regel durch Erlässe des Landeschess, welche den Tag, an dem die Wahl der Landtagsabgeordneten in den durch diese Wahlordnung bestimmten Wahlorten vorzunehmen ist, zu enthalten haben.

Die Festssehung des Wahltages hat derart zu geschehen, daß alle nöthigen Vorbereitungen vor Eintritt desselben beenbet werden können.

§. 20.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den Landtag hat in der Art zu geschehen, daß zuerst die Abgeordneten der Landgemeinden, dann die Abgeordneten der Städte und der Handels- und Gewerbekammer und endlich die Abgeordneten des großen Grundbesitzes gewählt, und daß die Wahlen für

jebe ber beiben ersteren Wählerclassen im ganzen Lande an dem nämlichen Tage vorgenommen werden.

§. 21.

Die Ausschreibung allgemeiner Wahlen ist durch die Landeszeitung und durch Plakate in allen Gemeinden des Herzogthums Bukowina bekannt zu machen.

Die Ausschreibung einzelner Wahlen ift bezüglich der Wählerclasse des großen Grundbesitzes durch die Landeszeitung, bezüglich der Wählerclassen der Städte und Landgemeinden durch Plakate in den den Wahlbezirk bildenden Gemeinden zu verlautbaren.

§. 22.

Alle Bahlberechtigten, welche nach den Bestimmungen dieser Bahlordnung Einen Bahlkörper bilden, sind in eine besondere Liste einzutragen.

Die Wählerliste jedes Wahlkörpers ist von dem zu deren Anfertigung berufenen Organe in Evidenz zu erhalten, und behuss der Vornahme der Wahl in zwei Parien auszusertigen.

§. 23.

Die Wählerliste für den zweiten Wahlkörper des großen Grundbesites, sowie das Verzeichniß derjenigen Personen, welche nach den Bestimmungen des §. 15 in einem Wahlbezirke der Landgemeinden zur Theilnahme an der Wahl der Landtagsabgeordneten als Wahlmänner berechtigt sind, ist vom Landeschef anzusertigen und durch Einschaltung in die Landeszeitung unter Anderaumung einer vierzehntägigen, vom Tage der Kundmachung zu berechnenden Reclamationsfrist zu verlaut-

baren. Reclamationen, die nach Ablauf der Frist erfolgen, sind als verspätet zurückzuweisen.

§. 24.

Ueber den Grund oder Ungrund der die Aufnahme von Richtwahlberechtigten oder die Beglassung von Wahlberechtigten betressenden Reclamationen hat der Landeschef zu entscheiden, dem auch das Recht zusteht, bis zum Wahltermine Berichtigungen der Wählerliste des großen Grundbesitzes von Amtswegen vorzunehmen.

§. 25.

Sobald die Wählerliste des Wahlkörpers des großen Grundbesites nach ersolgter Entscheidung über die rechtzeitig eingebrachten Reclamationen richtiggestellt ist, werden für die einzelnen Wähler Legitimationskarten ausgesertigt, welche die fortlaufende Rummer der Wählerliste, den Namen und Wohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Lag und die Stunde der Wahlhandlung zu enthalten haben.

Wahlberechtigten, welche im Lande wohnen, sind ihre Legitimationskarten zuzusenden, die außerhalb des Landes wehnenden Wahlberechtigten sind zur Erhebung ihrer Legitimationskarten durch die Landeszeitung auszusordern.

Aus dem richtiggestellten Verzeichnisse der nach §. 15 berusenen Wahlmänner hat der Landeschef Auszüge den Bezirksvorstehern der bezüglichen Wahlorte zur Aufnahme in die Hauptliste der Wahlmänner des Wahlbezirkes (§. 34) und zur Aussertigung und Zustellung der Legitimationskarten mitzutheilen.

§. 26.

Die Liste ber Bähler in jeder der im §. 3 angeführten Städte ist von deren Gemeindevorstande mit genauer Beachtung der Bestimmungen der §§. 12 und 18 zu verfassen, und von dem Vorstande der politischen Behörde, welcher die Stadt untersteht, unter Bestätigung der Richtigkeit mitzusertigen.

§. 27.

Jebe nach bem vorangehenden Paragraphe zur Bestätigung der Richtigkeit der Landtagswählerlisten der Städte berusene politische Behörde hat den eingetragenen Wählern Legitimationskarten auszusertigen und zuzustellen, welche den Namen und Bohnort des Wahlberechtigten, den Ort, den Tag und die Stunde der Mahlhandlung zu enthalten haben.

§. 28.

Behufs der Bahl der Abgeordneten der Landgemeinden hat jede politische Bezirksbehörde des Herzogthums Bukowina für jede in ihrem Sprengel gelegene Gemeinde (mit alleiniger Ausnahme der im §. 3 aufgeführten Städte) auf Grund der bei der letten Bolkszählung ermittelten einheimischen Bevölkerung nach Borschrift des §. 13 die Anzahl der von jeder Gemeinde zu wählenden Wahlmänner seszusehen, und dem Gemeindevorstande mit der Weisung bekannt zu geben, das Verzeichniß der nach den Bestimmungen der §§. 14 und 18 zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder zu verstassen und vorzulegen.

Bufomina.

Der Vorstand der politischen Bezirksbehörde hat nach Ginlangen des Verzeichnisses der zur Wahl der Wahlmänner berechtigten Gemeindeglieder den Tag, die Stunde und den Ort der Vornahme dieser Wahl seitzusegen, zu deren Leitung einen Abgeordneten als Wahlcommissär zu bestimmen und den Gemeindevorsteber von diesen Verfügungen rechtzeitig mit der Weisung in Kennuniß zu seiten, die wahlberechtigten Gemeindeglieder zur Vornahme der Wahl einzuladen.

§. 30.

Der Wahlcommissär hat das Verzeichniß der stimmberechtigten Gemeindeglieder zu prüsen, dessen Richtigkeit, sowie die geschehene Vorladung der Wähler zu bestätigen, und das Verzeichniß der Wählberechtigten nebst der vorbereiteten Abstimmungsliste dem Gemeindevorstande zu übergeben, welcher vereint mit dem Wählcommissär die Wählcommission bildet.

§. 31.

Die Wahl der Wahlmänner hat am bestimmten Wahltage zur festgesetzten Stunde und in dem bezeichneten Versammlungserte ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler zu gescheben, und sind dabei die Bestimmungen der nachkolgenden \$\xi\$. 38, 39, 40, dann 42 bis einschließig 46 in analoge Anwendung zu bringen.

Zeber Wähler hat so viele Namen zu nennen, als Wahlmänner zu wählen sind.

Bur Giltigkeit der Wahl der Wahlmanner ift bie absolute Mebibeit der Stimmenden nothwendig.

Wird diese bei der ersten Abstimmung nicht erzielt, so ist nach den Bestimmungen der §§. 47, 48 und 49 weiter vorzugehen.

§. 32.

Der politische Bezirksvorsteher hat die Legalität des Wahlactes der Wahlmänner in seder Gemeinde zu constatiren, und wenn sich nicht die Nothwendigkeit einer Neuwahl, die sogleich unter Angabe der Gründe anzuordnen ist, ergibt, die Gewählten in die doppelt auszusertigende Liste der Wahlmänner des ganzen politischen Bezirkes einzutragen.

§. 33.

Sobald durch geschehene Wahl der Wahlmänner in allen Landgemeinden des Bezirfes die Wahlliste der Wahlmänner vollständig ist, hat der politische Bezirfsvorsteher den Wahlmännern Legitimationsfarten auszusertigen und zuzustellen, welche die fortlausende Nummer der Bezirfsliste der Wahlmänner, den Namen und Wohnort des Wahlmannes, den Ort, den Tag und die Stunde der Wahl des Landtagsabgeordneten zu enthalten haben.

Die Listen der Wahlmänner jener Bezirke, deren Amtsort nicht zugleich Wahlort ist, sind nebst den Acten über die Wahl der Wahlmänner dem Vorstande des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes einzusienden und von demselben auch die zur Aussüllung der Legitimationskarten nöthigen Weisungen über Ort, Tag und Stunde der Wahlhandlung einzuholen.

Der Vorstand des politischen Bezirksamtes am Size des für den Wahlbezirk bestimmten Wahlortes hat die Listen der gewählten und der nach §. 13 berusenen Wahlmänner aller zu einem Wahlbezirke vereinten politischen Bezirke in eine Hauptlisse der Wahlmänner des Wahlbezirkes zusammenzustellen und in deppetter Aussertigung für die Wahlhandlung vorzubereiten.

IV. Don der Vornahme der Wahl der Candtags-Abgeordneten.

§. 35.

Die Leitung der in Gegenwart eines landesfürstlichen Commissärs vorzunehmenden Wahlhandlung jedes Wahlkörpers wird einer aus demselben gebildeten Wahlcommission übertragen, welche zu bestehen hat:

- 1. für den zweiten Wahlförper des großen Grundbestiges aus drei von den Wahlberechtigten und aus zwei vom Landeschef ernannten Mitgliedern;
- 2. für jeden Wahlkörper ber im §. 3 aufgeführten Stadte aus dem Bürgermeister oder dem von ihm bestellten Stellvertreter und zwei Mitgliedern der Gemeindevertretung des Wahlortes und aus vier vom Wahlcommissär ernannten Gliedern;
- 3. für seden Wahlkörper der Landgemeinden aus drei vom Wahlcommissär und aus vier von den Wahlmännern ernannten Gliedern des Wahlkörpers.

\$. 36.

Die den Wählern und beziehungsweise Wahlmännern erselgten Legitimationskarten berechtigen zum Eintritte in das bestimmte Wahllocale und haben als Aufforderung zu gelten,

sich ohne jede weitere Vorladung an dem darauf bezeichneten Tage und zu der festgesetzten Stunde zur Vornahme der Wahl einzusinden.

§. 37.

Un dem Tage der Wahl zur festgesetzten Stunde und in dem dazu bestimmten Versammlungsorte wird die Wahlhandlung ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Wähler mit der Constituirung der Wahlcommission begonnen, welche den Vorsigenden aus ihrer Mitte ernennt und die Wählerlisten nebst den vorbereiteten Abstimmungsverzeichnissen übernimmt.

§. 38.

Der Vorsitzende der Wahlcommission hat den versammelten Wählern den Inhalt der §§. 17 und 18 der Wahlordnung siber die zur Wählbarkeit ersorderlichen Eigenschaften gegenwärtig zu halten, ihnen den Vorgang bei der Abstimmung und Stimmenzählung zu erklären und sie aufzusordern, ihre Stimmen nach freier Ueberzeugung ohne alle eigennüßige Nebenrücksichten derart abzugeben, wie sie es nach ihrem besten Wissen und Gewissen für das allgemeine Wohl am zuträglichsten halten

§. 39.

Wenn Jemand vor dem Beginne der Abstimmung gegen die Wahlberechtigung einer in der Wählerliste aufgeführten Person Einsprache erhebt und behauptet, daß bei ihr seit der Anfertigung der Wahlerlisten ein Ersorderniß des Wahlrechtes weggefallen sei, so wird darüber von der Wahlcommission sogleich und ohne Zulasseng eines Recurses entschieden.

\$, 40.

Die Abstimmung selbst beginnt damit, daß die Mitglieder der Wahlcommission, in soferne sie wahlberechtigt sind, ihre Stimmen abgeben.

Hierauf werden durch ein Mitglied der Wahleommission die Wähler in der Reihenfolge, wie ihre Namen in der Wählerlifte eingetragen sind, zur Stimmgebung aufgerusen.

Wahlberechtigte, die nach geschehenen Aufruse ihres Namens in die Wahlversammlung kommen, haben erst, wenn die ganze Wählerliste durchgelesen ist, ihre Stimmen abzugeben und sich deshalb bei der Wahlcommission zu melden.

§. 41.

Jeder zur Abstimmung aufgerusene Wähler hat unter Abgabe seiner Legitimationskarte mit genauer Bezeichnung jene Person zu nennen, die nach seinem Wunsche Abgeordneter zum Landtage werden soll.

Entfallen auf einen Wahlkörper mehrere Abgeordnete, so hat jeder Wähler so viele Namen zu nennen, als Abgeordnete zu wählen sind.

§. 42.

Wenn sich bei der Stimmgebung über die Identität eines Wählers Anstände ergeben, so entscheidet darüber sogleich die Wahleemmission ohne Zulassung eines Necurses.

S. 43.

Zede Abstimmung wird in die hierzu vorbereiteten Aubriken des zweifachen Abstimmungsverzeichnisses neben dem Namen des Wählers eingetragen. Die Eintragung besorgt in dem einen Verzeichnisse der vom Bahlcommissär der Bahlcommission beizugebende Schriftsührer und gleichzeitig Ein Mitglied der Bahlcommission in dem zweiten Verzeichnisse, welches als Gegenliste die Controle der Eintragung bildet.

§. 44.

Wahlstimmen, die unter Bedingungen oder mit Beifügung von Aufträgen an den zu Wählenden abgegeben werden, find ungiltig.

lleber die Giltigkeit oder Ungiltigkeit einzelner Wahlstim men entscheidet sogleich die Wahlcommission ohne Zulassung des Necurses.

§. 45.

Die Wahl muß in der Regel im Laufe des bazu bestimmten Tages vollendet werden. Treten aber Umstände ein, welche den Anfang, Fortgang oder die Beendigung der Wahl verhindern, so kann die Wahlhandlung von der Wahlcommission mit Zustimmung des Wahlcommissärs auf den nächstsolgenden Tag verschoben oder verlängert werden. Die Bekanntmachung darüber hat für die Wähler auf ortsübliche Weise zu geschehen.

§. 46.

Sobald alle anwesenden Wähler ihre Stimmen abgegeben haben, ist von dem Vorsitzenden der Wahlcommission die Stimmgebung für geschlossen zu erklären, das zweisache Abstimmungsverzeichnis von der Wahlcommission und dem Wahlcommissär zu unterzeichnen und mit der Scrutinirung sogleich zu beginnen.

Das Resultat ber vollendeten Stimmzählung ist von dem Vorsigenden der Wahlcommission sogleich bekannt zu geben.

§. 47.

Zur Giltigkeit der Wahl jedes Landtagsabgeordneten ist die absolute Mehrheit der Stimmenden nothwendig.

Bei Gleichheit der Stimmen entscheidet in allen Fällen das Los, welches von dem Vorsigenden der Wahlcommission zu ziehen ist.

§. 48.

Kommt bei dem Abstimmungsacte für einen ober den andern zu wählenden Abgeordneten keine solche Stimmenmehrheit zu Stande, so wird ein zweites Scrutin vorgenommen, und falls auch bei diesem nicht die nöthige Mehrheit sich herausstellt, zu der engeren Bahl geschritten.

§. 49.

Bei der engeren Wahl haben die Wähler sich auf jene Personen zu beschränken, die beim zweiten Scrutin nach denjenigen, welche die absolute Mehrheit erlangten, die relativ meisten Stimmen für sich hatten.

Die Zahl der in die engere Wahl zu bringenden Personen ist immer die doppelte von der Zahl der noch zu wählenden Abgeordneten.

Zebe Stimme, welche beim dritten Scrutin auf eine nicht in die engere Wahl gebrachte Person fällt, ist als ungiltig zu betrachten.

§. 50.

Wenn die erforderliche Anzahl Abgeordneter gehörig gewählt ist, wird das über die Wahlhandlung geführte Protofoll

geschlossen, von den Gliedern der Wahlcomnission und dem landeskürstlichen Commissär unterschrieden, gemeinschaftlich unter Anschluß der Abstimmungsverzeichnisse und Stimmzählungslisten — und bei Wahlen der Abgeordneten der Landgemeinden auch unter gleichzeitiger Beilegung der Wahlacten der Wahlmänner — versiegelt, mit einer den Inhalt bezeichnenden Auschrift versehen und dem landeskürstlichen Commissär zur Einfendung an den Landeschef übergeben.

§. 51.

Der Landeschef hat nach Einsichtnahme der an ihn gelangten Wahlacten jedem gewählten Abgeordneten, gegen den nicht einer der durch §. 18 normirten Ausschließungsgründe von der Wählbarkeit vorliegt, ein Wahlcerrificat aussertigen und zustellen zu lassen.

Dieses Certificat berechtigt den gewählten Abgeordneten zum Eintritte in den Landtag und begründet in sollange die Vermuthung der Giltigkeit seiner Wahl, bis das Gegentheil erkannt ist.

§. 52.

Sämmtliche Wahlacten hat der Landeschef an den Landesausschuß zu leiten, welcher dieselben zu prüsen und darüber an den Landtag zu berichten hat, dem die Entscheidung über die Zulassung der Gewählten zusteht (§. 30 der Landesordnung). Bei der ersten nach dieser Wahlordnung vorzunehmenden Wahl sind die sämmtlichen Wahlacten unmittelbar dem Landtage behufs dieser Entscheidung zu übergeben.

V. Schlufbestimmung.

§. 53.

Während der Dauer der ersten Landtagsperiode können Anträge auf Aenderung der Bestimmungen dieser Wahlordnung durch absolute Stimmenmehrheit des nach §. 37 der Landesordnung überhaupt beschlußfähigen Landtages beschlossen werden.

Rach Ablauf der ersten sechsjährigen Landtagsperiode ist zu einem Beschlusse des Landtages über beantragte Aenderungen der Wahlordnung die Gegenwart von mindestens drei Viertheilen aller Mitglieder und die Zustimmung von mindestens zwei Drittheilen der Amvesenden erforderlich.

Anhang zur Landes-Ordnung.

Ī.

Die Vertheilung der vom Landtage in das haus der Abgeordneten des Reichsrathes zu entsendenden fünf Mitglieder auf die einzelnen Gebiete, Städte und Körperschaften wird in nachsolgender Weise festgestellt.

Der Landtag hat zu wählen:

- 1. Aus dem nach §. 3, a) der Landesordnung zur Virilstimme berechtigten Mitgliede und den zehn Abgeordneten des großen Grundbesitzes, zusammen zwei Mitglieder;
- 2. aus den zwei Abgeordneten der Stadt Ezernowiß, den zwei Abgeordneten der

3. aus den zwölf Abgeordneten der im §. 6 der Landtags-Wahlordnung unter 1 bis einschließlich 12 aufgeführten Wahlbezirke . zwei Mitglieder.

II.

Anträge auf Aenderungen der vorstehenden Vertheilung gehören zur Competenz des Reichsrathes und sind nach den Bestimmungen des §. 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung zu behandeln.



Raiserliches Patent,

wemit die Anflähing des kändigen und nerkärkten Reichsrathes verhigt, die Einfehung eines Staatsrathes ungeordnet und das Statut für lehteren kundgemacht wird,

Wir Franz Joseph der Erste,

von Gottes Gnaben Kaiser von Desterreich; König von Palmatien, Aroalien, Siawonien, Golizien, Lodomerien und Nühmen, König der Lombardei und Venedigs, von Palmatien, Aroalien, Siawonien, Galizien, Lodomerien und Illirien, König von Jerusalem z.; Erzherzog von Gekerreich; Großherzog von Toscana und Arakau; Perzog von Lothringen, von Salzburg, Steper, Kärnthen, Krain und der Pukowina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlesen, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwih und Jator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Jara; gefürsteter Graf von Habsvurg und Tirol, von Anburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Briren; Markgraf von Ober- und Nieder-Lausih und in Istrien; Gras von Johenembs, Feldkirch, Pregenz, Sonnenberg z.; Herr von Triest, von Catiaro und auf der windischen Mark; Großwojwod der Wojwodschaft Serbien z. ze.

haben nach Anhörung Unseres Ministerrathes beschlossen, wie folgt:

Erstens: Der ständige und verstärfte Reichsrath wird aufgelöst; die Bestimmungen des Patentes vom 13. April 1851, des Cabinetschreibens vom 20. August 1831 und des Patentes vom 3. März 1860 werden außer Wirksamkeit gesetzt.

1

Zweitens: Ein Staatsrath wird eingesetzt, deffen Bestimmung, Stellung und Zusammensetzung durch das beiliegende Statut geregelt wird.

Gegeben in unserer Saupt und Residenzstadt Wien den sechsundzwanzigsten Februar im Gintausend achthundert ein undsechzigsten, Unserer Reiche im dreizehnten Jahre.

Franz Ioseph m. p. LS

Erzherzog Rainer m. p.

Nedhberg m. p. Meckern m. p. Degenfeld m. p. Schwerting m. p. Caffer m. p. Szecken m. p. Plener m. p. Wickenburg m. p. Pratobevera m. p.

> Auf Allerhöchste Anordnung: Raufonnet m. p.

Statut für den Staatsrath.

S. 1.

Der Staatsrath besieht aus einem Prasidenten und mehreren Staatsrathen.

§. 2.

Der Präsident des Staatsrathes hat den Mang eines Ministers.

Er wird den Berathungen des Ministerrathes beigezogen, ohne an der Abstimmung Theil zu nehmen.

§. 3.

Der Kaijer ernennt den Staatsraths Prafidenten und die Staatsrathe.

§. 4.

Bei der Wahl der Staatsräthe wird auf ausgezeichnete Befähigung und Erfahrung in der Justiz-, Finanz-, Militärund politischen Verwaltung, sowie auf genaue Kenntniß der Verhältnisse der einzelnen Königreiche und Länder entsprechend Rücksicht genommen.

Der Staatsrath hat im Allgemeinen die Bestimmung, den Kaiser und sein Ministerium mit der Einsicht, den Kenntnissen und der Ersahrung seiner Mitglieder zur Erziehung sester, gereister und übereinstimmender Grundsätze berathend zu unterstützen.

Insbesondere sind Gesetzentwürfe, welche zur Vorlage an die Vertretungen des Reiches oder einzelner Länder bestimmt sind, oder welche von der Initiative derselben ausgehend der Allerhöchsten Sanction unterbreitet werden, desgleichen wichtige normative Verordnungen in Verwaltungsangelegenheiten dem Staatsrathe zur Berathung zuzuweisen.

Der Kaiser behält sich vor, das Gutachten des Staatsrathes auch in anderen Lingelegenheiten einzuholen.

Welcher Wirfungsfreis dem Staatsrathe in Bezug auf die Entscheidung bei Competenzeonflieten und in streitigen Angelegenheiten öffentlichen Mechts zusteht, sowie die Bestimmung der Art und Weise, wie er diese Junction auszuüben hat, wird zur Ergänzung dieses Statuts durch ein besonderes Gesetz seitzelt.

§. 6.

Die Aufträge zur Erstattung der Gntachten gelangen an den Staatsraths-Präsidenten entweder auf Beschl des Kaisers oder zufolge Beschlusses des Ministerrathes durch den Präsidenten des letzteren.

Der Staatsraths Prafident ist ermächtiget, ausgezeichnete Perfönlichkeiten ohne Unterschied, ob sie ein öffentliches Amt

betleiden oder nicht, den Berathungen des Staatsrathes beizuziehen, wenn ihre Kenntnisse, Einsichten oder Ersahrungen auf die gründliche Entscheidung eines Gegenstandes von Einfluß sehn können.

S: 7.

Der Präfibent des Staatsrathes hat mit Mückficht auf den vorigen Artikel die Geschäfte den einzelnen Mitgliedern des Staatsrathes zuzutheilen, die Theilnehmer an der Verathung zu bestimmen.

Ob ein Gutachten von dem ganzen staatsräthlichen Körper oder von einer Abtheilung desselben zu erstatten ist, hängt nach Beschaffenheit des Gegenstandes von der Entscheidung des Präsidenten ab.

Die Gurachten des Staatsrathes find von desien Präsidenten unter Mitzertigung des Referenten zu unterzeichnen.

§. 8.

Sowohl der Staatsrath als auch jedes einzelne Mitglied ift in Bezug auf seine Meinungen und Ansichten selbstsfändig und vollkommen unabhängig.

§. 9.

Ieder Minifter oder Chef einer Centralstelle, in dessen Wirfungöfreis eine Borlage gehört, worüber im Staatsrathe Berathung gepflogen wird, ist berechtiget, an derselben Theil zu nehmen und hat, vom Staatsraths-Präsidenten eingeladen, derselben beizuwohnen.

Er ift zu diesem Zwecke vom Staatsraths-Präsidenten gehörig in Kenntniß zu seinen. Bei der Abstimmung wird seine Meinung nicht mitgezählt.

§. 10.

Der Präfident des Staatsrathes hat die Gutachten desselben zur weiteren Verfügung entweder unmittelbar an den Kaiser oder an den Präsidenten des Ministerrathes zu leiten.

§. 11.

Der Präsident des Ministerrathes fann einzelne, mehrere oder alle Mitglieder des Staatsrathes zu den bezüglichen Sigungen des Ministerrathes beiziehen.

§. 12.

Die Bestimmungen über die Jahl und den Mang der Staatsräthe, über die Beeidigung und Bezüge derselben und ihres Präsidenten, über das Silfspersonale und über die Geschäftsbehandlung bleiben einem abgesonderten Erlasse vorbehalten.

Anhang.

Kaiserliches Manifest vom 20. October 1860.

(3m LIV. Stude bes Reiche: Wefet Blattes, Mr. 225.)

An meine Bolfer!

Als Ich den Thron Meiner Ahnen bestieg, war die Monarchie gewaltsamen Erschütterungen preisgegeben.

Nach einem Meinen landesväterlichen Gefühlen tief schwerzlichen Kampfe trat in Meinen Ländern, wie fast überall in den gewaltsam erschütterten Gebieten des europäischen Festlandes, vor Allem das Bedürfniß einer strengeren Concentrirung der Regierungsgewalt ein. Das öffentliche Bohl und die Sicherheit der Mehrzahl der ruhigen Bewohner der Monarchie erheischten dieselbe, — die aufgeregten Leidenschaften und die schwerzlichen Erinnerungen der jüngsten Vergangenheit machten eine freie Bewegung der noch vor Aurzem seindlich fämpsenden Elemente unmöglich.

Ich habe von den Wünschen und Bedürsniffen der verschiedenen Länder der Monarchie Kenntnift nehmen wollen und demzufolge mittelst Meines Patentes vom 3. März 1860 *) Meinen verstärften Reichsrath gegründet und einberufen.

In Erwägung der Mir von demfelben überreichten Borlagen habe ich Mich bewogen gefunden, in Betreff der

^{*)} Reichs-Gesety-Blatt Mr. 56.

ftaatkrechtlichen Gestaltung der Monarchie, der Rechte und ber Stellung der einzelnen Königreiche und Länder ebensowohl, wie der erneuten Sicherung, Feststellung und Vertretung des staatkrechtlichen Verbandes der Gesammtmonarchie am heutigen Tage ein Diplom zu erlassen und zu verkünden.

Ich erfülle Meine Regentenpslicht, indem Ich in dieser Beise die Erinnerungen, Rechtsanschauungen und Rechtsansprüche Meiner Länder und Völker mit den thatsächlichen Bedürfnissen Meiner Monarchie ausgleichend verbinde und die gedeihliche Entwicklung und Kräftigung der von Mir gegebenen oder wieder erweckten Institutionen mit voller Beruhigung der gereisten Einsicht und dem patriotischen Siere Meiner Völker anvertraue. Ich erhosse ihr segensreiches Erblühen von dem Schutze und der Gnade des Allmächtigen, in dessen Hand die Geschicke der Fürsten und Völker ruhen, und der dem tiesen und gewissenhaften Ernste Meiner landesväterlichen Sorgfalt seinen Segen nicht versagen wird.

Wien, am 20. October 1860.

Franz Joseph m. p.

Kaiserliches Diplom vom 20. October 1860

jur Regelung der inneren ftaatbrechtlichen Berhaltniffe ber Monarchie.

(Sm LIV. Ctude Des Reiche: Bejet: Blattes, Rr. 226.)

Wir Frang Joseph der Erfte,

von Gottes Gnaden Kaiser von Desterreich; König von Hungarn und Böhmen, König der Tombardei und Venedigs, von Dalmatien, Kroatien, Slawonien, Galizien, Todomerien und Illyrien, König von Jerusalem ic.; Erzherzog von Oesterreich; Großherzog von Toscana und Krakau; Herzog von Tothringen, von Salzburg, Stener, Kärnthen, Krain und der Bukomina; Großfürst von Siebenbürgen; Markgraf von Mähren; Herzog von Ober- und Nieder-Schlessen, von Modena, Parma, Piacenza und Gnastalla, von Auschwitz und Intor, von Teschen, Briaul, Ragusa und Sara; gefürsteter Graf von Habsburg und Ciral, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Briren; Markgraf von Ober- und Nieder-Tausit und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg 2e.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark; Großwond der Wojwodschast Serbien 2c. 2c.

thun hiemit Jedermann zu wiffen:

Nachdem Unfere Vorfahren glorreichen Andenkens in weiser Sorgfalt in Unferem durchlauchtigsten Saufe eine bestimmte Form der Erbfolge aufzurichten bestrebt waren,

hat die von weiland Seiner f. f. Apostolischen Majestät Raiser Carl dem VI. am 19. April 1713 endgiltig und unabänderlich seitgesetzte Successions-Ordnung in dem unter dem Namen der pragmatischen Sanction befannten, von den gesetzlichen Ständen Unserer verschiedenen Königreiche und Länder angenommenen in Kraft bestehenden Staats, Grundund Hausgesetz, ihren Abschluß gesunden.

Auf der unerschütterlichen rechtlichen Erundlage einer beitimmten Erbfolge-Ordnung und der mit den Gerechtsamen und Freiheiten der obbenannten Königreiche und Länder in Einflang gebrachten Untheilbarfeit und Unzertrennlichkeit ihrer verschiedenen Bestandtheile, hat die in Folge von staats- und völkerrechtlichen Verträgen seither erweiterte und erstarfte österreichische Monarchie die auf dieselbe eindringenden Gefahren und Angriffe, gestützt und getragen von der Treue, Singebung und Tapferfeit ihrer Völker, siegreich bewältigt.

Im Interesse Lusiere Kanies und Unserer Unterthanen in es Unsere Regentenpslicht, die Machtstellung der österreichischen Monarchie zu wahren und ihrer Sicherheit die Bürgsichaften flar und unzweideutig seitstehender Mechtszustände und einträchtigen Zusammenwirkens zu verleiben. Nur solche Institutionen und Mechtszustände, welche dem geschichtlichen Mechtsbewußtsein, der bestehenden Verschiedenheit Unserer Königreiche und Länder und den Auforderungen ihres untheilbaren und unzertrennlichen frästigen Verbandes gleich, mäßig entsprechen, können diese Vürgschaften im vollen Maße gewähren.

In Berückfichtigung, baß bie Elemente gemeinsamer organischer Cinrichtungen und einträchtigen Zusammenwirfens durch die Gleichheit Unserer Unterthanen vor dem Gefete, die Allen verbürgte freie Meligionsübung, die von Stand und Geburt unabhängige Memterfähigfeit und die Allen obliegende gemeinsame und gleiche Behr- und Steuerpflichtigfeit, durch die Beseitigung der Frohnen und die Aufhebung der Zwischenzoll-Linie in Unserer Monarchie sich erweitert und gefräftigt haben; - in Erwägung ferner, daß bei der Concentrirung der Staatsgewalt in allen Ländern des europäischen Teitlandes die gemeinsame Behandlung der höchsten Staatsanfaaben für die Sicherheit Unserer Monarchie und Die Bobliahrt ihrer einzelnen Länder eine unabweisliche Noth. wendigfeit geworden ift, - haben Wir zur Ausgleichung der früher zwischen Unseren Königreichen und Ländern bestandenen Berichiedenheiten und behufs einer zweckmäßig geregelten Theilnahme Unferer Unterthanen au der Gesetzgebung und Verwaltung auf Grundlage der pragmatischen Sanction und Kraft Unierer Machtvollfommenheit Nachitebendes als ein beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgeset gu Unserer eigenen, so auch zur Nichtschuur Unserer gesetzlichen Nachkommen in der Megierung zu beschließen und zu verordnen befunden:

1. Das Recht, Gesetze zu geben, abzuändern und aufzuseben, wird von Uns und Unseren Nachfolgern nur unter Mitwirfung der gesetzlich versammelten Landtage, beziehungsweise des Neichsrathes, ausgeübt werden, zu welchem die

Landtage die von Und festgeschte Bahl Mitglieder zu entsenden haben.

II. Es jollen alle Gegenstände der Gesetzgebung, welche fich auf Rechte, Pflichten und Intereffen beziehen, die allen Unseren Königreichen und Ländern gemeinschaftlich find. namentlich die Gesetzgebung über das Ming. Geld- und Creditmefen, über die Bolle und Sandelssachen; ferner über die Grundfate des Bettelbanfwesens; die Gesetgebung in Betreff der Grundfate des Poft, Telegraphen und Gifenbahnwesens; über die Art und Weise und die Ordnung der Militärpflichtigfeit in Zufunft in und mit dem Reichsrathe verhandelt und unter seiner Mitwirfung verfaffungsmäßig erledigt werden, jowie die Einführung neuer Steuern und Muflagen, dann die Erhöhung der bestehenden Steuern und Gebührenfate, insbesondere die Erhöhung des Salzpreises und die Aufnahme neuer Anleben, gemäß Unferer Entschliefung vom 17. Juli 1860 *); defigleichen die Convertirung bestehender Staatsschulden und die Veräußerung, Umwandlung ober Belaftung des unbeweglichen Staatseigenthumes, nur mit Zustimmung des Reicherathes angeordnet werden foll; - endlich die Prüfung und Teftstellung der Boranschläge der Staatsauslagen für bas gufünftige Jahr, sowie die Prüfung der Staatsrechnungsabichluffe und der Refultate der jährlichen Finanggebahrung unter Mitwirfung des Reichsrathes zu erfolgen hat.

^{*)} Reichs-Gefeh-Blatt Mr. 181.

III. Alle anderen Gegenstände der Gesetzgebung, welche in den vorhergehenden Punkten nicht enthalten sind, werden in und mit den betreffenden Landtagen und zwar in den zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern im Sinne ihrer früheren Verfassungen, in Unseren übrigen Königreichen und Ländern aber im Sinne und in Gemäßheit ihrer Landesordnungen verfassungsmäßig erledigt werden.

Nachdem jedoch mit Ausnahme der Länder der ungarischen Krone auch in Betreff solcher Gegenstände der Gesetzgebung, welche nicht der ausschließlichen Competenz des gesammten Reichsrathes zukommen, seit einer langen Neihe von Jahren für Unsere übrigen Länder eine gemeinsame Behandlung und Entscheidung stattgefunden hat, behalten Wir Unsvor, auch solche Gegenstände mit versassungsmäßiger Mitwirfung des Reichsrathes unter Zuziehung der Reichsräthe dieser Länder behandeln zu lassen.

Eine gemeinsame Behandlung fann auch stattfinden, wenn eine solche in Betreff der der Competenz des Reichstathes nicht vorbehaltenen Gegenstände von dem betreffenden Landtage gewünscht und beantragt werden sollte.

IV. Tieses kaiserliche Tiplom sollesofort in den Landes-Archiven Unserer Königreiche und Länder ausbewahrt, seiner Zeit in die Landesgesehe im authentischen Terte und in den Landessprachen eingetragen werden. Unsere Nachsolger haben dasselbe Diplom sogleich bei Ihrer Thronbesteigung in gleicher Weise mit Ihrer kaiserlichen Unterschrift versehen, an die einzelnen Königreiche und Länder auszusertigen, wo dasselbe in die Landesgesehe einzutragen ist.

Urfund bessen haben Bir Unsere Unterschrift beigeset, Unser kaiserliches Insiegel beidrücken lassen und die Ausbewahrung dieses Diploms in Unserem Saus., Sof und Staats-Archive anbesohlen.

Gegeben in Unserer Saupt- und Mesidenzstadt Wien, am 20. October im Eintausend achthundert sechzigsten. Unserer Regierung im zwölften Jahre.

Franz Joseph m. p. **E**

Graf Rechberg m. p.

Auf Allerhöchste Anordnung: Freiherr von Nausonnet m. p.

Die von Seiner f. f. Apostolischen Majestät, unserem allergnädigsten Gerrn erlassenen Grundgesetze verleihen dem heutigen Tage, an welchem sie zur amtlichen Kundmachung gelangen, die Weihe eines ebenso freudigen als großen historischen Ereignisses.

Die bald tausendjährige Geschichte Desterreichs hat nicht wiele Momente aufzuweisen, welche in Bezug auf hohe politische Bedeutung dem gegenwärrigen an die Seite gestellt

werden fonnen.

Als wichtige Dirmart Des deutschen Reiches gegrun. bet, - vom erlauchten Saufe Sabsburg burch einen fiegreichen Kampf mit einem mächtigen Gegner erworben, durch fraatsfluge, weit voraus blidende Benütung der Berhaltniffe gur Ausdehnung einer Großmacht erweitert, - in anderthalbhundertjährigem Kampfe gegen den Salbmond, der Die füdöftlichen Theile überichwemmte, mit dem ausdauernden Muthe der im Blute der Entel Mudolf's I. lag, und mit der nichtermudenden Kraft der Bolfer fiegreich vertheidigt, hatte es viele Generationen hindurch das gefährlichfte Sinderniß der Gestaltung einer Gesammtmacht in dem Mangel eines Gejetes für die Untheilbarfeit feines Länderbestandes ju befämpfen. Erft nachdem wiederholte Erbtheilungen fein naturgemäßes Erstarfen mehrmals in Frage gestellt hatten, wurde diesem Mangel von Kaiser Karl VI. durch die pragmatijche Canction abgeholfen, Die einen bedeutsamen Wendepuntt in Desterreich's Entwidlungegeschichte bildet. Der hohe Rater der unvergeflichen Maria Theresia hat in diesem, nicht, nur eine endgiltige Succeffionsordnung, sondern auch bas Recht der Zusammengehörigkeit aller Länder begründenden Gefete das Kundament der unter dem allerdurchlauch. tigsten regierenden Saufe untrennbaren öfterreichischen Gefammt-Monardie aeschaffen.

Diesem glorreichen Beispiele in richtiger Bürdigung ber Erforderniffe der Beit folgend, haben Seine Majestät der Raifer mittelft des Manifestes vom 20. Detober 1860 ben Bölfern der Monarchie eine, mit dem Namen Dirlom bezeichnete, neue Grundgeset-Urfunde überantwortet, welche für ben auf jenem Kundamente aufzuführenden Berfaffungs-

bau des Reiches die magaebende Norm enthält.

Seine Majestät haben es verfündet, daß hiebei das Augenmerk darauf gerichtet ift, die Bergangenheit und ihre Erinnerungen mit den thatsächlichen Bedürfnissen der Gegenwart, - Die Unsprüche der einzelnen Bolfer mit den Bedinaungen des Bestandes der Monarchie zu vermitteln. Der Raifer will die erneute Feststellung und Sicherung des ftaats rechtlichen Verbandes der Monarchie auf Institutionen gründen, welche einerseits der Verschiedenheit der Bolfer in nationaler Geistes- und Naturanlage, anderseits aber auch den Anforderungen der nicht minder zur rechtsgeschichtlichen Thatfache gewordenen Ginheit der öfterreichischen Länder gleichmäßig entsprechen, - auf Institutionen, welche zugleich dem höheren Gesetze der Freiheit und der Sumanität, deren Genius über den nationalen Verschiedenheiten völkerverföhnend schwebt, einen huldigenden Ausbruck verleihen sollen.

Diefer Staatsact ift ohne Zweifel der größte, welchen feit der pragmatischen Sanction die Annalen öfterreichischer

Geschichte zu verzeichnen haben.

Zwar find ihre Blätter mittlerweile nicht leer geblieben; reicher als irgend ein anderer geschichtlicher Abschnitt von gleicher Dauer war diese Beit an einzelnen Thatsachen, woburch der Rechtszustand aller Schichten der burgerlichen Gesellschaft wesentliche Veranderungen und wichtige Lauterungen erfahren hat, die ihr unverloren bleiben follen, und auch gar nicht mehr bei Seite geschoben werden könnten, ohne neuerdings zum Gegenstande aufreibender Zwietracht unter den Staateburgern zu werden. In den außern Begiehungen hat Desterreich, obgleich schon seiner geographischen Lage wegen mit ichwierigen Verhältniffen ringend, stets eine bebeutsame Belt-Stellung einzunehmen gewußt, und fich immer als europäische Großmacht ehrenvoll bewährt. In diesen Ergebniffen der gemeinsamen, in Frieden und Krieg an rühmlichen Thaten reichen Geschichte und nicht minder in einer Reihe gemeinsamer Cinrichtungen, in denen Desterreich gestrebt hat, sich auf der Sohe der Beit zu halten, liegen bereits mächtige Elemente geeinigter Rraft.

Die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, die Allen verbürgte freie Religionsübung, die von Stand und Geburt unabhängige Aemterfähigkeit, die Allen gleichmäßig obliegende gemeinsame Wehr- und Steuerpflicht, die Beseitigung der Frohnen, die Ausselbeung der Zwischenzoll-Linie, — diese auch im Diplom neuerdings bestätigten und andere entweder schon ins Leben getretene oder demnächst durchzusührende Grundsäße in Bezug auf individuelle Rechte — sind theils werthvolle Thatsachen, theils würdige Zielpunkte, in welchen eben so viele die Idee der Einheit fräftigende Prin-

cipien zur Geltung gelangt find und fortan gelangen.

Aber eine neue und zwar die wichtigste Sarantie einträchtigen Zusammenwirkens in der zweckmäßig geregelten Theilnahme der Unterthanen an der Gesetzgebung und Verwaltung erkennend, haben Seine Majestät nunmehr auszusprechen geruht, daß das Gesetzgebungsrecht hinfort nur unter Mitwirkung der hiezu

verfassungsmäßig berufenen staatsrechtlichen Bertretungsförper ausgeübt werden soll.

Bur Berwirklichung bessen hat der Kaiser die Landtage der einzelnen Länder, in wohlwollender Beachtung des innerhalb gesetzlicher Grenzen natürlichen und berechtigten Selbstgefühls, zur gesetzlechen Mitwirkung in Bezug auf alle besonderen Mechte, Pflichten und Interessen derselben berufen, — zugleich aber auch, um einen Staatskörper zu schaffen, welcher das erwähnte Recht in Bezug auf die gemeinschaftlichen Mechte, Pflichten und Interessen aller Königreiche und Länder, namentlich in Bezug auf die Reichssinanzen ausüben soll, dem mit allen nothwendigen Attributen ausgestatteten Reichsrathe den hohen Charaf-

ter einer wahren Reich svertretung verliehen.

Durch Diefe That haben Seine Majestät an Die Stelle des aus den Wirren der letten Zeit durch die Rraft der Greigniffe hervorgegangenen Rechtes der unbeschränften Berrichergewalt ein grundgesetlich festgestelltes Berfassungered. treten laffen. Seine Majestät haben fich auch bewogen gefunden, innerhalb desselben und unter der Garantie der Gefammt-Verfassung in den Ländern der ungarischen Krone früber bestandene Ginrichtungen wieder berzustellen, haben jedoch zugleich in Ermagung, daß im Angefichte der Concentrirung Der Staatsgewalt in allen Ländern Europa's, bei den höchsten Aufgaben die gemeinsame Behandlung für die Sicherheit der Monarchie ein Gebot unabweislicher Nothwendigkeit geworden ift, die Unsprüche der einzelnen Länder mit diesem Bebote politischer Nothwendigkeit ausgleichend, das hochwichtige Recht der Theilnahme an der Gesetzgebung in gemeinschaftlichen Angelegenheiten aus der Fülle der Machtvollfommen. heit der Krone auf die Gesammtheit der Länder und Bolfer feierlich gu übertragen geruht. Geine Majestät haben einerseits das Gesetaebungsrecht nicht mehr

als ein unbeschränktes kaiserliches Attribut bewahren wollen, jedoch nur unter der Bedingung, daß der zu übertragende Theil bezüglich der gemeinschaftlichen Interessen auf das gesammte Reich und dessen gemeinsamen Bertretungskörper übergehe. Seine Majestät haben in höherer Auffassung der Einheit des Reiches, sie, anstatt ausschließlich auf die allen gemeinsame Pflicht unbedingten Gehorsams, vielmehr zugleich auf das gemeinsame Recht der Theilnahme au

ber Gesetgebung gegründet.

Die Bolter erkennen dankbar hierin das kojtbarite Kleinod, welches als gemeinsamer Besit nicht nur zwischen dem angestammten Fürsten und seinen Bolfern, sondern auch zwischen diesen untereinander ein durch die Interessen der europäischen Gesittung geheiligtes Band fnüpft. Gie verehren hierin das Palladium des Reiches, welches mit aller Macht geschirmt werden muß als Bedingung des inneren Friedens, der hoch obenan steht unter den Gütern, die durch die Gnade der Vorsehung dem geeinten Staate stets verlieben bleiben werden. Es ist eine durch sich selbst flore und unumstößliche Wahrheit, daß nach dieser Rechts-llebertragung an die Bejammtheit der Länder feines diefer Rechte ohne Untaftung und Verletung des gemeinsamen Rechtes und der gemeinfamen Intereffen des gangen Reiches fernerhin von einem einzelnen Lande für sich abgesondert in Anspruch genommen werden könnte. Sieraus erwächst die unzweifelhafte Bflicht, daß diefes gemeinsame Gut, unter den Sort faiserlicher Diajeftat und Macht gestellt, mit der Araft des Geistes und des Urmes, mit Gut und Blut von jenem Patriotismus vertheidigt werde, an deffen energischem Widerstande die Bemühungen der Reinde dieses im Suftem des Gleich= gewichts bereits gur europäischen Nothwen-Diafeit gewordenen Länder verbandes icheitern muffen, weil er durch eine über Die politischen Intereffen

Unbang.

wahrhaft aufgeflärte Ueberzeugung unüberwindlich gemacht ift.

Betragen von dieser Heberzeugung, welche unausrott. bare Wurzeln geschlagen hat allenthalben, wo die von außen drohenden Gefahren zum Bewußtsein der nach festen Un. haltspunften ringenden Geister gefommen find, wird die Reichsversammlung, in Berwaltung jenes gemeinsamen Gutes verfassungsmäßiger Rechte, neue Grundlagen bauen und zur Berftellung einer festen Ordnung bes Staatsbaushaltes, sowie aller andern, moralischen und materiellen, Bebingungen einer gesicherten politischen Existenz beitragen fönnen.

Damit ihr aber hiezu die geistige Kraft und ihren Beschlüssen das nothwendige Unsehen nicht fehle, bedarf nie einer in großen Verhältniffen angelegten Busammensehung, einer vertrauenerweckenden Freiheit der Bewegung und jener vollwichtigen Autorität, welche, indem sie sich ihres Rechtes der Theilnahme an der Gesetzgebung bewußt wird, auch das Gefühl der Berantwortlichkeit vor der Mit- und Nachwelt in

fich trägt.

Bas nun die Zusammenschung des Reichsrathes betrifft, jo macht fich vor allem die Bildung eines Berrenhauses neben dem Sause der Abgeordneten bemerkbar. Gines solchen Bestandtheiles ist im Diplome zwar nicht ausdrücklich erwähnt, aber er steht damit in genauem inneren Busammenhange. Das Diplom fagt, daß die von Seiner Majestät fest. gefette Bahl von Mitgliedern zum Reichsrathe aus den Land. tagen zu entsenden sein werden. Außer den von den Landesvertretungen zu mählenden Reichsräthen finden fich aber ichon in dem Statut über den verstärften Reichsrath drei Kategorien von Mitgliedern, deren Ernennung aus der Mitte ber durchlauchtigften Berren Erzherzoge, dann der hoben Würdenträger des Reiches Seiner Majestät vorbehalten ift.

Ferner hat auch der ungarische Landtag, aus dem ein beträchtlicher Theil der Reichsrathsmitglieder hervorzugehen haben wird, eine Magnatentafel. Schon hierin liegt eine Andeutung, daß auch im Reichsrathe eine ähnliche Einrichtung unausweichlich ist. Dazu kommt die Betrachtung, daß es in allen Ländern der Monarchie noch einen festbegründeten Stamm alter Geschlechter mit einem unveräußerlichen und mächtigen Besißstande gibt, denen, wenn überhaupt eine erbliche Reichstrathswürde zu schaffen ist, ein unbestreitbarer Anspruch hierauf zuerkannt werden muß.

Busammengenommen mit den höchsten Kirchenfürsten, welche in allen Staaten, wo die Theilnahme an den politiichen Rechten verfassungemäßig an bestimmte Nactoren gefnüpft ist, in erster Linie gablen, und mit einigen burch Berdienste um Staat und Rirche, Biffenschaft und Runft höchsitgestellten Personen, erreichen die obenerwähnten, an deren Spite felbstverftandlich die großjährigen Pringen des faiferlichen Saufes iteben, eine jo ansehnliche Bahl, daß fie für fich allein ichon einen umfangreichen Staatsförper ausmachen. Dieß und die Betrachtung, daß das Diplom, seinem Wortlaute und Geifte nach, der Bildung eines erblichen Sauses nicht widerstrebt, mahrend ein zweites, ebenfalls aus Bahlen hervorgehendes Saus mit ihm nicht wohl in Ginflang gebracht werden könnte; dann ber in ber Natur der Sache liegende Umstand, daß in einem Reiche, in welchem die Clemente eines Herrenhauses thatsächlich vorhanden sind, deren Beiseitesetzung weder der Gerechtigkeit noch der Klugheit entspricht, - hat dem Gedanken einer Magnatentafel des Reichsrathes, nämlich des Berrenhauses, Gingang verichafft. Dieser Gedanke mußte aber anderseits auch wieder auf den Umfang des Saufes der Abgeordneten ichon deßhalb einwirken, weil darauf Bedacht zu nehmen war, daß bas durch die Erfahrung anderer Staaten an die Sand gegebene Gleichgewicht zwischen den beiden Säusern nicht

verlett werde.

Mit diesem wünschenswerthen Ebenmaße steht übrigens die Natur der Dinge in so genauem Einflange, daß es nichts bedurfte, als die thatsächlichen Elemente aufzugreisen, um das haus der Abgeordneten in ein entsprechendes Berhältniß mit dem Herrenhause zu bringen.

Zeine Majestät haben in Bezug auf die Stimmenzahl und deren Verhältniß bereits anzuordnen geruht, daß die Ausdehnung, Bevölkerung und Besteuerung bei deren Er-

mittlung als maggebend betrachtet werden follen.

Da einzelne Königreiche und Länder von zu großer Ausdehnung sind, um mit andern in Parallele gestellt werden zu können, so eignet sich nur eine, der alten und durchaus auf realen Grundlagen ruhenden Kreiseintheilung sich annähernde Gebiets Eintheilung zur Ausmittlung des Stimmenverhältnisse, wobei das Moment der Ausdehnung hinlanglich in Betracht kommt, indem die größeren Länder durchgängig in eine beträchtliche Anzahl von Kreisen zerfallen, während die kleinsten selbst nur Kreise vorstellen.

Das Moment der Bevölkerung findet in billiger Weise Beachtung, wenn man annimmt: daß auf jedes Sebiet und jede Landeshauptstadt ohne Unterschied, wenn nur die Bevölkerungszahl nicht 200.000 erreicht, Ein Mitglied des Meichsrathes; auf jedes Gebiet und jede Landeshauptstadt von 200.000 oder mehr, jedoch nicht 300.000 Einwohnern Ein Mitglied mehr; auf jedes Gebiet und jede Landeshauptstadt von 300.000 oder mehr, jedoch nicht 400.000 Einwohnern abermals Ein Mitglied mehr, u. s. f. in gleicher Progression, entsalle.

Das Moment der Besteuerung, welches gleichfalls in die Bagfichale zu legen ist, sindet billige Berucksichtigung, wenn auf jedes Gebiet in dem höchstbesteuerten Ländercomplex

ein Mitglied mehr entfällt. In dieser Beziehung sind es die zum deutschen Bunde gehörigen Länder, welche mit einem so überwiegenden Beitrage an directer und indirecter Steuer hervortreten, daß sie alle übrigen zusammengenommen, in Volge ihrer dichten Bevölkerung, industriellen Betriehsamkeit und vorangeschrittenen Cultur, weit überragen.

Auf diese Weise ergibt sich für jedes Gebiet und jede Landeshauptstadt, nach Landern zusammengezogen, die im §. 6 des Grundgesets über die Reichsvertretung festgesette Zahl von Mitgliedern, welche zu Folge des ersten Artifels des Diploms von den Landtagen in den

Reichsrath zu entjenden find.

Micht minder in der Natur der Cache gegründet find die Bestimmungen über die von den Landtagen vorzunehmende Bahl. Gine Vertretung, zu deren wesentlichsten Befugniffen Die Kaffung von Beichluffen über den Reichshaushalt, wogu alle beitragen, gehört, muß selbstwerftandlich so beschaffen fein, daß fie ein möglichft treues Bild der Buniche und Meinungen des gangen Bolfes und aller einzelnen Theile besfelben darbietet. Diefes Biel ift nur dadurch zu erreichen, daß der Landtag fich an den bei der Bahl feiner Mitalieder ausgesprochenen Willen der Wahlbegirke nach Miöglichkeit bindet, was dadurch geschicht, wenn er die für jedes Gebiet, jede Stadt, jede Körperschaft entfallende Bahl von Mittgliedern des Abgeordnetenhauses in der Urt wählt, daß fie aus ben Landtags Deputirten desfelben Gebietes, Derfelben Stadt und derfelben Körperichaft hervorgehen. Auf folde Art wird das Saus der Abgeordneten, wie wenn es unmittel. bar gewählt mare, jum Spiegelbild bes Reiches in verjungter Dimenfion; denn es wird fein Gebiet, feine Intereffen-Fraction desfelben geben, welche in der Reichs. Berfammlung nicht durch Danner ihrer Bahl (gleichviel aus welchem Landestheile die Bähler ihre Abgeordneten gerufen

haben mögen) vertreten wäre. Es ist zwar von dem Gerechtigfeitssinne der Landtage vorauszusepen, daß sie so vorgehen
würden, auch wenn das Geses hierüber schwiege; allein indem
es sich darum handelt, den Wählern eine von dem guten
Willen der Landtage unabhängige und sedes Mißtrauen von
vornherein ausschließende Garantie gegen die Wirfungen einer,
ihre Vertrauensmänner umgehenden, vielleicht nur zufälligen
Vorliebe der Landtags-Majorität für gewisse Persönlichkeiten
zu gewähren und Männern aus allen Kreisen des Reiches den
Weg in das Abgeordnetenbaus zu sichern, so stellt sich die Aufnahme dieser Bestimmung, welche übrigens an und für
sich gerecht und villig ist, auch als gerechtsertigt dar.

Das im Diplom ausgesprochene Recht der Landtage, die Mitglieder des Saufes der Abgeordneten in den Reichs. rath zu wählen, ift seiner Natur nach nicht ein selbstständiges, unabhängiges, sondern ein abgeleitetes, burch bas Mecht der Landtagswähler, im Reichsrathe gesetlich repräsentirt gu fein, bedingtes; es fteht den Abgeordneten Des Land. tags nicht als ein personliches oder forporatives Attribut, jondern nur um ihrer Bahler willen gu. Gine Ronjequeng Der jo gearteten Natur Diefes Rechtes ift es, daß es mit dem primitiven Rechte nicht in Widerspruch gerathen barf. Gin folder Fall wurde eintreten, wenn ein Landtag durch Richt. ausübung des Rechtes der Bahl jum Abgeordnetenhause Die unmittelbaren Babler ihres Rechtes, im Reichsrathe gejeglich reprafentirt ju fein, verluftig maden wollte. In Diefem Falle geht das Recht zu wählen, auf feinen Urfprung gurud, fteigt vom Landtage ju den unmittelbaren Bahlern herab.

Auf diese Betrachtungen ist der §. 7 des Gesetes über die Reichsvertretung gegründet. Es können Verhältnisse eintreten, welche die Beschiefung des Hauses der Abgeordneten durch einen Landtag nicht zum Bollzug kommen lassen;

nicht minder fann es sich zeigen, daß die Auflösung des Landtags, die im Falle der Wahlverweigerung bevorstände, zu langsam an jenes Ziel führen würde, welches durch eine sofort eingeleitete unmittelbare Wahl sogleich erreicht werden kann.

Der Birtungstreis des gesammten Reichs. rathes, welcher fich im Einflange mit dem Mortlante und Beifte des Artifels II des Diploms, dem Grundfate nach auf die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlichen Rechte. Bflichten und Intereffen, namentlich auf die Angelegenheiten der Reichsfinanzen und auf die volkswirthschaftlichen Angelegenheiten des Reiches erftredt, ift den Landtagen gegenüber auf das itrictefte Minimum guruckgeführt. Gin noch engerer Kreis von Befugniffen ift nicht denkbar für die Bertretung eines Complexes von Ländern, deren Bujammengehörigfeit burch das in hundert gemeinsamen Schlachten vergoffene Blut besiegelt worden ift, deren Busammengehörigkeit namentlich auch von den Bewohnern der öftlichen Länder weder von dem Standpunkte der Geschichte und des Rechtes, noch von dem ihrer wohlverstandenen politischen und nationalen Intereffen geläugnet werden fann.

Dhne Zuziehung derjenigen Mitglieder, welche den Ländern der ungarischen Krone ang ehören, bildet der Reichsrath jenen engeren Körper, welchem nach dem III. Artifel des Diploms alle Gegenstände der gemeinsamen Gesetzebung für die in diesem engeren Reichsrathe vertretenen Länder vorbehalten sind. Dahin gehören alle weder im Art. II dem gesammten Reichsrathe vorbehaltenen, noch in den Landesordnungen ausdrücklich den

Landtagen zugewiesenen Gegenstände.

Das Berhältniß des en geren Reichsrathes zum gesammten Reichsrathe einerseits, dann zu den Landtagen anderseits, stellt sich in folgender Urt heraus. Der engere Reichsrath, der in dieser seiner Ausdehnung nur über die Gesetzebungssachen der zu ihm gehörigen Länder beschließt, verwandelt sich durch Einberufung der Mitglieder für die Länder der ungarischen Krone in den gesammten Reichsrath, und nach Beendigung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten nimmt er wieder die Natur des engeren Neichsrathes an, in welchem die Mitglieder für die übrigen Länder zurückbleiben, bis alle im §. 11 des Grundgesets über die Reichsvertretung bezeichneten Geschäfte erledigt sind.

Im Borausgehenden ist der Gesichtspunft dargelegt, von welchem aus die Sauptumriffe der Reichsver-

tretung erkennbar find.

In Anbetracht der Zusammensetzung des Reichsrathes, der aus zwei Säusern von auselnlichem Umfange besteht, und des Rechtes der Theilnahme an der Gesetzebung in höchst wichtigen Angelegenheiten, mußte sich die Frage aufdrängen, ob es nicht zweckmäßig wäre, diesem gesammten Körper einen mit der Sache mehr im Einklange stehenden Namen zu geben. Ein solcher Name würde der Name "Reichstag" sein. Allein die Bezeichnung "Reichsrath" ist im Diplome vom 20. Detober 1860 seizgestellt, und jedes nicht durch überwiegende, praktische Gründe gerechtsertigte Abweichen hievon mußans den wichtigken Nücksichten vermieden werden. Ueberdieß ist es undenkbar, daß nicht jeder Einsichtige das Gewicht und den hohen Werth der nicht bloß auf das Berathen eingeschränkten Besugnisse dieses Körpers auf den ersten Blick erkennen sollte.

Munmehr dürfte es zwedentsprechend fein, auch die hervorragenoften Ginzelnheiten in Bezug auf die Landesverfassungen mit wenigen Bemerfungen zu begleiten.

Nachdem Seine Majestät im Diplome auszusprechen geruht haben, daß die Mitwirfung bei der Gesetzgebung nur in Bezug auf die gemeinschaftlichen Mechte, Pflichten und Interessen dem Meichsrathe vorbehalten ist, dagegen alle andern

Angelegenheiten in und mit den Landtagen und zwar in den zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern im Sinne ihrer früheren Verfassungen, in den übrigen Königreichen und Ländern im Sinne ihrer neuen Landesordnungen erledigt werden sollen — ist nicht nur die Linie gezogen, mit welcher das Gebiet der Neichsvertretung gegen dassenige der Landesvertretung sich abgrenzt, sondern es ist auch zugleich in Vezug auf die Construction und den Wirfungskreis der Landtage ein wichtiger gemeinsamer Grundsah und ein wichtiger Unterschied zwischen den ungarischen und nichtungarischen Ländern ausgesprochen.

Dieser Theil des Berfassungsbaues ist es, in welchem den öftlichen Ländern des Reiches die Befriedigung wird, ältere Einrichtungen, in soweit sie noch in den thatsächlichen Berhältnissen wurzeln, und nicht mit der Gesammtlage des Reiches und deren Anforderungen in unlösbarem Wider-

spruche stehen, wieder erweckt zu sehen.

In den anderen Theilen des Meiches dagegen, wo das verfassungsmäßige Leben ichon während der vor Jahrhunderten geführten Religionsfriege untergegangen ift, erscheint jest, nachdem seit jener Beit thatsächlich neue Grundlagen der activen Kraft des Bolkes fich gebildet haben, der Berfuch, außer Uebung gefommene Berfaffungsformen wieder aufzufrischen, gang unmöglich, ohne sie mit dem neuen Inhalte Des Lebens in Collifion ju beingen und den Streit der mit überwältigenden Rräften ausgerüsteten realen Intereffen gegen fie beraufzubeichwören. Hier ift es also nothwendig, den allgemeinen Grundsatz der Theilnahme an der Gesetzgebung auf die neuentstandene Gruppirung der gesellschaftlichen Kräfte nach dem Zustande der Gegenwart, in welche aus früheren Epochen der Geschichte noch einzelne Elemente alter politischer Nactoren berein ragen, nach Thunlichkeit anzuwenden.

In bei den Ländergruppen wird demnach in den Bau der Landesverfassung alles dassenige einbezogen, was in der Gegenwart noch lebendige Wurzeln hat, mit dem Rechte und den Ansorderungen des Ganzen nicht im Biderspruche steht und ohne Verlezung der Interessen aller Theile desselben wieder zur Geltung gebracht werden fann. Das ist der gemeinsame Grundsag. Der Unterschied aber liegt darin, daß die politischen Sinrichtungen der ungarischen Aronländer zu einem großen Theile wieder hergestellt werden können, während in den übrigen Ländern die Theilnahme an der Gesetzgebung durch neue, dem Bedürsnisse und den Begrissen der Zeit angepaste Landesordnungen geregelt werden nuß, in denen alle staatlichen Elemente in jenem Verhältnisse zu berücksichtigen sind, in welchem sie noch gegenwärtig als Träger einer pointischen Krast in der bürgerlichen Gesellschaft sich geltend machen.

Es ist von Wichtigkeit, daß über diesen Unterschied teine Unklarheit bestehe. Er liegt keineswegs im Wesen der Sache selbst, sondern nur in der Form. Ein vergleichender Blid auf die Zusammensehung und den legislativen Wirkungskreis der Landtage in beiden Ländergruppen wird genügen, um

Dieje Wahrheit zur Anschauung zu bringen.

Seine Majestät haben mittelst a. h. Handschreibens vom 20. October 1860 anzuordnen geruht, daß bei den auf Grundlage des Diploms zu erlassenden Landesordnungen und Statuten der a. h. Wille zur Richtschnur genommen werde, welcher dahin geht, daß in den Landtagen alle Stände und Interessen jedes einzelnen Landes in angemessenem Vershältnisse vertreten werden.

Da hiernach sowohl auf die Stände als auch auf die Interessen Bedacht zu nehmen war, so drängte sich die Frage auf, wie es möglich sei, diese beiden Principien in Einklang zu bringen. Die Lösung liegt in der Betrachtung, daß, wo

ein vorurtheilsfreies Abwägen und Gruppiren der Intereffen Statt findet, nothwendiger Beise schon an und für sich auch die verschiedenen Stände zu einer angemessenen Bertretung gelangen; denn diese sichen innerhalb der allgemeinen gesellschaftlichen Interessen, ohne dadurch ihrer eigen-

thümlichen Natur verlustig zu werden.

Daß aber innerhalb des Mahmens der Interessen wirklich alle Stände zur Theilnahme an den politischen Mechten fommen, ergibt sich, sobald man erwägt, daß der große Grundbesit, wenn er sich auch nicht ausschließlich in den Händen der beiden obern Stände von ehemals besindet, doch gerade sie großen Theils in sich faßt, so daß diese in ihm jedenfalls

zur angemeffenen Bertretung gelangen.

In der Vertretung der Land gemeinden gelangt jener Stand, welcher während der früheren Zeiten in allen Ländern mit Ausnahme von Tirol unselhsiständig und politisch unberechtigt war, zur selbstständigen Theilnahme am staatlichen Leben. Zu ihm als dem Kern des in den Landgemeinden lebenden Volkes mussen sich aber auch alle anderen, dem Stande nach nicht in ihm stehenden Theile der Landbevölkerung gesellen, welche nicht der Classe des großen Grundbessites angehören.

Die städtischen Gemeinden umschließen alle übri-

gen Clemente der burgerlichen Gesellichaft.

Fast in jeder der drei großen Interessen. Sphären, im großen Grundbesiße, in den Stadt- und Landgemeinden sinden sich Angehörige aller Stände; diese werden dadurch nicht ausgehoben, aber deren schroffer Gegensaß wird im Gesetze ebenso gemildert, wie er es im Leben bereits ist. Auf diese Weise bringt es gerade die richtige Auffassung des Princips der Interessen mit sich, daß das andere, scheinbar entgegengesetzte Princip innerhalb des ersteren zur Geltung kommt.

Eine wichtige Rolle in Bezug auf politische Berechtigung spielt die Steuer. Und mit Recht. Die Kriege werden nicht mehr durch Basallen geführt; die Justiz ist nicht mehr ein Attribut des Patrimoniums; die Förderung der öffentlichen Wohlfahrtszwecke, die Berwaltung, fann in ihrem heutigen universellen Charafter nicht mehr von einem privilegirten Stande ausgehen. Die staatlichen Zwecke sind auf die Steuern simdirt, durch welche die Heere, die Nichter-Collegien, die Berwaltungsämter besoldet werden. Die Steuer ist daher allerdings das wesentlichste Medium im politischen Leben der Neuzeit, auf welchem in letzter Linie die Rechtsordnung, die Macht und die Unabhängigfeit sedes Staates beruht.

Eine Frage, welche hiebei aufgeworfen wird, ist immer die in Bezug auf das Minimum der Steuer, welches Bahlrecht begründet. Sie wurde, wie bei einer quantitativen Bestimmung kaum anders denkbar, in verschiedenen Staaten

verschieden gelöst.

Dieser Punft ist es gewöhnlich auch, wornach die Freisinnigkeit einer Verfassung beurtheilt wird, obgleich nicht durchaus mit Necht, weil es weniger darauf ankommt, ob zur Wahl des Abgeordneten einige Hundert mehr oder weniger mitwirken, als darauf, mit welchen Rechten der Mann des Vertrauens der Wähler und die Versammlung, in der er seinen Sith hat, ausgestattet ist.

Indessen hat sich die Regierung auch in dieser Frage an die Grundsätze einer vorurtheilöfreien Politif gehalten, welche aus der Geschichte die Lehre zieht, daß weder die von Benigen vollzogenen Wahlen immer die besten, noch die von

Bielen vollzogenen die schlechtesten find.

In den neuen Landesordnungen ift das Steuer-Minimum in der Art festgesetzt, daß das Wahlrecht in den städtischen Gemeinden mindestens bis zur Steuer von 5, ruck. sichtlich 10, 13 und 20 Gulden herabreicht; in den städtischen Gemeinden mit weniger als drei Wahlkörpern und in den Landgemeinden steht es aber den zwei oberen Dritteln aller nach der Höhe ihrer Jahresschuldigkeit an direkten Steuern gereihten Gemeinde Wähler zu, was zur Folge hat, daß das Wahlrecht in den kleineren Städten und auf dem Lande noch weiter als bis zum Steuersaß von 5 Gulden herabsteigt.

Wenn man nun die Stufe des Wohlftandes und folglich des Geldwerthes, dann die mahrend der letten Jahre in wirthschaftlicher Beziehung gemachten Fortschritte ins Ange saft, so läßt sich nicht bezweiseln, daß das Wahlrecht bis an jene Grenze sich erstreckt, welche nicht überschritten werden kann.

Es ware demnach feine Meinung thatsachlich weniger begrundet, als diejenige, daß bei der Zusammenschung der Landtage nach den neuen Landesordnungen nicht der Gedanke gewaltet habe, sich von engherzigen Rücksichten fern zu halten.

Was den Wirfungsfreis der Landtage in der Gesetzebung anbelangt, jo ist das Verhältniß in den ungarischen und nichtungarischen Ländern im Wesentlichen folgendes. Die Landtage der nichtungarischen Länder bilden, zusammen genommen mit ihrer Vereinigung im engeren Reichsrathe bezüglich der Gegenstände des Ş. 11 die Vertretungsförper für einen Geschäftsumsang, welcher demjenigen des ungarischen Landtages ganz gleich ist. Der Wirfungsfreis, innerhalb dessen die erwähnten Vertretungsförper beider Ländergruppen sich bewegen werden, reicht genau bis an den Wirfungsfreis des gesammten Reichsrathes hinan; — und über diese Linie hinaus fann auch dem ungarischen Landtage zu gehen nach dem Diplome, durch welches die Wiederherstellung der Verfassung nicht nur bedingt, sondern auch begrenzt ist, nicht gestattet werden.

tinhang,

6

Durch die jo geartete Abgrenzung des Wirfungsfreises aller Vertretungsförper werden drei wichtige Zielpunfte erreicht: nichts wird in Gesetzgebungssachen ohne Theil-nahme der Vertretungen beschlossen werden; das gemeinich aftliche Aller nur unter Theilnahme Aller; Der Dieft

durch die speciellen Landesförper.

Daraus ift ersichtlich, daß zwischen der wiedererweckten Berfaffung der Länder der ungarischen Krone und den für die übrigen nengeschaffenen Mormen jene wesentliche Ueberein. stimmung in Bezug auf gleiches Maß politischer Berechtigung hergestellt ift, welche als unverbrüchlicher Grundfag der Gerechtigfeit den Bug der Grenglinien geleitet hat. Die an dem engeren Reichsrathe Theil nehmenden Länder werden nur noch des Vortheiles genießen, daß sie unbeschadet der selbstständigen Behandlung ihrer heimatlichen Interessen in Folge der ihnen eigenen gemeinsamen Gesetzgebung unter einander in jenem engeren Busammenhange stehen, der durch die Achnlichfeit ihrer Rechts- und Berfehrs

einrichtungen bedingt ift.

Db für den wesentlich gleichen Inhalt, nämlich für die Theilnahme an den politischen Rechten, eine zwedmäßigere Form fich in jener alteren Constitution Ungarns, oder in den neuen Landesverfassungen darbiete, wird die Erfahrung lehren; ihrem Ausspruche sich zu unterwerfen, ist bes mahren Staatsmannes würdig. Ginsprache jedoch muß bagegen erhoben werden, wenn das neue darum verworfen werden will, weil es nicht alt ift. Wer weiß es nicht, daß neue Institutionen tagtäglich in allen Gebieten des Daseins ins Leben treren und sich bewähren! Ift es gleich ein schöner Gedanke, eine reiche politische Erbschaft der Bäter anzutreten, so ist der Gebante doch noch erhebender, mitten in die Reihe ber Generationen als diejenige fich gestellt zu sehen, welche berufen ift die politische Erbichaft der Enkel zu ichaffen; durch Kraft im Bervorbringen, durch Besonnenheit im Gebrauche der neuen Infitintionen diesen vorerst eine seste Begründung zu erringen, sie einleben zu machen, bevor man an ideale Vervollkommnung denst, dann aber auf Verbesserung der materiellen und geistigen Zustände, auf die allen Theilen heilsame Sinigung, vor allem aber auf achtunggebietende Macht hinzuwirken. Die Abgeordneten, welche aus den neuen Landesversassungen hervorgehen, müssen daher mit dem Vewußtsein einer schwierigen Aufgabe, aber zugleich mit edlem Selbstgefühle an ihre Arbeit gehen, und werden durch weise Mäßigung den Veweis wahrer politischer Reise liesern.

Es ernbrigt noch die Grundfate barzulegen, welche in Bezug auf das große Pringip der Selbstverwaltung außer

Ungarn ins Leben eingeführt werden.

Es ist eine Folge der besonderen thalsächlichen Verhältnisse der österreichischen Monarchie, es ist in gewissem Sinne der Ausdruck derselben, daß die Selbstverwaltung weiter hinaufreicht, als in irgend einem andern Lande Europa's. Während sie in jenem monarchischen Staate, wo sie sich durch nunsterhafte Ordnung eines wohlbegründeten und niemals durch anarchische Erscheinungen getrübten Ansehens ersreut, nur dis zur Grafschafts Verwaltung sich erstreckt, wird sie in Desterreich im Umsange ganzer Königreiche walten dürfen.

Den Landtagen ist nämlich in Bezug auf die Landesverwaltung im Allgemeinen, dann auf Landesbesteuerung und Controle ein so umfassender Birkungskreiseingeräumt, daß die Bertreter des Landes in der Lage sind, in allen wesentlichen Interessen selbsithätig auf das Gemeinwohl hinzuwirken; und damit diese Geschäfte des Landes auch dann ungehindert ihren Fortgang nehmen, wenn der Landtag nicht versammelt ist, so wird der Landesausschuß als permanentes Draan des Landtages sungiren.

Sine so ausgebehnte Einräumung von executiver Gewalt, welche nicht vertrauensvoller in die Hände der Landesvertretungen gelegt werden kann, als es mittelit dieser Bestimmungen geschieht, würde aber dem begründeten Borwurse, daß sie die Interessen Einzelner oder bestimmter National-Fragmente oder auch der Gesammtheit des Neiches in Gesahr gerathen lasse, um nur der Landesautonomie die ans äußerste gerecht zu werden, faum entgehen, wenn diese Einrichtung nicht einerseits nach unten in der Autonomie der Gemeinden und anderseits nach oben inder executiven Staatsgewalt ihre natürliche Begrenzung fände.

Wie dem aber auch sei, der Gedanke, welcher diesem Ensteme zu Grunde liegt, läßt sich nicht umgeben, denn er

wurzelt in der eigenthümlichen Natur dieses Meiches.

Bwischen den europäischen Bölferfamilien fo gelagert, daß von jeder ein beträchtliches Contingent auf seinem Territorium und zwar nicht scharf gesondert, vielmehr in unlösbarer Berschlingung seghaft ift, scheint Desterreich gur Durchfüh. rung einer straffen Centralisation nicht berufen, weil hiezu immer eine centralifirte Sierarchie der Berwaltung, welche fich wesentlich nur einer Sprache bedienen fann, erforderlich ift, was wieder anderseits an der polyglotten Beschaffenheit des Gesammtstaates scheitert. Muß demnach hinfort jeder derartige Gedanke einer zu weit getriebenen Centralisation fernbleiben, fo erübrigt nichts, als das Spitem der Selbstverwaltung in aller Bollfommenheit durchzuführen und nur zu wachen, daß die Grengen beachtet, die Gesethe angewendet und Billfür der Majoritäten gegenüber den Minoritäten fern gehalten werde. Da ferner in diesem Falle nicht mehr nöthig fein wird, ein in gleicher Sprache geschultes administratives Beamtenthum, welches aus Grunden der Opportunität fich gern einer einzigen Sprache bedient, nach allen Richtungen auszusenden, so wird auch jedes Bedenken, daß nicht jede

Sprache zu ber ihr gebührenden Geltung fommen könnte, von felbit entfallen.

Wenn aber das Princip der Selbstwerwaltung verlangt, daß die Landesangelegenheiten in die Kronländer zur Behandlung nach eigenem Sinn und Bedürfniß gelegt werden, so darf ebenso wenig der verwaltenden Kronlandsvertretung, oder ihrem Ausschusse die Macht eingeräumt sein, das Recht der Selbstwerwaltung der Gemeinden zu absorbiren. Sin Recht, welches dem Reichsrathe und der Centralverwaltung den Kronländern gegenüber nicht eingeräumt ist, fann um so weniger den einzelnen Ländern, gegenüber den unteren Verwaltungskreisen zustehen.

Daher darf der Landesvertretung nur innerhalb der Grenzen der allgemeinen Gesethe die Besugniß zustehen, in Gemeinde-, Kirchen- und Schulangelegenheiten nähere Anordnungen zu treffen. Und der Schutz der Staatsgewalt wird den selbstverwaltenden Gemeindekörpern nicht sehlen dürsen in dem Falle, wenn die Landesvertretung oder deren Organ, der Landesausschuß, ihre Rechte und Interessen verlegen,

wider das Gefet verftoßen würde.

Bei dem Umstande, daß es viele österreichische Länder gibt, in welchen irgend eine nationale Minorität einer nationalen Majorität gegenübersteht, ist es unerläßlich, daß die Selbstverwaltung stusenweise bis zu jenen Territorien herabsteige, in denen die ethnographischen Verhältnisse homogen sind; denn für die Kreis- oder Bezirks- und für die Ortsgemeinde ist die übertriebene Centralisation aller Geschäfte im Mittelpuntte des Landes ebenso beengend, wie es die übertriebene Centralisation im Mittelpunkte des Reiches für die einzelnen Länder ist.

Das im a. h. Handschreiben vom 20. October 1860 ungedeutete in allen Kronländern einzuführende Princip ber Selbstverwaltung in Kreisen und Bezirken, welches bei der

Organisation der Verwaltung unter gleichzeitiger Trennung der Zustiz von der Administration zur Norm dienen wird, ist es, was in konsequenter Durchführung auch jene Minoritäten vor der Gesahr, von den Majoritäten unbilligen Ornek zu erleiden bewahren und unter dem Schutz der Regierung in die Lage sehen wird, innerhalb ihres Gebietes sich in derjenigen Selbstitändigkeit zu bewegen, welche der wahren Gleichberechtigung entspricht.

Dieß sind die Grundgedanken, welche bei der Feststellung . des im Diplome verheißenen Verfassungsbaues für maßgebend

erachtet wurden.

Es ward reiflich erwogen, wie groß der Schritt sein könne, welcher dermal auf der Bahn historischer Rechtsentwicklung zu machen ist; es wurden gewissenhaft alle vorhandenen Elemente staatlicher Kraft benüht; wohlwollende Berücksichtigung wurde den berechtigten und vereinbarten Wünschen aller Nationalitäten zugewendet, jedoch unter sorgfältiger Beachtung ihres innersten und edelsien Kernes, des Geses der Humanität.

Die Zeit wird hoffentlich lehren, daß diese Verfassung, weil auf den thatsächlich bestehenden Verhältnissen aufgebaut, auch die Gewähr der Dauer in sich trägt und geeignet ist, Desterreich dahin zu führen, daß es im Innern frei, einig nach außen, nenerdings durch die Kraft des innerhalb seiner Grenzen wie nirgends sonst vereinten Genius aller Völkersamilien des Continents zur Fülle der ihm gebührenden Macht gelangt.

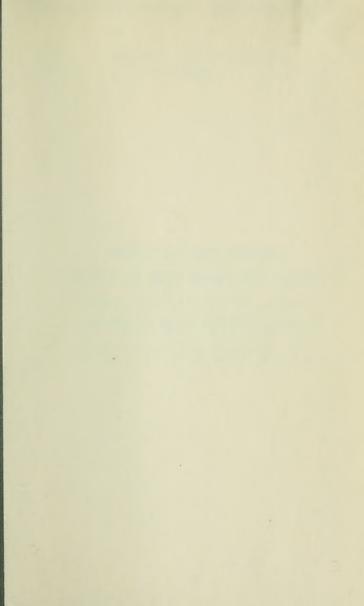
Noch bleibt Eines übrig: die mannhafte Ueberwindung der Schwierigkeiten, welche mit der Durchführung eines solchen Werkes verbunden sind. Möge es Seiner Majestät unter dem Schute des Allmächtigen bei wohlgeordneter Mitwirfung aller sich um ihren angestammten Monarchen ichaarenden Millionen von Getrenen gegönnt sein, durch that

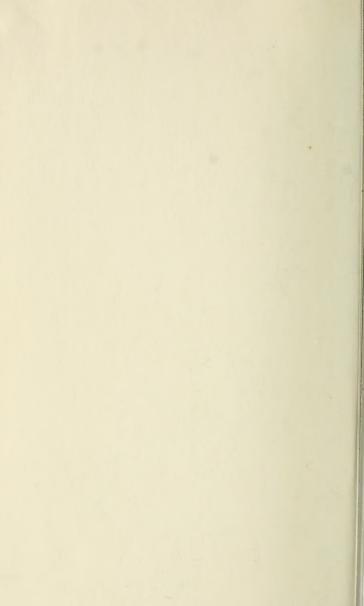
fräftige Sandhabung des Steuerruders in einem der schwierigsten Lebens-Augenblicke Desterreichs sich das Anrecht zu erwerben, in der Geschichte des Vaterlandes als des Reiches zweiter Gründer zu gelten.











BINDING SECT AUG 18 1070

1627 A5

JN Austria. Constitution Verfassung

PLEASE DO NOT REMOVE CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

